Free21
Credible news mounted on paper

DAS Magazin
Nr. 3, 5. Jg., Juni/2018
Im Netz: www.free21.org

Themen:

Der Fall „Blutige Gina“
Über die neue CIA-Chefin Gina Haspel ▶ SEITE 8

Falsche Flaggen
von Anthrax bis Novichok, von M. Bröckers ▶ SEITE 9

Es geht um Asien
Ein Kommentar von Florian Ernst Kirner ▶ SEITE 14

Der Kampf um die Weltinsel
Vortrag von 1904 ist immer noch aktuell ▶ SEITE 16

Kriegsmarketing statt Diplomatie
Auswärtiges Amt will kampagnenfähig werden ▶ SEITE 17

Der neue Feind
Irankrise ist gefährlicher als Nordkorea-Krise ▶ SEITE 20

Die Houthis und das Haus Saud
Krieg im Jemen ▶ SEITE 22

Zerschlagung Syriens
Unangehme Wahrheiten über den Krieg in Syrien ▶ SEITE 25

Logik imperialer Kriege
Eine Analyse ▶ SEITE 31

Rechtsstaat am Ende
von Patrick Münch ▶ SEITE 39

Ein klares Signal an die Finanzelite
von Ernst Wolff ▶ SEITE 42

Assad, der Dieb
Eine Medienlüge ▶ SEITE 45

Zur Kündigung des Atomabkommens
von Heiko Flottau ▶ SEITE 47

Facebook wird zum
Nato-Presseorgan ▶ SEITE 50

Das Free21-Prinzip:

Kriegsverbrecher auf freiem Fuß

Es ist ein weit verbreiteter Irrglaube, dass Demokratien keine Angriffskriege beginnen und keine Terroranschläge ausführen. Die historischen Fakten für die Zeit von 1945 bis heute zeigen eine ganz andere Realität: Immer wieder haben sich demokratische Staaten aus Europa und Nordamerika in den vergangenen 70 Jahren an Angriffskriegen und Terroranschlägen beteiligt. Viele westliche Politiker und Militärs gehören lebenslang hinter Gitter. „Kriegsverbrecher auf freiem Fuß“ – ein Exklusivabdruck aus dem Buch „Fassadendemokratie und Tiefer Staat: Auf dem Weg in ein autoritäres Zeitalter“.

SEITE 3

Die „einfache Welt“ der Leitmedien

Das Magazin „Spiegel“ analysierte die Vertrauenskrise der Medien, erweckte den Eindruck, als wäre Kritik an den Leitmedien meist rechts und ignoriert dabei linke Medienkritik.
Von Paul Schreyer ▶ SEITE 11

Geplanter Flächenbrand

Ein Szenario, das lange zuvor geplant war, nahm nach den Wahlen im Libanon Anfang Mai seinen Lauf. Die Region steht vor einem neuen Krieg: Israel plant einen Krieg gegen den Iran in Syrien. ▶ SEITE 33

China dominiert die Welt

Die unipolare Welt der US-Hegemonie ist beendet. Betrachten wir die Welt aus einer globalen Perspektive und nicht mit dem provinziellen Blick eines Westens, der sich für den Nabel der Welt hält. ▶ SEITE 36

Free21

Credible news mounted on paper

DAS Magazin

Nr. 3, 5. Jg., Juni/2018 www.free21.org

Das Free21-Prinzip:

Unterstütze Free21.org

Vereins-Spendenkonto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN-A4-Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Fotos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.

Free21 funktioniert als Netzwerk-Projekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, das frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

Herausgeber:
Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., c/o Marika Matthaei, 10369 Berlin, Karl-Lade-Str. 36a, E-Mail: verein@free21.org

Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B.

St.-Nr. 27/680/76987

Chefredakteur: Tommy Hansen

ViSdPR: Tommy Hansen, Bennigsenstraße 15, 12159 Berlin
Telefon: +49 176 57 91 28 83
E-Mail: info@free21.org

Alle Artikel auf Free21.org können für private, nichtkommerzielle Zwecke unverändert frei benutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Goodbye US-Dollar?

Wollen wir den totalen Krieg? Ich denke nicht. Wir wollen Frieden und Zusammenarbeit, Gemeinsamkeit und Entwicklungsmöglichkeiten – genau das, was wir 1992 mit der Wiedervereinigung und der Auflösung der Sowjetunion in Aussicht hatten. US-Präsident Trump will es heute offensichtlich anders. Er will mit niemandem mehr reden und lehnt jede Vereinbarung in Richtung Dialoge und Entspannung ab. Sein Vorgänger, Präsident Obama, ging schon diesen Weg, indem er beschloss, die amerikanischen Atomwaffen in Europa zu erneuern, was die Wahrscheinlichkeit eines Einsatzes von Atomwaffen im Falle eines Krieges gegen Russland vervielfacht.

In Washington sind die Neokonservativen seit Jahrzehnten intensiv damit beschäftigt, jeder Zusammenarbeit zwischen Europa und Russland/China Steine in den Weg zu legen. Jetzt reagieren aber auch die Europäer. Als Gegenmaßnahme zur US-Absage vom Atomabkommen mit dem Iran Anfang Mai haben jetzt Frankreich, Deutschland, Großbritannien und der Iran ein Programm zur Unterstützung und Festigung der Wirtschaftsbeziehungen vereinbart – und dabei werden Frankreich, Deutschland und Großbritannien iranisches Öl in Euro bezahlen. Wieso denn auch nicht?

Präsident Trump hat den geplanten Besuch in Nordkorea abgesagt, er will mit Kim Jong-un nicht reden, obwohl dieser neulich das Atomtestgelände seines Landes in einer Geste des Friedens zerstört hat. Nord- und Südkorea haben sich aber geeinigt, gemeinsam in die Olympiade zu gehen, als ein Volk, ein Land. Nicht einmal Südkorea sieht Nordkorea als Feind – das Feindbild ist „made in USA“.

Seit Ende des 2. Weltkrieges leben wir unter einer Herrschaft des US-Dollars, die den Westen kontrolliert. In 1947 haben die westlichen Länder sich entschieden, die „sicherste Währung der Welt“ zur Leitwährung für internationale Geschäfte zu machen. Dies war die Grundlage für den kolossalen Wiederaufbau Europas im Rahmen des Marshall-Hilfe-Programms. Die Hilfe hatte aber ihren Preis: Eine politische und wirtschaftliche Abhängigkeit vom Geldgeber USA. Der US-Dollar wurde dadurch in der Tat zur globalen Währung – und die Menge der US-Dollar wird schon seit 1913 von der im Privatbesitz befindlichen amerikanischen Notenbank bestimmt, dem Federal Reserve System (FED). Tatsächlich verdient die Groß-Finanz und die Wall-Street-Milliardäre als Aktionäre in dem FED aus der Geldschöpfung der USA.

Im Jahr 2005 hat China die Dollar-Kopplung aufgehoben. Seither werden innerhalb der BRICS-Staaten bilaterale Geschäfte ganz ohne Dollar getätigt. Diese sind nun aber keine Länder, in die man einfach so einmarschiert und ein neues Regime einsetzt – so gern das die USA getan hätten. Stattdessen versucht man es hier mit Sanktionen. Doch diese schaden nicht nur die genannten Länder, sie behindern auch die Zusammenarbeit mit Europa. Tausende von europäischen Unternehmen leiden unter den Sanktionen, die die USA gegen China, Russland, Syrien und Iran verhängt haben, fast alle bestehenden Beziehungen sind beendet worden, jeder aufgeblühte Handel wurde damit zum Erliegen gebracht.

Dass der Westen sich der USA so offenbar unterwirft, liegt nicht nur am irrsinnigen Geldsystem, welches, wie viele in der Finanzwelt befürchten, vor seinem Ende steht. Doch die Ankündigung der EU, die Sanktionen gegen den Iran zu umgehen und zur Euro-Zahlung zu wechseln, hat einen enormen Symbolwert. Damit wird gesagt: Genug ist genug! Auch wir wollen Handelsbeziehungen und Zusammenarbeit lieber als weitere Kriege. Die Zukunft liegt im globalen Austausch, die Politik der geschlossenen Türen dient eh nur den Kriegsmachern.

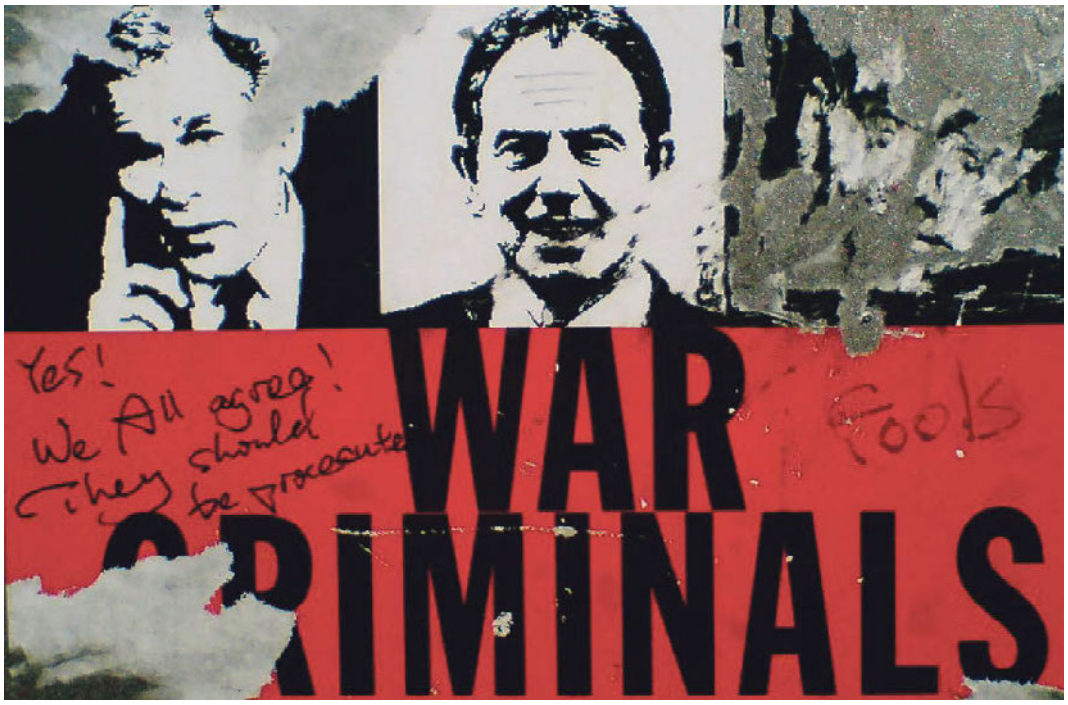
In diesem Sinne: Power to the Paper!

Tommy Hansen, Chefredakteur

Kriegsverbrecher auf freiem Fuß

Viele westliche Politiker und Militärs gehören lebenslang hinter Gitter. Exklusivabdruck aus „Fassadendemokratie und Tiefer Staat: Auf dem Weg in ein autoritäres Zeitalter“!

von Daniele Ganser



Wandplakat: Kriegsverbrecher Georg W. Bush und Tony Blair. Foto: Fabio Venni, Firenze / Italia. Quelle: Flickr. (CC BY-SA 2.0).

Es ist ein weit verbreiteter Irrglaube, dass Demokratien keine Angriffskriege beginnen und keine Terroranschläge ausführen. Die historischen Fakten für die Zeit von 1945 bis heute zeigen eine ganz andere Realität: Immer wieder haben sich demokratische Staaten aus Europa und Nordamerika in den vergangenen 70 Jahren an Angriffskriegen und Terroranschlägen beteiligt.

Es sind derart viele Fälle, dass ich hier nicht alle aufführen kann. Exemplarisch habe ich drei Ereignisse aus verschiedenen Jahrzehnten ausgewählt:

- den illegalen Angriff der europäischen Demokratien Großbritannien und Frankreich auf Ägypten 1956;
- den Terroranschlag der französischen Demokratie auf das Schiff Rainbow Warrior der Umweltorganisation Greenpeace 1985 sowie
- den illegalen Angriff von US-Präsident Donald Trump auf Syrien am 7. April 2017.

Die umfassendste Rechtsquelle hinsichtlich der heute völkerrechtlich als Kriegsverbrechen zu ahndenden Straftatbestände ist das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs. Nach Art. 8 Abs. 2 b) des Römischen Statuts sind u. a. Kriegsverbrechen (Auszug):

i) vorsätzliche Angriffe auf die Zivilbevölkerung als solche (…); ii) vorsätzliche Angriffe auf zivile Objekte (…); iv) vorsätzliches Führen eines Angriffs in der Kenntnis, dass dieser auch Verluste an Menschenleben, die Verwundung von Zivilpersonen, die Beschädigung ziviler Objekte (…) verursachen wird, die eindeutig in keinem Verhältnis zu dem insgesamt erwarteten konkreten und unmittelbaren militärischen Vorteil stehen; xvii) die Verwendung von Gift oder vergifteten Waffen; xxv) das vorsätzliche Aushungern von Zivilpersonen (…).“

Weil die Massenmedien weder in den europäischen noch in den amerikanischen Demokratien diese Verbrechen offen ansprechen und kritisieren und weil bisher die verantwortlichen Politiker von keinem Gericht wegen dieser Verbrechen angeklagt und verurteilt wurden, hält sich in der Bevölkerung der angreifenden Staaten hartnäckig der Irrglaube, dass Demokratien nie Kriege beginnen und auch niemals Terror als Instrument der Politik einsetzen würden.Die genannten drei Beispiele belegen eindrücklich:

Demokratien, die dem NATO-Militärbündnis angehören und die im UNO-Sicherheitsrat über ein Veto-Recht verfügen, durch das sie sich vor Verurteilung schützen können, haben wiederholt andere Länder angegriffen.

Das ist illegal. Denn in der UNO-Charta von 1945 heißt es in Artikel 2 Ziffer 4:

> „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede [...] Anwendung von Gewalt.“

Die Charta billigt den Einsatz von Gewalt nur dann, wenn ein angegriffener Staat sich verteidigt oder der UN-Sicherheitsrat den Militärschlag genehmigt hat. In allen anderen Fällen verbietet die UNO Kriege! Terroranschläge sind immer verboten!

Der Angriff auf Ägypten 1956

Ägypten ist strategisch ein wichtiges Land, weil der 1869 eröffnete und 160 Kilometer lange Suezkanal für die Versorgung Europas mit Erdöl eine zentrale Rolle spielt. Der Kanal verbindet das Mittelmeer mit dem Roten Meer und verkürzt die Transportwege der Schiffe, die ansonsten vom Persischen Golf nur über den Umweg über die Afrika-Route nach Europa gelangen könnten. Der Kanal wird heute täglich von Tankern passiert, die Erdöl und verflüssigtes Erdgas auf den europäischen Markt bringen.

Für Gamal Abdel Nasser, der Ägypten in den 1950er-Jahren als Präsident regierte, war der Suezkanal ein verhasstes Symbol des europäischen Kolonialismus, denn die lange und schmale Wasserstraße durch die ägyptische Wüste war von den Franzosen erbaut worden und befand sich als private Suezkanal-Gesellschaft im gemeinsamen Besitz von Frankreich und der Kolonialmacht Großbritannien.

Nasser verfolgte im Kalten Krieg eine nationalistische Neutralitätspolitik und pflegte die Zusammenarbeit mit Indien und Jugoslawien, deren Blockfreiheit er bewunderte.

Im Jahre 1955 versprachen die Amerikaner und Briten, zusammen mit der Weltbank, Ägypten einen Kredit für den Bau des großen Nilstaudammes bei Assuan. Mit dieser Kreditvergabe wollten sie verhindern, dass Ägypten in den Einflussbereich der kommunistischen Sowjetunion geriet. Der Staudamm sollte es ermöglichen, die jährlichen Hochwasser zum Schutz der Landwirtschaft zu regulieren und erneuerbaren Strom aus der Wasserkraft des Nils zu produzieren, um die Industrialisierung Ägyptens zu fördern.

Doch im Juli 1956 änderte der amerikanische Präsident Dwight Eisenhower seine Meinung und erklärte nach Rücksprache mit London und der Weltbank, Ägypten sei nicht kreditwürdig, weil Nasser die Volksrepublik China anerkannt und zudem öffentlich erklärt habe, er wolle Israel vernichten. Nasser war erbost und entschied, dass die Gebühren für den Erdöltransport durch den Suezkanal nun den Bau des geplanten Assuan-Dammes finanzieren mussten. Also verstaatlichte er am 26. Juli 1956, zum Entsetzen von Frankreich und Großbritannien, die Suezkanal-Gesellschaft.

Der britische Premierminister Anthony Eden war schockiert und

Gamal Abdel Nasser (15. Januar 1918 in Alexandria; † 28. September 1970 in Kairo) war ein ägyptischer Offizier und Staatsmann. Von 1952 bis 1954 war er Ministerpräsident von Ägypten, von 1954 bis 1970 dann Staatspräsident sowie in der Periode der Vereinigung Ägyptens mit Syrien Präsident der Vereinigten Arabischen Republik (Foto: wikimedia.org/CCo)*

fürchtete, dass die Sowjets ihren Einflussbereich ausdehnen würden. Eden hatte im April 1956, kurz vor der Verstaatlichung des Suezkanals, den sowjetischen Regierungschef Nikita Chruschtschow mit deutlichen Worten gewarnt:

„Was das Öl betrifft, so muss ich Ihnen ganz unverblümt meine Meinung sagen – wir würden dafür kämpfen [...] Wir könnten ohne Öl nicht leben und [...] wir haben nicht die Absicht, uns strangulieren zu lassen."

Nach der Verstaatlichung insistierte auch US-Außenminister John Foster Dulles gegenüber dem britischen und französischen Außenminister, dass „eine Möglichkeit gefunden werden" müsse, „Nasser zu veranlassen, den Kanal wieder auszuspucken" [1].

Großbritannien entschied, mit militärischen Mitteln, um den Kanal und den Zugang zum Erdöl des Nahen Ostens zu kämpfen. „Wir sind wahrhaftig in ein schreckliches Dilemma geraten", notierte der britische Schatzkanzler Harold Macmillan in sein Tagebuch:

„Wenn wir energisch gegen Ägypten vorgehen und deshalb der Kanal geschlossen wird, die Pipelines in der Levante unterbrochen werden, der Persische Golf revolutioniert und die Ölförderung eingestellt wird – dann sind das Vereinigte Königreich und Westeuropa ‚erledigt'. Doch wenn wir eine diplomatische Niederlage erleiden, wenn Nasser ‚ungeschoren davonkommt' – und die Länder im Nahen Osten sich einigen, das Öl zu verstaatlichen [...] sind wir ebenso ‚erledigt'. Was sollen wir also tun? Mir scheint klar zu sein, dass unsere einzige Chance darin liegt, energisch vorzugehen und zu hoffen, daß unsere Freunde im Nahen Osten zu uns halten, unsere Feinde besiegt werden und wir das Öl retten können – aber es ist eine ungeheure Entscheidung" [2].

Im Rahmen einer Verschwörung – laut Definition eine geheime Absprache zwischen zwei oder mehr Personen, um gemeinsam ein Ziel zu erreichen – trafen sich ranghohe Vertreter Großbritanniens, Frankreichs und Israels vom 22. bis 24. Oktober 1956 in einer Villa in Sèvres bei Paris, um die streng geheime „Operation Musketeer" zu planen.

Die britische Delegation wurde von Außenminister Selwyn Lloyd, die französische von Premierminister Guy Mollet und die israelische Delegation von Ministerpräsident Ben Gurion geleitet. Die Verschwörer beschlossen, Israel solle Ägypten angreifen und durch die wenig besiedelte Sinai-Halbinsel militärisch auf den Suezkanal vorstoßen. Frankreich und Großbritannien würden danach Nasser ein unannehmbares Ultimatum stellen, wodurch ein Vorwand geschaffen würde, um den Suezkanal militärisch zu besetzen. Ziel der Aktion war es, die Kontrolle über den Suezkanal zu erlangen und, so hoffte Israel, Nasser zu stürzen.

Natürlich war der geplante Krieg illegal, denn er widersprach dem Gewaltverbot der UNO-Charta, aber die Verschwörer kümmerten sich nicht um das Völkerrecht. Am 29. Oktober 1956 griff die israelische Armee planmäßig Ägypten an und besetzte die Sinai-Halbinsel. Damit machte sich Israel des Verbrechens der Aggression schuldig.

Die USA reagierten sehr schnell und riefen schon am nächsten Tag den Sicherheitsrat zu einer Sondersitzung zusammen, um diesen illegalen Angriffskrieg offiziell zu thematisieren. US-Botschafter Henry Lodge forderte den „sofortigen Stopp der militärischen Aktionen von Israel gegen Ägypten". Auch der Botschafter von Ägypten, Omar Loutfi, verurteilte den Angriff von Israel auf sein Land in den schärfsten Tönen. „Israelische Truppen sind an verschiedenen Orten in das ägyptische Territorium eingedrungen", dies sei ein „äußerst gefährlicher Akt der Aggression" [3].

Der israelische Botschafter Abba Eban bestritt nicht, dass die israelische Armee Ägypten angegriffen hatte, betonte aber, dies sei ein Akt der Selbstverteidigung gewesen. Der französische UNO-Botschafter stellte sich wie abgesprochen auf die Seite Israels. Der „ägyptische Imperialismus" versuche das Gebiet vom Atlantik bis zum Persischen Golf zu kontrollieren und habe „die Vernichtung Israels" zum Ziel. Entgegen aller rechtlichen Verpflichtungen habe Ägypten zudem einen Kanal beschlagnahmt, der „für das Leben der Nationen sehr wichtig" sei.

Dann brachten Frankreich und Großbritannien wie abgesprochen ihr unannehmbares Ultimatum ein und forderten, die Streitkräfte von Ägypten und Israel müssten sich bis auf eine Distanz von 10 Meilen vom Kanal zurückziehen und britischen und französischen Truppen erlauben, strategische Positionen am Suezkanal zu kontrollieren. Man warte nur zwölf Stunden auf eine Antwort, warnte der britische Botschafter Sir Pierson Dixon, danach würden „britische und französische Truppen in der notwendigen Stärke intervenieren" [4].

Natürlich war dieses Ultimatum für Ägypten unannehmbar. Es diente den europäischen Demokratien Frankreich und Großbritannien als Vorwand, Ägypten anzugreifen. Dies war natürlich illegal, denn sie verfügten nicht über ein Mandat des Sicherheitsrates. Die Verschwörung, die es vor dem Angriff der drei Länder gegeben hatte, blieb damals geheim und wurde erst Jahre später von Historikern aufgedeckt.

„Wir haben alles in unserer Macht Stehende getan, um die Spannungen im Nahen Osten abzubauen", beteuerte der britische Botschafter Dixon scheinheilig. „Und wenn nun die Spannungen zugenommen haben, dann daher, weil unglücklicherweise weder Israel noch seine arabischen Nachbarn auf unseren Rat und den unserer Freunde gehört haben."

Botschafter Dixon schloss seine verlogene Rede mit den Worten, dass er „überzeugt sei, dass die Mehrheit der Sicherheitsratsmitglieder mit ihm einig gehen, dass die Taten von Frankreich und Großbritannien im Interesse des Friedens und der Sicherheit sind" [5].

Publiziert auf Free21 am 28.04.2018, 14:34 Uhr, von Daniele Ganser auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0.

Die USA brachten im UNO-Sicherheitsrat eine Resolution ein, die den Angriff Israels auf Ägypten verurteilte und den sofortigen Rückzug der israelischen Streitkräfte aus Ägypten forderte. Doch die Veto-Mächte Frankreich und Großbritannien stimmten am 30. Oktober 1956 gegen die Resolution: Sie wurde nicht angenommen. Der UNO-Sicherheitsrat war völlig blockiert.

Am nächsten Tag, am 31. Oktober, begannen die Briten und Franzosen mit der Bombardierung ägyptischer Flugplätze. Dabei handelte es sich um einen illegalen Angriffskrieg, der die UNO-Charta verletzte. Präsident Nasser, überrascht und erbost über die Angriffe, entschied, den Zufluss von Erdöl nach Europa zu unterbrechen.

Noch am Tag, als die britischen und französischen Bomben auf Ägypten fielen, versenkten ägyptische Kommandoeinheiten Dutzende, mit Steinen und Zement gefüllte Schiffe im etwa 300 Meter breiten Suezkanal und blockierten so den Kanal für die Schifffahrt. Weil gleichzeitig syrische Ingenieure auf Anweisung von Nasser die Erdölpipelines durch Syrien sabotierten, kam der Ölfluss aus dem Nahen Osten im November 1956 zum Stillstand. Das versetzte Westeuropa in größte Anspannung und Sorge.

Die von Europa in Richtung Suezkanal ausgelaufenen leeren Erdöltanker kreuzten abwartend im Mittelmeer, während im Roten Meer die beladenen Tanker regungslos im Wasser lagen und ebenfalls warteten. Niemand wusste, wann Nasser die Blockade des Kanals wieder aufheben würde. Und innerhalb der NATO kam es zu heftigem Streit.

Der amerikanische Präsident Eisenhower war erzürnt über das koloniale Abenteuer der Briten, Franzosen und Israelis, weil diese ihre Verschwörung nicht mit Washington abgesprochen hatten, und weigerte sich, Europa mit Erdöllieferungen über den Atlantik zu helfen. Auch die Sowjetunion, unter Nikita Chruschtschow, befahl den Franzosen und Briten ultimativ, ihren Angriffskrieg einzustellen.

Der Sueskanal ist ein Schifffahrtskanal in Ägypten zwischen den Hafenstädten Port Said und Port Taufiq bei Sues, der das Mittelmeer über den Isthmus von Sues mit dem Roten Meer verbindet und der Seeschifffahrt zwischen Nordatlantik und Indischem Ozean den Weg um Afrika erspart. (Foto: 12019/pixabay/CC0)

Damit war die Niederlage der Europäer besiegelt. Am 6. November stellten Frankreich und Großbritannien das Feuer ein und vor Weihnachten waren alle britischen und französischen Soldaten wieder zu Hause. Die Europäer waren gedemütigt und ihre ehemals dominierende Stellung in der Region war beendet.

Nasser triumphierte, weil es ihm gelungen war, seine militärische Niederlage in einen politischen Sieg über zwei europäische Großmächte umzumünzen. Die von Nasser versenkten Schiffe blockierten den Suezkanal noch bis zum Frühling 1957, danach wurden alle Schäden behoben und der Kanal wieder normal befahrbar. Die israelischen Truppen zogen sich von der Sinai-Halbinsel zurück. Den Assuan-Staudamm baute Nasser in den folgenden Jahren mit Hilfe von tausenden sowjetischen Ingenieuren und Architekten. Das Prestigeprojekt wurde 1971 eingeweiht.

Der Terroranschlag auf ein Greenpeace-Schiff 1985

Wenn ein demokratisches Land wie Frankreich einen Terroranschlag im Ausland ausübt, erfolgt dies im Geheimen und es achtet darauf, seine Spuren zu verwischen. Um verdeckte Operationen durchzuführen, nutzen Demokratien in Europa und Nordamerika ihre Geheimdienste und Spezialeinheiten des Militärs, denn diese werden nur unzulänglich durch das Parlament und die Medien überwacht. Viele solcher verdeckten Operationen werden nie aufgedeckt oder bleiben jahrelang geheim.

Der amerikanische Auslandsgeheimdienst CIA ist weltweit berühmt und berüchtigt, weil er 1953 zusammen mit dem britischen Geheimdienst MI6 die demokratisch gewählte Regierung von Premierminister Mohammad Mossadegh im Iran und 1973 auch die demokratisch gewählte Regierung von Präsident Salvador Allende in Chile stürzte. Beide Operationen waren natürlich illegal.

Der französische Auslandsgeheimdienst ist weit weniger bekannt als die CIA. Er heißt Direction Générale de la Sécurité Extérieure (DGSE) und hat seinen Hauptsitz in Paris. Die Aufgaben des DGSE bestehen aus Spionage und Gegenspionage außerhalb des Staatsgebietes. Für diesen Geheimdienst arbeiten derzeit etwa 3000 zivile Mitarbeiter und 1500 Militärs. Der DGSE ist dem französischen Verteidigungsministerium unterstellt.

Frankreich ist eine Nuklearmacht und hat im Südpazifik wiederholt Atombomben getestet. Dies erregte den Protest von Umweltschützern der Organisation Greenpeace. Am bekanntesten und berüchtigtsten für die französischen Nukleartests ist das Mururoa-Atoll. Dort hat Frankreich von 1966 bis 1996 insgesamt 188 Atombomben gezündet, davon 41 in der Atmosphäre und 147 unterirdisch. Erst im Jahr 2000 zogen die Franzosen von Mururoa ab. Das Atoll ist heute ein verseuchtes Sperrgebiet, auf dem viel radioaktiver Abfall lagert.

Um gegen die Atombombentests der Franzosen zu protestieren, fuhr Greenpeace mit dem Schiff Rainbow Warrior in den Südpazifik. Dies erregte weltweit Aufsehen und ärgerte den sozialistischen französischen Präsidenten François Mitterand, weil die Anwesenheit von Greenpeace das Fortführen der Atomtests auf Mururoa verhinderte. Deswegen griff die französische Demokratie zum Instrument des Terrors und ließ das Schiff mit einer Bombe versenken.

Das Greenpeace-Schiff befand sich im Hafen von Auckland, Neuseeland, als es kurz vor Mitternacht am 10. Juli 1985 durch zwei Sprengladungen versenkt wurde. Der DGSE taufte die Aktion vielsagend „Opération Satanique“,

also „Teuflische Operation“. Das war ganz klar ein Terroranschlag auf Greenpeace, ausgeführt durch den demokratischen Staat Frankreich.

„Die Wahrheit ist: Frankreich hat diesen Angriff organisiert […]. Mitterand gab den Befehl.“, so der französische Journalist Edwy Plenel von der Zeitung Le Monde. Die Recherchen von Plenel halfen, die zuvor geheime Operation aufzudecken und zwangen den französischen Verteidigungsminister Charles Hernu zum Rücktritt [6].

Insgesamt waren ein Dutzend DGSE-Agenten in die Operation involviert. Zuerst brachte die Jacht Ouvea den Sprengstoff nach Neuseeland. Zwei DGSE-Agenten, Dominique Prieur und Alain Marfart, die mit falschen Pässen als Schweizer Ehepaar Turenge, als Hochzeitsreisende getarnt, in Neuseeland eingereist waren, transportierten den Sprengstoff danach von der Jacht in einem Lieferwagen im Dunkeln durch den Hafen und brachten ihn zu einem Schlauchboot mit einer Besatzung von drei Agenten.

DGSE-Agent Gerard Royal steuerte das Schlauchboot zum Greenpeace-Schiff. 500 Meter vom Ziel entfernt glitten die DGSE-Kampfschwimmer Jean-Luc Kister und Jean Cammas ins Wasser und brachten zwei mit Zeitzündern versehene Haftminen unter der Wasserlinie am Stahlrumpf des Schiffes an. Nach der Explosion der zwei Bomben setzten sich die Attentäter umgehend mit dem Schlauchboot ab.

Die erste Bombe detonierte um 23:48 Uhr und brachte das Schiff zum Sinken. Greenpeace-Kapitän und Umweltaktivist Peter Willcox war an Bord und schlief in seinem Bett. Die Detonation weckte ihn. Die Greenpeace-Besatzung konnte sich noch gerade rechtzeitig in Sicherheit bringen und das Schiff verlassen. „Das Schiff ist in 45 Sekunden gesunken. Wir hatten Mühe, rechtzeitig vom Schiff zu kommen“, erinnerte sich Willcox später.

Greenpeace-Fotograf Fernando Pereira wollte noch seine Fotoausrüstung und die schon gemachten Bilder retten, wurde jedoch von der zweiten, um 23:51 detonierenden Bombe in seiner Kabine eingeschlossen und ertrank. „Mein Vater wurde umgebracht“, sagt seine Tochter Marelle Pereira, die damals acht Jahre alt war. Auch für Kapitän Peter Willcox war es ganz klar ein Mordanschlag [7].

Natürlich wurde die Explosion im Hafen von Auckland von der Polizei sofort bemerkt. Die als Schweizer Ehepaar Turenge getarnten zwei DGSE-Agenten an Land wurden von der lokalen Polizei verhaftet. Die neuseeländische Polizei fragte in Bern nach, ob die Schweizer Pässe echt seien. Die Schweizer Behörden erklärten, dass es sich um Fälschungen handelte. Die beiden DGSE-Agenten Dominique Prieur und Alain Marfart wurden wegen Totschlags zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt.

Für Historiker wie mich ist die Sprengung des Schiffes Greenpeace Warrior ein brisantes Forschungsfeld. Soll man die beteiligten DGSE-Agenten als Terroristen bezeichnen? Ohne Zweifel war es ja ein Terroranschlag. Viele Jahre war nicht bekannt, wer die Bomben gelegt hatte und keiner der beteiligten Bombenleger wollte sprechen. Um Terroranschläge aufzuklären brauchen Historiker immer viele Jahre, denn die Wahrheit kommt nur langsam ans Licht.

Heute wissen wir die Wahrheit, denn DGSE-Agent Jean-Luc Kister hat im Jahre 2015, genau 30 Jahre nach dem Anschlag, sein Schweigen gebrochen. Gegenüber dem neuseeländischen Fernsehen erklärte er:

„Wir wollten niemanden töten. Der Tod von Fernando Pereira war ein Unfall. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, mich bei Marelle Pereira und ihrer Familie Pereira zu entschuldigen [...] Ich möchte mich auch bei Greenpeace entschuldigen. Und ich möchte mich bei Neuseeland entschuldigen für diese unfaire verdeckte Operation, die wir in einem friedlichen Land durchführten […]. Der Befehl kam von ganz oben […]. Wir waren Soldaten und mussten die Befehle befolgen. Jetzt bin ich pensioniert und muss nur noch meinem Gewissen folgen. Es war falsch. Völlig falsch“ [8].

Admiral Pierre Lacoste, der Direktor des DGSE ab 1982, musste nach dem Skandal am 12. September 1985 zurücktreten. Doch Präsident François Mitterrand überstand die Rainbow-Warrior-Affäre. Er, ein starker Befürworter der französischen Atomtests, war seit 1981 im Amt und wurde 1995 von Präsident Jacques Chirac abgelöst. Nie hat Mitterrand zugegeben, dass er den Terroranschlag in Auftrag gegeben hat.

Bleibt die Frage, warum die DGSE-Agenten bereit waren, unbewaffnete Greenpeace-Aktivisten anzugreifen und ihr Boot mit zwei Bomben zu versenken. „Uns hat man damals gesagt, Greenpeace sei durch den KGB infiltriert. Das ist die Erklärung, welche man uns gegeben hat“, erinnert sich Jean-Luc Kister. Ihnen wurde also suggeriert, dass Moskau die Atomtests von Frankreich bekämpfe, was nicht der Wahrheit entsprach.

Natürlich hätte Frankreich das Schiff von Greenpeace auch auf offener See sprengen können. Das wäre für den DGSE am sichersten gewesen, weil auf diese Weise kaum Spuren zu finden gewesen wären, aber das hätte den Tod der gesamten Greenpeace-Besatzung bedeutet. Das wollte man vermeiden, deshalb hat man das Schiff im Hafen gesprengt. Mit der ersten Bombe wollte der DGSE die Menschen vom Schiff treiben, mit der zweiten das Schiff versenken.

Für mich als Historiker ist das Versenken des Greenpeace-Schiffes Rainbow Warrior durch den französischen Geheimdienst ganz klar ein Terroranschlag. Die beteiligten Agenten wehren sich dagegen als Terroristen bezeichnet zu werden und vermeiden das Wort. „War das nicht ein Terroranschlag?“, wurde Jean-Luc Kister gefragt. Worauf er antwortete:

„Für uns war es eine Sabotage-Operation, mehr nicht.“ Dass dabei ein unschuldiger Zivilist getötet wurde, bedauert Kister sehr. „Meine Frau war sehr geschockt, dass jemand in dieser Operation getötet wurde, weil sie ja nicht wusste, wo ich war. Und einige Jahre später kam die Scheidung, wie bei vielen anderen auch“ [9].

Der illegale Angriff auf Syrien 2017

Als im Januar 2017 mit Donald Trump ein neuer Präsident ins Weiße Haus einzog, fragten sich kritische Beobachter, wie lange es wohl dauern würde, bis die demokratischen USA ein anderes Land bombardieren. Schon am 7. April 2017 war es soweit: Präsident Trump griff als oberster Befehlshaber der US-Armee Syrien an:

Zwei amerikanische Kriegsschiffe im Mittelmeer feuerten

59 Marschflugkörper vom Typ Tomahawk des US-Rüstungskonzerns Raytheon auf den syrischen Militärflughafen al-Schairat ab.

Diese amerikanischen Erstschlagwaffen steuerten das vom Weißen Haus definierte Ziel mit einer Geschwindigkeit von 800 Stundenkilometern an und flogen auf nur geringer Höhe von 15 bis 100 Metern über den syrischen Boden, bevor sie einschlugen und explodierten.

Wer noch immer dem Irrglauben anhängt, dass europäische oder amerikanische Demokratien keine souveränen Staaten angreifen, ignoriert die Zeitgeschichte. Schon Trumps Vorgänger, Präsident Barack Obama, hatte im September 2014 damit begonnen, Syrien zu bombardieren. Doch sowohl der Angriff von Obama wie auch jener von Trump auf Syrien waren und sind illegal, weil die USA nicht über ein Mandat des UNO-Sicherheitsrates verfügen.

Wie zuvor dargelegt und in meinem Buch „Illegale Kriege“ an vielen Beispielen explizit dargestellt, billigt die Charta der Vereinten Nationen den Einsatz von Gewalt nur dann, wenn ein angegriffener Staat sich verteidigt oder der UN-Sicherheitsrat den Militärschlag genehmigt hat. Beides war hier nicht der Fall. Syriens

Publiziert auf Free21 am 28.04.2018, 14:34 Uhr, von Daniele Ganser auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0.

Präsident Baschar al-Assad hatte die USA nicht bombardiert, es lag also kein Fall von Selbstverteidigung vor. Und der Sicherheitsrat der UNO hatte weder Präsident Obama noch Präsident Trump ein Mandat erteilt, Syrien zu bombardieren [10].

„Es ist peinlich geworden, ein Amerikaner zu sein", bedauerte der US-Amerikaner Paul Craig Roberts selbstkritisch im Frühling 2017. „Trump hat Syrien mit US-Streitkräften angegriffen und ist somit früh in seiner Regentschaft zum Kriegsverbrecher geworden", so die klaren Worte von Roberts. Mit Jahrgang 1939 hat Roberts selbst viel miterlebt und diente unter Präsident Ronald Reagan als Abteilungsleiter für Wirtschaftspolitik im Finanzministerium.

Roberts weiß, dass die UNO-Charta Angriffskriege verbietet. Daher kritisiert er, dass Präsident Bill Clinton 1999 Serbien bombardierte, ohne ein Mandat der UNO gehabt zu haben und dass Präsident George Bush Junior 2003 den Irak angegriffen hat, erneut ohne Mandat der UNO. Präsident Barack Obama hat 2014 Syrien bombardiert, ebenfalls ohne UNO-Mandat. Und ebenso missachtet jetzt der neue Präsident Trump das Völkerrecht. „Unser Land hatte vier kriminelle Präsidenten in Folge", so das ernüchternde Fazit von Roberts [11].

Weil Russland an der Seite der syrischen Armee gegen die Terrormiliz IS in Syrien kämpft, birgt Trumps Angriff die Gefahr einer direkten Konfrontation der Atommächte USA und Russland. Die von Trump illegal angegriffene Schairat-Basis beherbergte auch Gebäude für russische Soldaten und russisches Militärgerät.

Kurz vor dem Angriff hatte Washington das russische Militär noch informiert, sodass die amerikanischen Tomahawks keine russischen Soldaten töteten. Da in Syrien die russischen Luftabwehrsysteme S-300 und S-400 stationiert sind, bleibt die indirekte Konfrontation der Atommächte dennoch brandgefährlich und erinnert an die Kubakrise 1962.

„Es ist bedrückend, dass den ohnehin zerbrochenen Beziehungen zwischen Russland und den USA weiterer Schaden zugefügt wird", mahnte der russische Außenminister Sergei Lawrow. Präsident Putins Sprecher Dimitri Peskow verurteilte die „Aggression gegen einen souveränen Staat" und den Verstoß gegen die UNO-Charta scharf [12].

Auch Dieter Deiseroth, ehemaliger Richter am Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, schätzt den Angriff Trumps auf Syrien als sehr gefährlich ein. Der Angriff sei illegal, betont Deiseroth, und verletze „die territoriale Integrität des UN-Mitgliedsstaates Syrien gravierend". Gemäß dem im Völkerrecht verankerten Prinzip der Selbstverteidigung hätte Syrien nun das Recht, sich zusammen mit seinen Alliierten Russland und Iran, gegen den amerikanischen Angriff zu verteidigen.

„Syrien hatte und hat bei weiteren US-Militäraktionen dieser Art auch künftig ein Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung und dürfte mithin auch seine Verbündeten – also zum Beispiel Russland und den Iran – völlig legal um militärische Unterstützung bitten. Es ginge dann um kollektive Selbstverteidigung dieser Staaten gegen die USA", so Deiseroth.

Dies sei „eine hochexplosive Situation", weil eine direkte Konfrontation der Atommächte USA und Russland weitreichende Folgen hätte [13].

Zwei Tage vor dem Angriff auf Syrien hatte die amerikanische UN-Botschafterin Nikki Haley mit Verweis auf einen ungeklärten Giftgasangriff von Chan Scheichun vom 4. April 2017 den illegalen militärischen Alleingang angekündigt:

„Wenn die Vereinten Nationen es anhaltend versäumen, ihrer Pflicht zum gemeinsamen Handeln nachzukommen, dann gibt es einen Zeitpunkt im Leben von Staaten, an dem wir gezwungen sind, unsere eigenen Aktionen zu ergreifen", hatte sie gewarnt [14].

Doch dieses Recht auf Angriffskriege hat keiner der 193 UN-Mitgliedstaaten, auch nicht die amerikanische Demokratie. Wer auch immer hinter dem hinterhältigen Einsatz des Giftgases steckt: Dieses Verbrechen rechtfertigt keinen Völkerrechtsbruch durch die USA und muss aufgeklärt werden. Zu präsent sind noch die Kriegslügen von Präsident George Bush Junior, der 2003 mit Verweis auf ABC-Waffen seinen illegalen Angriffskrieg auf den Irak begründete.

Fazit

Es ist an der Zeit, dass die Bevölkerungen in den Demokratien von Europa und Nordamerika offen über die globale Gewaltspirale diskutieren, in der wir uns gegenwärtig befinden. Natürlich treiben nicht nur Demokratien diese Gewaltspirale an. Aber es scheint mir wichtig, dass auch in Deutschland, Österreich und der Schweiz offen über den Anteil des Westens an dieser globalen Eskalation der Gewalt gesprochen wird.

Die Verbrechen der NATO-Staaten müssen ehrlich analysiert werden, damit daraus die notwendigen Konsequenzen gezogen werden können. Der illegale Angriff Frankreichs und Großbritanniens auf Ägypten 1956, der illegale Terroranschlag Frankreichs auf das Schiff von Greenpeace 1985 und der illegale Angriff der USA auf Syrien 2017 zeigen mit aller Deutlichkeit, dass auch Demokratien die Gewaltspirale antreiben.

Zu oft sehen wir den Splitter im fremden Auge, aber nicht den Balken im eigenen.

Unterstütze Free21.org

Vereins-Spenden-Konto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Quellen:

[1] Daniel Yergin: Der Preis. Die Jagd nach Öl, Geld und Macht, Fischer 1991, S. 605 und 608

[2] Daniel Yergin: a.a.O, S. 609

[3] UNO-Sicherheitsrat, 30. Oktober 1956

[4] Ebenda

[5] Ebenda

[6] Edwy Plenel. Zitiert in: French Secret Service Agent Who Led Fatal 1985 Bombing of Greenpeace Ship Breaks His Silence. Democracy Now, 8. September 2015

[7] Ebenda

[8] Ebenda

[9] Ebenda

[10]Vergleiche: Daniele Ganser: Illegale Kriege. Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren. Eine Chronik von Kuba bis Syrien. Zürich Orell Füssli Verlag 2016

[11] Paul Craig Roberts: A Government of Morons, 15. April 2017, *<www.paulcraigroberts.org>*

[12] Diesmal präsentieren sie nicht einmal Fakten. Tages-Anzeiger vom 7. April 2017

[13] Marcus Klöckner: „Der von Trump angeordnete Raketenangriff ist eine schwere völkerrechtswidrige Straftat". Ein Interview mit Dieter Deiseroth. NachDenkSeiten vom 10. April 2017

[14] Trump im Syrien-Dilemma. Die Welt vom 7. April 2017

Autor:

Daniele Ganser

Dr. phil.,

ist Schweizer Historiker, spezialisiert auf Zeitgeschichte seit 1945 und Internationale Politik. Seine Forschungsschwerpunkte sind Friedensforschung, Geostrategie, verdeckte Kriegsführung, Ressourcenkämpfe und Wirtschaftspolitik. Er leitet das „Swiss Institute for Peace and Energy Research" in Basel.

Dieser Text wurde zuerst am 13.01.2018 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/kriegsverbrecher-auf-freiem-fuss› veröffentlicht. (Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0)

‹http://www.free21.org/?p=28954›

Gina_Haspel_official_CIA_portrait_ Public Domain

Der Fall „Blutige Gina“

Unser Gastautor Ray McGovern hat Mut bewiesen und während der Senatsanhörung [1] der designierten CIA-Chefin Gina Haspel kritische Zwischenfragen [2] gestellt. Als „Dank“ dafür wurde der 78jährige von vier Uniformierten niedergerungen und mit Gewalt in Haft genommen. Wer in den großen US-Medien nach diesem Zwischenfall sucht, sucht vergebens. Das ist kein Wunder, denn selbst die Kritik ist in den USA institutionalisiert und die Personalie Haspel ist geradezu ein Musterbeispiel für die Verlogenheit der Debatte und des Versagens der Kontrollmechanismen, die wir als „Checks and Balances“ kennen

von Jens Berger

Die Karriere von Gina Haspel taugt wohl nicht für einen typischen Hollywood-Blockbuster. Afrikanische und asiatische Folterknechte kriegen dort von einem aufrechten amerikanischen Helden eine 9mm-Kugel zwischen die Augen verpasst. Und wenn es keine Blockbuster, sondern zivilisiertere „Arthouse-Filme“ sind, landen die Bösewichte vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag und müssen sich für ihre Missetaten rechtfertigen. Natürlich gibt es in Hollywood-Filmen auch amerikanische Bösewichte, die foltern und dann die Beweise ihrer Straftaten vernichten. Doch auch dann gibt es am Ende stets ein Happy End – die Folterknechte bekommen ihre „gerechte“ Strafe, das „Gute“ siegt und das Sternenbanner flattert im Sonnenuntergang. Glory, Glory, Hallelujah. Die USA erkennen den Internationalen Gerichtshof übrigens noch nicht einmal an. Im echten Leben sieht die Sache ohnehin ein wenig anders aus.

Gina Haspel ist eine sogenannte „CIA-Veteranin“. Sie dient dem Auslandsgeheimdienst der USA seit mehr als 30 Jahren; leider verbietet die notorische Geheimniskrämerei der CIA die Herausgabe der Informationen, was genau Frau Haspel dort eigentlich gemacht hat. Dennoch kamen zwei Tätigkeitsprofile von Miss Haspel ans Licht, die ein erschütterndes Bild der Kandidatin zeichnen. So war Gina Haspel in der Zeit nach 9/11 in leitender Position im amerikanischen „Krieg gegen Terror“ tätig. Nach Aussagen des ehemaligen FBI-Verhörexperten Ali Soufan [3] nahm Haspel dabei eine „Schlüsselrolle“ im berüchtigten Folterprogramm der USA ein. Fest steht unter anderem, dass sie 2002 einem illegalen US-Foltergefängnis, einer sogenannten „Black Site“, in Thailand vorstand und dort die grauenhafte Folterpraxis persönlich angeordnet und überwacht hat.

Trotz der aufkommenden Kritik an Praktiken á la Waterboarding und illegalen Black Sites machte die Folterexpertin Haspel auch unter Präsident Obama schnell Karriere und als es hart auf hart kam und ihre persönliche Beteiligung am Folterprogramm durch eine Untersuchung des Senats aufzufliegen drohte, ließ Haspel insgesamt 92 Videobänder, auf denen die Folterungen protokolliert wurden, vernichten. Dies ist – anders als die Inhalte der Bänder – jedoch sehr wohl bekannt und Insider wissen noch mehr, ohne darüber sprechen zu dürfen. In CIA-Kreisen hat Gina Hapsel daher auch den Spitznamen „Bloody Gina“ (Blutige Gina). Die Bürgerrechtsorganisation ACLU bezeichnet Haspel offen als „Kriegsverbrecherin“ [4] und die europäische Menschenrechtsorganisation ECCHR erstattete Anzeige bei der deutschen Generalbundesanwaltschaft [5], einen internationalen Haftbefehl gegen Haspel auszustellen.

Trotz der öffentlichen Kritik an den Folterprogrammen während der Regierungszeit Obamas mussten leitende Geheimdienstler sich keine Sorgen um ihre Karriere machen. Kein einziger Folterknecht wurde aus der CIA entlassen. Dafür wurde jedoch der CIA-Whistleblower John Kiriakou [6], der Journalisten 2009 erst auf das Foltergefängnis in Thailand und weitere Einzelheiten aus dem Folterprogramm aufmerksam machte [7], Jahre später unter Obama verhaftet und zu 30 Monaten Gefängnis verurteilt. Kiriakou ist somit der einzige CIA-Mann, der – wenn auch sehr indirekt – im Umfeld des Folterprogramms angeklagt wurde. Allein dies ist eine moralische Bankrotterklärung.

Dass Donald Trump ein glühender Befürworter [8] der Folter ist, ist spätestens seit seinem Wahlkampf bekannt. Insofern ist es noch nicht einmal überraschend, dass Trump Haspel vor etwas über einem Jahr zunächst zur stellvertretenden CIA-Vorsitzenden ernannt und nun zur CIA-Chefin vorgeschlagen hat. Doch daraus nun – wie viele „liberale“ Medien es tun – eine „Trump-Geschichte“ zu machen, ist zu einfach und versperrt den Blick für eine vernichtende Analyse der gesamten US-Politik.

Schon in der Schule lernten wir, dass das US-System vor allem wegen der zahlreichen „Checks and Balances“ [9], also der institutionalisierten Kontrollmöglichkeiten verschiedener Institutionen und Gremien, besonders demokratisch ist. So darf der Präsident beispielsweise nur seinen Kandidaten für den Posten des CIA-Vorsitzenden vorstellen; ernannt wird dieser Kandidat erst durch den US-Senat. Wer also der netten Geschichte vom „bösen Trump“ glaubt, der die im Kern ach so gute US-Politik gekidnappt hat, der bräuchte ja keine Angst zu haben. Denn der US-Senat würde dann ja nie und nimmer eine „Kriegsverbrecherin“ und „Foltermagd“ zur CIA-Chefin ernennen. Oder doch?

Genau darauf läuft es aber momentan hinaus. Genau zwei republikanische Senatoren haben bislang angekündigt, gegen Haspel zu stimmen – zum Einen John McCain, der selbst als Soldat in Nordvietnam Opfer von Folter war und zum Anderen Rand Paul, der als Maverick bei vielen Positionen seinen eigenen Kopf hat. Auf der anderen Seite gibt es jedoch schon die ersten demokratischen Senatoren, die sich offen zu Haspel bekennen und auch das gesamte demokratische Geheimdienst-Establishment [10] unterstützt offenbar Haspel. Die „Checks and Balances“ scheinen zu versagen, wenn es um Folter geht. Daran dürfte wohl auch die blamable Vorstellung Haspels bei der Senatsanhörung vom Mittwochabend nichts ändern.

Haspel konnte sich dabei noch nicht einmal zu einer klaren Aussage durchringen, ob sie Folter für moralisch oder unmoralisch hält. Die Vernichtung der Videobänder sei nicht etwa falsch, sondern es war nur „ein Fehler, sich vorher nicht zu versichern, dafür von allen Beteiligten die Genehmigung einzuholen“. Würde sie wieder foltern lassen, wenn der Präsident dies anordnet? „Ich glaube nicht, dass der Präsident mich um so etwas bitten würde“. Lachen auf den Rängen. Nach langer Pause

Publiziert auf Free21 am 27.05.2018, 13:30 Uhr. Von Jens Berger auf ‹www.nachdenkseiten.de›. Lizenz: IQM e.V./Albrecht Müller

erklärte Haspel dann: „Wir haben heute längst andere Regierungsinstitutionen, die für Befragungen zuständig sind. […] Würde jedem, der mich fragt, sagen, dass die CIA nicht der richtige Ansprechpartner für solche Befragungen ist“. Ein klares „Nein“ sieht anders aus. Und bereut Gina Haspel denn irgendetwas? Ja, natürlich. Aber nicht etwa die Folter, sondern die „Kontroverse über das Folterprogramm, die einen Schatten auf diejenigen wirft, die eine große Leistung beim Schutz unseres Landes erbringen“. Vor Gericht würde man ein solches Lavieren wohl mangelndes Schuldbewusstsein nennen. Keine Frage – diese Frau wird wieder foltern und morden lassen, wenn sie es für opportun hält.

Das ist tragisch. Eine einzige Katastrophe ist jedoch, dass es in den USA niemanden gibt, der sich dagegen ernsthaft zur Wehr setzt. Die Kommentatoren führen sophistische Phantomdebatten, aus den Reihen der Opposition wird es wieder einmal zahlreiche „Überläufer“ geben und die Ernennung der „Blutigen Gina“ zur CIA-Chefin wird durch den Senat und nicht etwa durch den „verrückten Präsidenten“ erfolgen. Das US-System ist moralisch bankrott. Da gibt es keine Zweifel. Gäbe es doch nur mehr mutige Menschen wie Ray McGovern, die das offen aussprechen.

Quellen:

[1] <https://www.youtube.com/watch?v=C9R9ZGubvMs>

[2] <https://www.nachdenkseiten.de/?p=43891>

[3] <https://www.theatlantic.com/politics/archive/2018/03/telling-the-truth-about-cia-torture/555662/>

[4] <https://townhall.com/tipsheet/cortneyobrien/2018/03/13/edward-snowden-no-fan-of-the-new-cia-director-n2460518>

[5] <https://www.ecchr.eu/en/case/germany-cia-deputy-gina-haspel-must-face-arrest-on-travelling-to-europe/>

Dieser Text wurde zuerst am 08.12.2016 auf den Nachdenkseiten unter der URL ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=36173› veröffentlicht. (Lizenz: CC-BY-2.0)

Autor:

Jens Berger

ist freier Journalist, Wirtschaftsexperte und politischer Blogger der ersten Stunde. Als Redakteur der NachDenkSeiten und Herausgeber des Blogs Der Spiegelfechter schreibt er regelmäßig zu sozial-, wirtschafts- und finanzpolitischen Themen.

‹http://www.free21.org/?p=29047›

Falsche Flaggen – von Anthrax bis Novichok

Lehrkräfte, Professoren, politische Bildungseinrichtungen… bitte mal kurz herhören: Im Zusammenhang mit dem vergifteten britisch-russischen Spion Skripal und seiner Tochter sind jetzt Dokumente aufgetaucht, die sich ganz hervorragend für das Medienkompetenz-Training von Studierenden eignen.

von Mathias Bröckers

Es handelt sich um die geleakten Papiere, mit denen die britische Regierung die europäischen Nationen erfolgreich überzeugte, sich an der Ausweisung russischer Diplomaten zu beteiligen. Beweise werden auf den fünf Seiten des Briefings keine benannt – außer dass das Gift sehr wahrscheinlich von einem Typ sei, der in der Sowjetunion entwickelt wurde. In dem Papier heißt es allerdings, dass dieser „Novichok“ genannte Gifttyp „nur von Russland“ entwickelt worden sei.

Auf einen Hinweis, dass die Formeln seit Jahrzehnten allgemein bekannt sind und im Prinzip jeder so ein Gift herstellen kann, verzichteten die Briten. Stattdessen präsentierten sie eine beeindruckende Power-Point-Folie, die nachweisen sollte, dass nur Russland als Täter in Frage käme und dass dies eine – Zitat – „neue Phase der russischen Aggression“ – bedeute.

Quelle: https://www.flickr.com/photos/bettina-braun/277386361, Foto: Bettina Braun, Lizenz: CC BY (2.0).

Zwölf Schwerverbrechen werden dem Täter hier zur Last gelegt: Von der Vergiftung Alexander Litvinenkos 2006 über die „Destabiliserung“ der Ukraine 2014 und dem Abschuss der MH-17 bis hin zur „Einflussnahme auf die US-Wahlen und dem ominösen Bundestagshack“.

Für keine dieser „Taten“ liegen Beweise vor, die von einem Gericht oder einer internationalen Behörde geprüft und anerkannt sind – das Vorstrafenregister ist somit komplett im Bereich der Verdächtigung, Vermutung, sowie der üblen Nachrede anzusiedeln. Es handelt sich dabei um nichts anderes als Verschwörungstheorien, also Hypothesen, für die es Indizien und Spuren geben mag, aber eben keine Beweise. Doch reicht eine solche Litanei von Behauptungen ganz offensichtlich aus, um die „Solidarität“ anderer EU-Staaten einzufordern und eine internationale diplomatische Krise heraufzubeschwören.

Um zu zeigen, wie „Fake News“ und „Verschwörungstheorien“ funktionieren, wenn sie von höchster Stelle verlautbart und von den McMedien-Konzernen konzertiert und unhinterfragt verbreitet werden, bieten die sechs geleakten Power-Point-Folien samt ihrer politischen Folgen einen hervorragenden Anschauungsunterricht. Und wer nicht glauben will, dass mit derart dreisten Unterstellungen Politik gemacht wird,

Free21

Das Magazin als Druck-Abo:

Erscheinung jeden 2. Monat

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe

10,-/Ausgabe

free21abo.de

Der damalige Außenminister der USA, Colin Powell, 2003 vor der UNO, mit einem der angeblichen Beweise, dass der Irak Massenvernichtungswaffen besitzt. (Foto: UNO, public domain)

der kann sich von der „Zeit" belehren lassen. „Es braucht keine eindeutigen Beweise!", heißt es da. Erstaunlich für ein einst für den liberalen Rechtsstaat stehendes Blatt, dagegen bei Frontmagazinen des Kalten Krieges aber üblich. Wenn's gegen den Richtigen geht, sind Rechtsnormen und Prozessordnung zweitrangig.

Unterdessen wird aus London pünktlich zu Ostern eine Wiederauferstehung von den Toten gemeldet: Die angeblich mit dem militärischen Kampfstoff „Novichok" vergiftete Julia Skripal ist wieder bei Bewußtsein. Ist der Stoff, mit dem 130 Personen in Kontakt gekommen sein sollen (die alle wohlauf sind), also doch nicht „7 – 8 mal giftiger als herkömmliches Nervengift", wie es anfangs hieß? Oder wurde der mit seiner Tochter ohnmächtig auf einer Parkbank entdeckte Ex-Agent Skripal mit einem ganz anderen Stoff attackiert ? Die britische Regierung hat bis heute keine konkreten Angaben zu dem verwendeten Gift gemacht – und dass die internationale Chemiewaffenkontrollbehörde OPWC nach Abschluss ihrer Untersuchung einen Täter nennen wird, ist sehr unwahrscheinlich.

Denn wenn es sich wirklich um „Novichok" handeln sollte, säßen neben Russland auch die USA auf der Anklagebank. Sie waren es, die 1999 die Demontage der Chemiewaffenfabrik beaufsichtigten, in der das Nervengift im sowjetischen Usbekistan entwickelt worden war. Sie sorgten dafür, dass dieser Stoff NICHT in die Liste der verbotenen Chemiewaffen aufgenommen wurde. Auch dann nicht, als der in die USA emigrierte sowjetische Chemiker Vil Mirzayanov 2008 die Formeln dafür in einem Buch veröffentliche – und Wissenschaftler und Diplomaten auf diesen neuartigen Kampfstoff aufmerksam wurden. Von Hillary Clintons Statedepartment erging dann aber – wie in einem von Wikileaks veröffentlichten Kabel nachzulesen ist – vor einem internationalen Treffen zur Chemiewaffenkontrolle 2009 die Anweisung an die amerikanischen Delegierten, diese Kampfstoffe und das Buch nicht zu erwähnen und jede Diskussion darüber zu vermeiden. Sollten sie darauf angesprochen werden, so wies Hillary ihre Diplomaten an, sollten sie sagen, sie wüssten nichts davon.

Diese merkwürdigen Instruktionen deuten darauf hin, dass es sich bei „Novichok" keineswegs um einen Stoff handelt, der – wie die Briten behaupten – „nur in Russland" hergestellt werden konnte, sondern dass ebenso die Amerikaner über das Knowhow dafür verfügten. Mit diesen Anweisungen sorgten sie dafür, dass „Novichok" erst Ende 2016 von der OPWC gelistet wurde. Iranische Forscher hatten die Stoffe hergestellt, um Nachweismethoden dafür zu entwickeln, die sie dann der internationalen Kontrollbehörde zur Verfügung stellten. Warum ausgerechnet iranische Forscher das machten? Weil sie einen Angriff mit diesen neuartigen Stoffen befürchten mussten und wohl wussten, dass weiter daran geforscht wird; sowohl von den Amerikanern, als auch von den Briten. Nur wenige Kilometer vom Tatort des Skripal-Anschlags entfernt, in Porton Down, befindet sich die größte Chemiewaffenfabrik Europas, wo ein $ 70 Millionen schweres Gemeinschaftsprogramm für Bio- und Chemiewaffen mit dem Pentagon läuft.

Wir erinnern uns an „Anthrax", das Nervengift, das nach 9/11 an Journalisten und Politiker verschickt wurde, die für eine ordentliche Untersuchung der Anschläge eintraten – es wurde ohne einen Beweis Saddam Hussein und dem Irak in die Schuhe geschoben. Bis sich nach Jahren herausstellte, dass das Gift einem US-Militärlabor entschlüpft war. Wenn im Fall Skripal in ein paar Jahren Ähnliches herauskommt, sollte das niemanden überraschen…

Autor:

Mathias Bröckers

geboren 1954 ist ein deutscher freier Journalist, der vorallem für die taz und Telepolis schreibt. Ab 2001 hat er mehrere Bücher über den 11. September geschrieben.

www.broeckers.com

Dieser Text wurde zuerst am 01.04.2018 auf https://www.broeckers.com unter der URL ‹https://www.broeckers.com/2018/04/01/falsche-flaggen-von-anthrax-bis-novichok/› veröffentlicht. Lizenz: Mathias Bröckers

‹http://www.free21.org/?p=29038›

Publiziert auf Free21 am 27.05.2018, 13:30 Uhr. Von Jens Berger auf ‹www.nachdenkseiten.de›. Lizenz: IQM e.V./Albrecht Müller

Die „einfache Welt“ der Leitmedien

Der Spiegel analysiert die Vertrauenskrise der Medien und ignoriert dabei linke Medienkritik.

von Paul Schreyer

Foto: TheAndrasBarta (pixabay / CCo)

Isabell Hülsen ist eine nüchterne Analytikerin. Seit über zehn Jahren arbeitet sie im Wirtschaftsressort des SPIEGEL und schreibt dort vor allem zu Medienthemen. Gern interviewt sie die Größen der Branche, von Claus Kleber bis zur Chefredaktion der New York Times. Sie kennt sich aus unter den Alpha-Journalisten des Westens, teilt deren Habitus, versteht sich aber zugleich als kritische Beobachterin der Szene. Nun ist ihr aufgefallen, dass auch die Gebildeten den Leitmedien immer weniger vertrauen. Im SPIEGEL veröffentlichte sie im Februar eine ausführliche Reportage [1], in der sie ihren Befund darlegt.

In einem begleitenden Videointerview erklärt [2] die Journalistin ihre Beweggründe: „Der Ausgangspunkt der Recherche war, dass auch aus Gesprächen mit vielen Kollegen man den Eindruck hatte, dass dieses Misstrauen gegen die Medien in einem Milieu angekommen ist, was wir lange nicht wahrgenommen haben – also gut gebildete Leute, von denen man glaubt, die stehen gesellschaftlich – haben die es eigentlich geschafft. Und da ist trotzdem eine wahnsinnige Wut und auch ein Misstrauen auf Medien...“

Im Artikel selbst heißt es ähnlichen Sinnes:

> „Das ‚Lügenpresse‘-Gebrüll eines Marktplatz-Mobs, der keine Argumente kennt, nur Wut, ließe sich noch abtun. Doch die Verachtung von Bildungsbürgern nagt am Selbstbewusstsein (...) Was macht selbst Menschen, denen es nach objektiven Maßstäben in dieser Gesellschaft nicht schlecht geht, so wütend, dass sie derart drauflosschimpfen?“

Zwischen den Zeilen steckt hier einiges. So darf man fragen: Warum lässt sich laute Kritik von Menschen auf Marktplätzen leichter „abtun“, als Klagen von hochstehenden Personen? Sind Höherstehende, denen es gut geht, beachtenswerter als Leute, die es „nicht geschafft“ haben? Zu Ende gedacht scheint eine bösartige Logik auf: Der Anspruch auf politische Partizipation und Teilnahme an der öffentlichen Debatte bemisst sich am individuellen wirtschaftlichen Erfolg und gesellschaftlichen Ansehen.

Mancher mag schulterzuckend einwenden, dass dieser Satz doch bloß eine banale Wahrheit ausdrücke. Allerdings ist es eine Wahrheit, die offiziell aufs Schärfste bestritten wird, sowohl von der Regierung wie von den Leitmedien. Man lebe doch in einer Demokratie, heißt es dann, und alle, ob nun arm, reich, gebildet oder ungebildet, hätten darin die gleichen Rechte, allen würde Gehör geschenkt. Hört man allerdings Journalisten wie der SPIEGEL-Redakteurin zu, dann entsteht der Eindruck, dass deren Denken einer ganz anderen, wenig demokratischen Logik folgt.

Isabell Hülsen widerspricht auf Nachfrage energisch. Die Medienkritik anderer Milieus sei für sie keineswegs weniger relevant: „Sofern Sie hier irgendwelchen Dünkel wittern, muss ich Sie enttäuschen, er liegt mir fern.“ Doch wenn dem so ist, warum hat die Journalistin dann nicht schon längst einen Artikel verfasst, in dem sie Medienkritik von weniger privilegierten Bürgern ähnlich sachlich und besorgt unter die Lupe nimmt? Warum wird sie erst dann aktiv, wenn das eigene Milieu, die Bessergestellten „von der Fahne gehen“ (O-Ton Hülsen)? Haben die „Leute auf Marktplätzen“ wirklich so gar keine bedenkenswerten Argumente? Herrscht dort tatsächlich nur irrationale Wut ohne Verstand?

Dass die Leitmedien als abgekoppelt von der breiten Bevölkerung, als „Eliten-Lautsprecher“ wahrgenommen werden, und dass sich dieser Eindruck nicht einfach ignorieren lässt, ist der Autorin offenbar zumindest in Ansätzen klar. So regt sie im Interview zu Ihrem Artikel an, „dass wir aus der Position des Lesers vielleicht mehr kommen müssen, als stolz darauf zu sein, mit einer bestimmten Riege von Politikern zu reden oder Mächtigen in Kontakt zu treten, dass wir immer wieder die Position der Leser auch stärker noch einnehmen.“

Doch wie will man das schaffen, wenn ebenjene Leser zunächst einmal von oben herab eingeteilt werden in eine kleine Schicht ernstzunehmender „Erfolgreicher“ und einen großen zu ignorierenden „abgehängten Mob“?

Deutlich wird: Diese Logik geht nicht auf. Die darin enthaltene Arroganz ist genau das Gegenteil von Respekt – was den meisten Lesern auch deutlich auffällt und zu weiterem Unmut führt. Unter dem Facebook-Eintrag des SPIEGEL zum Hülsen-Interview haben bezeichnenderweise folgende zwei Kommentare die meisten Likes von Lesern erhalten:

„Frau Hülsen, ...hören Sie sich mal Ihr arrogantes Gequatsche an, dann können Sie sich Ihre Fragen selbst beantworten. Als ob nur Rechtsanwälte und Lehrer die Gesellschaft spiegeln. Haltet euer Ohr mal wieder ans Volk da unten. Die entscheiden über eine Revolution."

„Diese arrogante Tante, diese herablassenden Äußerungen über Menschen, die es ‚gesellschaftlich nicht geschafft haben'. Entlarvend ... sie gehört auch zu den Ahnungslosen, was hier abgeht. Die leben alle in ihrem eigenen Universum."

Hülsens erstaunte Frage, was Menschen, „denen es nach objektiven Maßstäben in dieser Gesellschaft nicht schlecht geht", so wütend auf die Medien mache, enthält eine weitere unausgesprochene Annahme: Wem es finanziell gut gehe, der habe doch eigentlich keinen Grund, das System in Frage zu stellen.

Die Logik dahinter – Menschen scheren sich im Grunde nur um ihren persönlichen finanziellen Vorteil – gehört zur Glaubenslehre des Neoliberalismus, der nicht zufällig derzeit genauso ins Wanken gerät wie das Mediensystem.

Dass in Wirklichkeit das Denken und Fühlen von Menschen weitaus komplexer motiviert ist, dass man sehr wohl das große Ganze erkennen und kritisieren kann, auch wenn man selbst vom System profitiert, sollte eigentlich kein Grund zum Staunen sein.

Ein Professor, drei Journalisten und ein Rentner aus dem Osten

Der SPIEGEL-Redakteurin ließ diese Frage dennoch keine Ruhe. Mit großer Ausdauer versuchte sie, ihrem Unbehagen über „die Wut der klugen Köpfe" – so der Titel ihrer Reportage – auf den Grund zu gehen.

Dazu reiste sie quer durch Deutschland und führte in einer Art soziologischer Stichprobe ausführliche Gespräche mit fünf Personen. Ihr Protagonist, der stellvertretend für die Medienkritik der Gebildeten steht, ist Junior-Professor an einer Universität, hat ein IT-Start-up geleitet und „besucht Konferenzen im Silicon Valley", wie die Autorin respektvoll anmerkt. Somit befindet er sich weit genug entfernt vom vernachlässigbaren Straßenmob (O-Ton Hülsen: „gehört nicht zu denen, die sich auf Marktplätze stellen und Journalisten bepöbeln").

Der Junior-Professor ist sozusagen der prototypische Wunsch-Leser der SPIEGEL-Redaktion und kommt genau aus dem Milieu, in dem man selbst sich heimisch fühlt. Zum Erstaunen des SPIEGEL meint aber selbst er:

> „Ich finde es widerlich, dass ich ständig belehrt werde, was ich zu denken habe". Daher, so schildert es die Journalistin, lese der Professor nun häufiger rechtskonservative Blogs wie die „Achse des Guten", „Tichys Einblick" oder die konservative Schweizer Zeitung NZZ, die ein „Labsal" für ihn seien.

Hülsen nimmt die Spur auf und interviewt als nächstes den NZZ-Chefredakteur, dann ZDF-Mann Claus Kleber, sowie eine Kollegin von einer bayerischen Regionalzeitung, wo man als Antwort auf die massive Leserkritik Unerhörtes wagte: „In der Zeitung selbst hat sich ein neues Format etabliert: ‚Ein Thema – zwei Meinungen'. Das soll auch ein Signal in die Redaktion sein: Kollegen sollen den Mut haben zu sagen, dass sie anderer Meinung sind."

Wow! Pro und kontra – und das in einer Zeitung! Wahrhaft mutig und revolutionär, möchte man sarkastisch anfügen. Im Grunde erscheint es eher abgrundtief peinlich und gemahnt an nordkoreanische Verhältnisse, eine solche journalistische Selbstverständlichkeit als „neues Format" zu feiern. Die SPIEGEL-Redakteurin besuchte aber nicht nur etablierte Kollegen, sondern auch einen – bei diesem Thema offenbar obligatorischen – Rentner aus der ostdeutschen Provinz: „Er wohnt in einem gelb getünchten Einfamilienhaus in Sergen, einem Dorf mit 400 Einwohnern bei Cottbus. Hinter dem Grundstück geht es über den Acker in den Wald, am Horizont stehen die weißen Dampfwolken der Kohlekraftwerke."

Das Framing sitzt: Da wohnt einer am Wald, unweit eines alten DDR-Kombinats, sozusagen hinter dem Mond. Doch der Ostrentner ist kein enttäuschter Arbeitsloser, sondern offenbar gutsituiert, war vor der Wende Betriebsleiter, danach Vertriebler für einen Pharmakonzern mit „gutem Job", wie der Leser erfährt. Hülsen hört ihm aufmerksam zu, begegnet ihm fair und nimmt sein Argument, die Journalisten befänden sich oft in einer eigenen Welt, ernst, wenn sie zum Ergebnis kommt, die Kritik des Mannes „treffe":

> Redaktionen sind heute überwiegend Akademikerterrain. Mehr als 73 Prozent der Politikjournalisten in Deutschland haben studiert. Der Blick der deutschen Leitmedien ist oft der einer urbanen Elite, die aus ihren Altbauwohnungen in Berlin, Hamburg oder München auf das Land schaut. Nicht die Leser haben sich also entfremdet, sondern umgekehrt, die Journalisten von den Lesern und ihrer Lebensrealität?"

Doch solche Erkenntnisse bleiben isoliert im Text, werden kaum zu größeren, umfassenderen Schlussfolgerungen verknüpft. Dabei hat Hülsen gerade an dieser Stelle eine ganz persönliche Erfahrung gemacht, die in ihrem Text leider nicht zur Sprache kommt. 2017 veröffentlichte sie eine bitterböse Reportage [3] über die Stadt Gera in Thüringen, der es finanziell besonders schlecht geht und wo sich wenig zum Positiven bewegt. Ihr Urteil über die ostdeutsche Arbeiterstadt war vernichtend:„Wer hier etwas verändern will, verzweifelt. Und das liegt nicht nur am Mangel an Geld."

Tenor des Berichts: Der Stadt fehle der Wille, etwas zu bewegen, die Einwohner seien lethargisch und chronisch negativ gestimmt. Selber schuld, sozusagen. Das bekannte Vorurteil, mit dem oft Hartz-IV-Empfänger abgestempelt werden, warf Hülsen mit voller Wucht einer ganzen Stadt entgegen.

Geraer Unternehmer, die sich über den abwertenden Bericht beschwerten, luden die Journalistin daraufhin ein, um sich ihrerseits der Kritik zu stellen. Hülsen kam und verteidigte vor einem kleinen Kreis von Krawattenträgern ihren Bericht: Sie würde ihn wieder so schreiben. Die gleiche Arroganz also auch an dieser Stelle.

Als ein Geraer, der die Journalistin im Rahmen ihrer Recherche einen ganzen Tag lang durch die Stadt geführt hatte, um ihr positive Initiativen von Bürgern zu zeigen (die es auch gab), sie dafür kritisierte [4], dass nichts davon in ihren Artikel eingeflossen sei, entschuldigte sie sich nur verhalten: „Es tut mir leid, dass der Teil rausgefallen ist". Sie habe den Artikel leider kürzen müssen. Dazu der Geraer: „Mich ärgert, dass sie nicht gekürzt, sondern abgeschnitten haben".

Leitmedien und die „einfache Welt"

Wie in einer Nussschale finden sich in dieser lokalen Affäre all die großen Kritikpunkte gegenüber den Leitmedien: die Voreingenommenheit, die Einseitigkeit, das Weglassen von „Unpassendem", sowie, thronend über allem: die Überheblichkeit. In einem re-

Publiziert auf Free21 am 16.04.2018, 11:05 Uhr, von Paul Schreyer auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0.

sümierenden Abschnitt ihres Artikels schreibt Hülsen zur Medienkritik der Gebildeten:

> „Muss man das ernst nehmen? Medien können die Welt nicht so einfach machen, wie es sich manche Zuschauer oder Leser offenbar wünschen. Die Unübersichtlichkeit und die Unordnung, die Zeitungen und Fernsehsender jeden Tag in die Wohnzimmer ihrer Nutzer tragen, überfordern offenbar nicht bloß die ‚Abgehängten' in dieser Gesellschaft."

So einfach ist die Welt dann also doch wieder: Die Kritiker, auch die klugen, sind bloß „überfordert", verstehen das große Ganze, die komplexe Welt nicht. Dieses Argument kennt man von Politikern nach verlorenen Wahlen, wenn es heißt, man habe sein richtiges Anliegen nur nicht verständlich vermitteln können. Der Wähler habe es nicht begriffen. Dabei scheint eher das Gegenteil der Fall zu sein:

> **Etablierte Politiker wie Leitmedien selbst sind offenbar häufig überfordert von der Komplexität der Welt – 9/11, Syrien, Ukraine – und pressen sie in Frames und bequeme Klischees, die zudem auffällig oft zum Nutzen und im Sinne einflussreicher Eliten sind. Was natürlich bloß ein Zufall sein kann.**

Berechtigte Medienkritik fehlt

An dieser Stelle kommt eine linke Medienkritik ins Spiel, die im SPIEGEL-Artikel aber praktisch nicht existiert. Hülsen erweckt den Eindruck, als wäre Kritik an den Leitmedien meist rechts und als sei die Frage eigentlich bloß, wie weit sich der Mainstream den rechtskonservativen Kritikern öffnen solle oder dürfe, um den Anschluss an die Etablierten nicht zu verlieren.

Die breite linke Medienkritik, gerade auch aus der Wissenschaft, blendet der Artikel nahezu vollständig aus. Keine Erwähnung von Dr. Uwe Krüger und seinen vieldiskutierten Büchern „Meinungsmacht" und „Mainstream", beide in renommierten Verlagen erschienen, kein Wort von Prof. Ulrich Teusch und seinem Buch „Lückenpresse", in dem die wesentlichen Argumente zum Thema in der gebotenen Breite und Seriosität durchdekliniert werden.

Allein der Sammelband „Lügen die Medien?" [5], immerhin ein SPIEGEL-Bestseller, wird im Artikel erwähnt, ohne aber in irgendeiner Form auf den Inhalt einzugehen, etwa auf die darin enthaltenen Beiträge von Fachleuten wie Rainer Mausfeld, Noam Chomsky, Eckart Spoo oder Daniela Dahn.

Hülsen ist, ob nun mit Vorsatz oder nicht, auf diesem Auge konsequent blind. Sie besucht zwar den NZZ-Chef (unter dessen Ägide das Blatt nach rechts gerückt ist [6]), räumt seinen Thesen großzügig Platz ein, und lässt sich vom Transatlantiker Claus Kleber (neuestes Buch: „Rettet die Wahrheit" [7]) ausführlich dessen Welt erklären, doch namhafte Fachleute mit linker Tendenz wie Krüger oder Mausfeld sind im SPIEGEL-Universum offenbar unbekannt. Oder doch bloß unerwünscht?

Auf Nachfrage meint Hülsen dazu, sie kenne diese Autoren und Bücher „selbstverständlich": „Aber Protagonisten im Text sollten Zeitungsleser und Medienmacher sein". Spätestens an dieser Stelle beginnt man, sich verschaukelt zu fühlen. Buchautor Ulrich Teusch ist Journalist und Medienmacher, Daniela Dahn ebenso, auch Uwe Krüger ein gelernter Journalist.

Deren kollektive Ausgrenzung wird Gründe haben, sofern das Weglassen dieser Positionen – nicht bloß im SPIEGEL, sondern auch in anderen Leitmedien – nicht bloß ein „dummer Zufall" sein soll. Will man intelligenten linken Kritikern kein Forum bieten? Hülsen wehrt ab. Die Kategorien rechts und links seien für sie an dieser Stelle einfach „nicht maßgeblich" gewesen:

> „Aus den Grabenkämpfen rechts gegen links halte ich mich heraus."

Doch wie soll das, bitte, gehen? Niemand dürfte bestreiten, dass es eine Medienkritik von rechts gibt und eine andersartige von links. Die rechte Medienkritik, der im SPIEGEL-Artikel viel Platz eingeräumt wird, unterstellt Alpha-Journalisten eine vermeintlich linke Agenda im Sinne einer informellen schwarz-rot-grünen Koalition.

Die Rechten bemängeln, dass ihre eigenen konservativen Sichtweisen nicht angemessen in den Medien dargestellt oder diffamiert werden. Linke Medienkritiker hingegen (die im Artikel nicht vorkommen), meinen, dass der herrschende Mainstream keineswegs links sei, sondern oft auf Seiten der Reichen.

Die Leitmedien werden von ihnen nicht bloß als regierungsnah eingeordnet, sondern, grundsätzlicher, als elitennah. Die Berichterstattung folge, ebenso wie das Regierungshandeln, den Zielen und Wünschen einflussreicher Kreise aus der Oberschicht. Linke Medienkritik ist ihrem Wesen nach eine grundsätzliche Elitenkritik. Linke fordern demokratische Medien, die nicht die Ansichten reicher Eigentümer und mächtiger Hintergrundkreise propagieren sollen. Rechte äußern diese scharfe und an die Wurzel gehende Kritik an den Eliten nicht.

Der SPIEGEL hält solche Unterschiede nun für „nicht maßgeblich", für „Grabenkämpfe", aus denen man sich „heraushalte". Das ist bezeichnend. Die der Vertrauenskrise zugrunde liegende politische Ebene, insbesondere der Deutungskampf um die Macht der Eliten im Lande, soll offenbar auch weiterhin ausgeblendet bleiben. Doch das dürfte kaum gelingen. Denn der Streit um die Medien ist im Kern ein Streit um die Demokratie:

Wer entscheidet — und wessen Meinung zählt?

Quellen:

[1] DER SPIEGEL, Isabell Hülsten: Die Wut der klugen Köpfe, <*https://magazin.spiegel.de/SP/2018/9/155969264/*>

[2] facebook, DER SPIEGEL, Videos, <*https://www.facebook.com/DerSpiegel/videos/1676479475770364/*>

[3] SPIEGEL ONLINE, Isabell Hülsten: Der Niedergang einer deutschen Stadt, <*http://www.spiegel.de/spiegel/in-gera-der-pleitestadt-in-thueringen-mangelt-es-an-geld-und-antriebskraft-a-1155672.html*>

[4] OSTTHÜRNIGER Zeitung, Nach Kritik an Artikel: Spiegel-Redakeurin besucht erneut Gera, <*http://www.otz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Nach-Kritik-an-Artikel-Spiegel-Redakteurin-besucht-erneut-Gera-702868140*>

[5] Wernicke, Jens: Lügen die Medien? 1. Auflage, Westend-Verlag 2017, <*https://www.westendverlag.de/buch/luegen-die-medien/#book-about*>

[6] ZEIT ONLINE: Druck von rechts, <*http://www.zeit.de/2017/52/neue-zuercher-zeitung-christoph-blocher-rechtsruck*>

[7] MEDIENREALITÄT: Rettet Claus Kleber, <*https://medienblog.hypotheses.org/958*>

Autor:

Paul Schreyer

Jahrgang 1977, ist Autor und freier Journalist, unter anderem für Telepolis und die NachDenkSeiten. Er veröffentlichte mehrere Sachbücher zu den Anschlägen von 9/11. Sein 2014 gemeinsam mit Mathias Bröckers verfasstes Buch „Wir sind die Guten. Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren" wurde ein Spiegel-Bestseller. Paul Schreyer lebt in Mecklenburg-Vorpommern.

paulschreyer.wordpress.com/

Dieser Text wurde zuerst am 07.03.2018 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/die-einfache-welt-der-leitmedien› veröffentlicht. Lizenz: Paul Schreyer

‹http://www.free21.org/?p=28914›

Es geht um Asien, verdammt!

Der westliche Blick übersieht das Wesentliche der globalen Realität. Der wirtschaftliche Aufstieg Asiens und speziell der Volksrepublik China sind das dramatischste Ereignis der Weltwirtschaftsgeschichte. Während die Friedensbewegung Flugzeugträger zählt und die USA zum Imperium der Imperien erklärt, hat die Geschichte sie längst überholt.

von Florian Ernst Kirner

600 Millionen Menschen! 600 Millionen Menschen hat der lange chinesische Wirtschaftsaufschwung aus extremer Armut emporgehoben. Ein gigantischer Binnenmarkt ist dadurch entstanden. Gleichzeitig exportiert und investiert China in alle Welt.

Vor wenigen Jahrzehnten, nach dem „Jahrhundert der Demütigung" durch den Kolonialismus, war dieses China ein agrarisch strukturiertes Dritte-Welt-Land ohne nennenswerte Industrie. Vor zwanzig Jahren war die US-Wirtschaft zehnmal größer als die chinesische. 1978, als Deng Xiaoping an die Macht kam und mit der wirtschaftlichen Öffnung begann, erreichte die Ökonomie Chinas gar nur ein Zwanzigstel der US-amerikanischen.

Anschließend ist die Wirtschaft in China im Schnitt um 10 Prozent pro Jahr gewachsen, die der USA hat unterm Strich stagniert. In den USA machte die Industrie 60.000 Fabriken dicht, in China wurden zehntausende Werke eröffnet. In den USA verfallen zahlreiche Städte – in China werden im großen Umfang neue Städte gebaut.

Geisterstädte? Glauben Sie nicht den Medienberichten, die uns den Eindruck vermitteln, die meisten zentral geplanten Projekte im Reich der Mitte würden vor lauter Korruption und Inkompetenz scheitern. Sie verpassen damit das größte Ereignis der Weltgeschichte, das sich vor unseren Augen vollzieht: den Aufstieg Chinas zur Führungsmacht. Es ist das ungeheuerlichste wirtschaftspolitische Ereignis der Weltgeschichte - und die Konsequenzen werden nicht rein ökonomischer Natur sein.

Ja, es mag sein, dass sechs Stadtprojekte in den Weiten dieses gigantischen Reichs gescheitert sind. Aber 200 neu gebaute Städte boomen und expandieren vor sich hin. Einige habe inzwischen mehr als 10 Millionen Einwohner. Wir kennen deren Namen nicht.

Shanghai, China. (Foto: Pierre Selim, CC BY 3.0)

Flugzeugträger zählen?

Aber die USA, die USA, die USA? Ja, ja, ja: die USA.

Daniele Ganser erklärt uns, dass man nur Flugzeugträger zählen müsse, um herauszufinden, wer das Imperium sei. „Wir Historiker" machen das immer so, sagt er - ich kenne außer ihm niemanden, der das so macht - und kommt zum Ergebnis, dass die USA der unumstrittene Welthegemon sind.

Sie sind es nicht. Sie sind es gewesen. Donald Trumps Slogan „Make Amerika great again" stellt immerhin eine wahlkämpferische Verarbeitung dieser Tatsache dar: Die Weltmachtposition der USA ist längst Geschichte. Geschichte ist übrigens auch jene Zeit, in der Flugzeugträger der letzte Schrei der Militärtechnik gewesen sind. Heutzutage sind es tumbe, schwimmende Festungen, wie einst die schweren Galleonen Spaniens, und leichte, fette Beute für Raketensysteme neueren Typs.

Das bedeutet nun nicht, dass die NATO nicht mehr gefährlich wäre. Im Gegenteil. Fallende Riesen sind höchst gefährlich und können viele mit sich in die Tiefe reißen. Die transatlantische Machtstruktur arbeitet geradezu verzweifelt auf einen Krieg mit Russland hin. Und sie wird irre an einem Vladimir Putin, der ihr diesen Krieg trotz fortlaufender Provokationen verweigert.

Aber wir müssen erkennen, warum die transatlantische Machtelite diesen Krieg so dringend braucht: Weil sie dabei ist, zu verlieren – wie sie in Syrien schon verloren hat.

Infrastruktur und Staat

Die Weltsicht vieler Menschen auch und gerade in der Friedensbewegung krankt an Westzentrismus und einer Fixierung auf das Militärische. Dass wir uns nicht falsch verstehen: Es ist relevant, dass die USA an die 600 Milliarden Dollar jährlich für ihr Militär ausgeben. Aber diese Relevanz hat mehrere, durchaus widersprüchliche Aspekte.

Wenn nämlich China mit einer vierfach größeren Bevölkerung und einer neuerdings gleichgroßen Ökonomie nur ein Viertel des US-Budgets für Militär ausgibt, bleibt den Chinesen weitaus mehr Geld übrig für gigantische Infrastrukturprojekte, für Forschung und Entwicklung. Das wiederum

Publiziert auf Free21 am 29.05.2018, 09:14 Uhr, von Florian Ernst Kirner auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BYNCND4.0.

hat Konsequenzen für die militärischen Potentiale Chinas.

„Infrastruktur ist eine Metapher dafür, über die Zukunft nachzudenken“, sagt Martin Jacques, Autor des Weltbestsellers „When China rules the world“. Daran gemessen leben die USA in der Vergangenheit. Sie berauschen sich am Militärischen, während die Infrastruktur des Landes stellenweise verfällt und flächendeckend dringend erneuert werden müsste. Aber wie, mit diesem total verschuldeten amerikanischen Staat?

China baut Infrastruktur. Und China verfügt über etwas, das wir uns in Deutschland immer weniger vorstellen können: über einen funktionierenden Staat. Der chinesische Staat – getragen von der Kommunistischen Partei Chinas mit ihren 90 Millionen Mitgliedern – kann strategisch agieren. Er kann nach vorne planen und diese Pläne umsetzen.

Während nun der amerikanische Staat seine Ressourcen im Militär konzentriert und sechs, sieben, acht Kriegstheater gleichzeitig bespielen muss, baut China Infrastrukturprojekte nicht nur quer durch das eigene, gigantisch große Land, sondern auch in Sri Lanka, Kasachstan, in der Mongolei und in vielen, vielen Staaten Afrikas. Die Zahl der Länder, deren wichtigster Handelspartner ‚China‘ heißt, wächst kontinuierlich und weltweit.

Wer eine solche Dynamik in Wirtschaft und Forschung hat wie China, kann aus 280 Milliarden direkten Militärausgaben wesentlich mehr Schlagkraft generieren als die USA aus der vierfachen Ausgabe in einem aberwitzigen Korruptionssumpf rund um das Pentagon.

It’s Asia, stupid!

Es geht jedoch nicht nur um China. Vietnam boomt. Ho-Chi-Minh-City ist eine der dynamischsten Metropolen der Welt. Singapur ist zur Schweiz Asiens aufgestiegen und baut innerhalb von drei Jahren einen neuen Flughafen, der im Vergleich mit dem JFK in New York Science Fiction ist, während Deutschland daran scheitert, seinen stinklangweiligen Hauptstadtflughafen überhaupt zu bauen.

Chinesisches Geld, Yuan/Renminbi (Foto: Pixabay, CCo)

„Deutschland, Deutschland über alles“, singt mancher AFDler heimlich im Keller. Aber abgesehen davon, dass der Autor dieser berühmten Zeilen, Hoffmann von Fallersleben, sie anders gemeint hat und seinerzeit ein ziemlich guter, fortschrittlicher Typ gewesen ist, stellt sich die Frage: wie? Wie soll das gehen, Deutschland über alles?

Deutschland hat 80 Millionen Einwohner. Nach der Definition des handelsüblichen Rassisten gehören 12 Millionen von ihnen gar nicht dazu. Aber bleiben wir mal bei 80 Millionen. Dem stehen 1,4 Milliarden Chinesen gegenüber, 1,3 Milliarden Inder, 93 Millionen Vietnamesen, 32 Millionen Malaysier, 262 Millionen Indonesier...

Anders gesagt: In den USA leben 5 Prozent der Weltbevölkerung. In Europa 7 Prozent. Schon die Bevölkerung Afrikas übertrifft die des „Westens“ bei weitem: 17 Prozent. Aber zwei Drittel der Weltbevölkerung leben in Asien. 15 Prozent der Menschheit sind weiß. 85 Prozent sind es nicht. Das ist die Realität.

Nun war dieses Mehrheitsverhältnis über die letzten zweihundert Jahre grundsätzlich ähnlich. Die Weißen waren zu keinem Zeitpunkt der Geschichte die Mehrheit der Menschheit. Aber wenn die einen Maschinengewehre haben und die anderen nur Steine, Pfeil und Bogen, ist es egal, ob man numerisch in der Mehrheit ist oder nicht.

Diese Zeiten sind vorbei, endlich. Die Diktatur des weißen Mannes ist an ihr Ende gekommen. Und das bedeutet in sich einen riesigen Schub in Richtung demokratischerer Weltverhältnisse - selbst wenn nicht alle Länder voller Begeisterung unsere Vorgabe einer parlamentarischen Demokratie übernehmen.

Es wird höchste Eisenbahn, dass wir den Diskurs der Friedensbewegung in diesen Sinne globalisieren und den Abstieg der USA und Europas und den Aufstieg Asiens zur Grundlage unserer geopolitischen Analyse machen. Weltgeschichte passiert, vor unseren Augen. Die Gewichte haben sich längst weit nach Osten verschoben.

„Das Finanzsystem kollabiert“, sagen uns die Ökonomen der alternativen Medien? Ja, das Finanzsystem des Westens gerät unter Druck – weil der Renminbi auf dem Weg zur Weltwährung den Dollar in Bedrängnis bringt. Und war die „Weltfinanzkrise“ 2007/2008 überhaupt eine Weltfinanzkrise? Martin Jacques argumentiert überzeugend, dass es eine Krise des westlichen Finanzsystems gewesen ist. Denn China musste keine Schulden aufnehmen, um marode Banken zu retten. Chinas Banken sind nicht marode.

Renminbi? Nie gehört? Der RMB ist die Währung der größten Ökonomie der Welt. Es ist die Währung Chinas. Der RMB ist längst dabei, den Dollar als Leitwährung abzulösen. Und wir Weltstrategen aus Deutschland haben das Wort noch nie gehört…
Das zeigt erneut das Problem:
Es geht um Asien, verdammt!

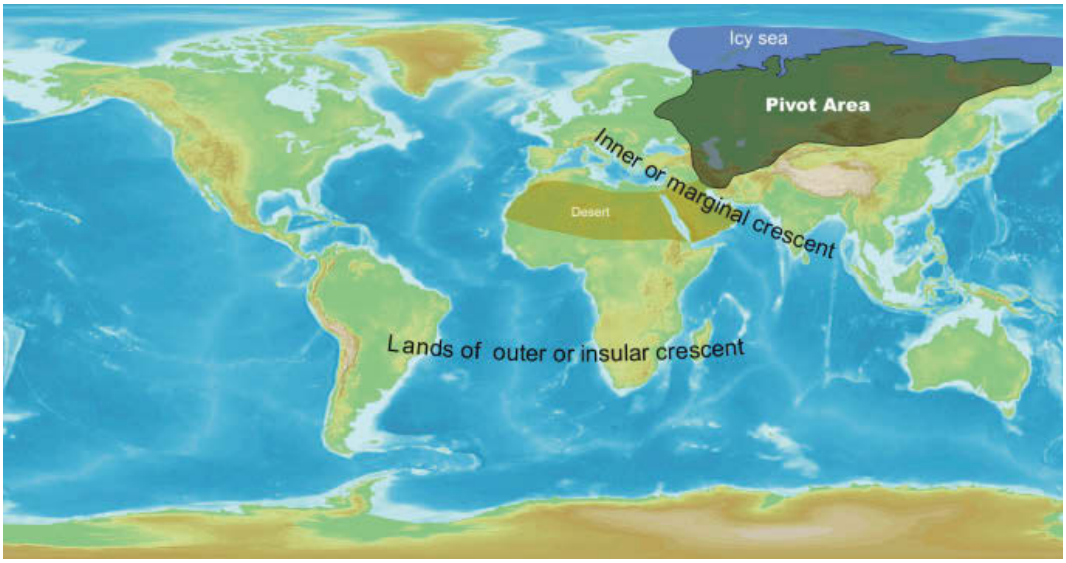
Autor:

Florian Ernst Kirner

alias Prinz Chaos II., arbeitet als Kabarettist, Liedermacher und Blogger. Er ist seit seiner frühen Jugend politisch aktiv, vor allem in den Bereichen Antifaschismus, Friedensbewegung und internationale Solidarität. 2013 verfasste er mit Konstantin Wecker den „Aufruf zur Revolte“. Er lebt in Südthüringen, wo er auf Schloss Weitersroda ein Kultur- und Gemeinschaftsprojekt entwickelt.

Dieser Text wurde zuerst am 05.05.2018 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/es-geht-um-asien-verdammt› veröffentlicht. (Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0)

‹http://www.free21.org/?p=29066›



Die Einteilung der „Weltinsel" in Mackinders Heartland-Theorie. Pivot_area. (CC BY-SA 3.0)

Der Kampf um die „Weltinsel"

„Der geographische Drehpunkt der Geschichte" lautete der Titel eines Vortrags, den der Politikberater und Direktor der „London School of Economics" [1], Halford Mackinder, im Jahr 1904 veröffentlichte.

von Mathias Bröckers

In der aktuellen Ausgabe der Kulturzeitschrift „Lettre International" [2] ist dieser Vortrag jetzt zum ersten Mal auf Deutsch erschienen, wofür man sehr dankbar sein muss. Denn es handelt sich zum einen um einen klassischen Schlüsseltext der Geopolitik und zum anderen ist Mackinders „Heartland"-Theorie nach wie vor von erstaunlicher aktueller Bedeutung. Wer das „Herzland", die Mitte zwischen Europa und Asien und somit das Zentrum des eurasischen Kontinents beherrscht, beherrscht die Welt, lautete Mackinders These. Da durch die kommenden Technologien der Eisenbahnen und des Automobils der Handel und Wandel zwischen Europa und Asien unausweichlich sei, wäre die auf der Seeherrschaft beruhende britische Weltmacht chancenlos. Vor allem wenn das rohstoffreiche Russland mit dem industriestarken Deutschland zusammenwachse. „Wer Osteuropa regiert, beherrscht das Heartland; wer das Heartland regiert, beherrscht die Weltinsel; wer die Weltinsel regiert, beherrscht die Welt", brachte Mackinder seine Geostrategie später auf den Punkt.

Wer die Geschichte des 20. Jahrhunderts auf diesem Hintergrund liest, kann erstaunliche Einsichten über die Kontinuität gewinnen, mit der Briten und Amerikaner ihre globale Machtpolitik betreiben. Etwa über die Frage, warum Hitler und die Wehrmacht massiv von der Wall Street finanziert wurden, oder warum die Nato nach 1991 mit ihren Raketen unbedingt bis an die russische Grenze vorrücken musste oder warum 2014 mit einem Putsch in der Ukraine ein russlandfreundlicher Präsident durch einen russlandfeindlichen ausgetauscht werden musste oder warum eine zweite „North-Stream"-Pipeline durch die Ostsee den Amerikanern ein Dorn im Auge ist. Immer geht es um Mackinders „Herzland" in dem auf keinen Fall Handel, Wandel und Frieden herrschen darf, weil dies die transatlantische Dominanz bedrohen würde.

Es zieht sich von dieser Theorie aus dem Jahr 1904 eine Linie über Hitlers Geostrategen Karl Haushofer zum geopolitischen Berater von fünf US-Präsidenten, Zbiginew Brzezinski, bis in die aktuelle Politik des US-Imperiums. Über die Aktualität Mackinders schreibt in „Lettre" auch der Historiker Alfred McCoy, dessen eminentes Grundlagenwerk „Die CIA und das Heroin -Weltpolitik durch Drogenhandel" [3] für ein Verständnis der aktuellen internationalen Konflikte und Kriege unverzichtbar ist. Ebenso wie eine Kenntnis der Generalstrategie im „Great Game", die auf Mackinder zurückgeht und im geopolitischen Match auf dem „eurasischen Schachbrett", wie es Brzezinski nannte, nach wie vor auf der Agenda steht.

Auf diesem Hintergrund kann man dann auch den scheinbaren Irrsinn der Tagesnachrichten ein wenig begreifen, etwa warum aus Afghanistan immer neue Produktionsrekorde für Opium und Heroin gemeldet werden, während in USA Tausende an dieser Überproduktion krepieren; oder warum eine Gas-Pipeline zwischen Russland und Deutschland ein „Problem" darstellen soll, während der ökonomische und ökologische Hochgrad-Schwachsinn, Fracking-Gas mit Riesentankern von Amerika nach Europa zu schippern, von der EU gefördert wird. Oder warum Polen sich gerade von den USA für irrsinnige Milliarden

„Patriot"-Luftabwehr andrehen lässt – „gegen die Russen" [4], gegen deren neue Hyperschall-Raketen [4] die veralteten Patriots aber keinerlei Chance haben.

Nadelstiche ins „Herzland" zu setzen, Konflikte zu schüren, Waffen zu liefern und Kriege anzuzetteln um ein Zusammenwachsen des Osten Europas mit dem Westen Asiens zu verhindern ist nach wie vor die grundlegende außenpolitische Agenda des US-Imperiums. Dazu gehört auch, die strategischen Angelpunkte an den Rändern des eurasischen Doppelkontinents zu kontrollieren – vor allem die rohstoffreichen Regionen des Persischen Golfs. Wobei die desaströsen Krieg in Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien mittlerweile, so Alfred McCoy, weniger an ein kühnes geopolitisches Gambit erinnern als „an

Porträt von Sir Halford John Mackinder (gemeinfrei)

Deutschlands katastrophale Entscheidung, das russische Kernland anzugreifen." Er sieht darin den „sicherlich letzten imperialen Versuch, sich eine Angelpunktpo-

Publiziert auf Free21 am 26.05.2018, 16:55 Uhr, von Mathias Bröckers auf https://www.broeckers.com, Lizenz: M. Bröckers

sition am Rand des eurasischen Kernlands zu sichern, vergleichbar mit den Forts des britischen Kolonialismus entlang der Nordwestgrenze."

Darum geht es auch bei den jüngsten Kriegsdrohungen gegen den Iran, der ja gar keine Atomwaffen besitzt und sich regelmäßig von den internationalen Behörden kontrollieren lässt – anders als Israel, das illegal welche hat und jegliche Kontrollen verweigert. Dass es sich bei den jüngsten US-Kriegen, wie Alfred McCoy meint, um den „letzten imperialen Versuch" des überdehnten amerikanischen Imperiums handelt, könnte sein, denn Russland und im Hintergrund auch China haben spätestens im Syrienkrieg klar gemacht, dass sie weitere Expansionen des US-Imperiums nicht dulden werden, auch keinen „Regimechange" im Iran.

Dass Teheran im April den Ausstieg aus dem US-Dollar angekündigt hat und sein Öl künftig in Euro abrechnet, ist eine Provokation erster Klasse. Saddam Hussein und Gaddafi hat es das Leben gekostet, als sie aus dem Petro-Dollar aussteigen wollten – ihre nahezu wehrlosen Länder wurden umgehend überfallen und verwüstet. Doch anders als Libyen oder Irak hat der Iran zwei mächtige eurasische Atommächte als Verbündete im Hintergrund. Und auch die EU scheint nicht bereit, aus den Atomverträgen mit Iran auszusteigen und mit den USA, Israel und Saudi- Arabien weiter an der Eskalationsschraube drehen. Die Leichenberge und das Chaos, das dieses infernale Trio im Irak und in Syrien produziert hat, würde von einem Angriff auf Teheran in neue Dimensionen wachsen – bis hin zum Schrecken eines nuklearen Kriegs. Dass ein solcher Großkonflikt der Blöcke weniger auf amerikanischem oder russischen oder chinesischen Boden, sondern im kontinentalen mittleren Europa zu Katastrophen führen würde, hat man in Brüssel, Berlin und Paris offenbar verstanden. Es geht noch immer um Mackinders „Weltinsel", die nicht zusammenwachsen darf.

Quellen:

[1] <https://de.wikipedia.org/wiki/Heartland-Theorie>

[2] <https://www.lettre.de/beitrag/mccoy-alfred-w_herzland-und-weltinsel>

[3] <https://www.broeckers.com/2016/02/29/weltpolitik-durch-drogenhandel/>

[4 <https://www.tagesschau.de/ausland/polen-patriot-raketen-usa-101.html>

[5 <https://www.broeckers.com/2018/03/07/dont-mess-around-with-ivan/>

Autor:

Mathias Bröckers

geboren 1954 ist ein deutscher freier Journalist, der vorallem für die taz und Telepolis schreibt. Ab 2001 hat er mehrere Bücher über den 11. September geschrieben.

www.broeckers.com

Dieser Text wurde zuerst am 14.5.2018 auf www.broeckers.com unter der URL ‹https://www.broeckers.com/2018/05/14/der-kampf-um-die-weltinsel/› veröffentlicht. Lizenz: Mathias Bröckers

‹http://www.free21.org/?p=29127›

Auswärtiges Amt: Kriegsmarketing statt Friedensdiplomatie?

Das deutsche Außenministerium will „kampagnenfähig" werden und hat dazu vor kurzem mehrere PR-Experten und Journalisten eingestellt. Propaganda betreibe man aber nicht.

von Paul Schreyer

So wie sich die deutsche Außenpolitik in den letzten zwei Jahrzehnten gewandelt hat, beginnend mit der Teilnahme am völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien 1999, verändert sich seither auch das Selbstverständnis des Auswärtigen Amtes.

Seit 2016 gibt es eine Abteilung für „Strategische Kommunikation", wo man, ähnlich wie im bereits 2015 auf EU-Ebene gestarteten [1] „Strategischen Kommunikationsteam Ost", die eigene Außenpolitik den Bürgern besser vermitteln und „Desinformation" bekämpfen will. Zudem ist man bestrebt, potenziellen Flüchtlingen bereits in ihren Heimatländern Deutschland als Fluchtziel „auszureden". Auf einer entsprechenden Website [2] versucht das Amt, die Flüchtlinge direkt anzusprechen.

Antrittsrede von Heiko Maas (Screenshot: Phoenix, ‹https://youtu.be/WIJPEl_qJkA›)

Im Auswärtigen Amt leitete die Abteilung zunächst Ralf Beste, ein langjähriger Spiegel-Journalist. Nachdem dieser mittlerweile zum Planungsschef des Amtes aufgestiegen ist, besetzt nun der Karrierediplomat Andreas Kindl den Posten. Ende 2017 suchte die Ab-

teilung per öffentlicher Ausschreibung [3] neue Mitarbeiter, darunter ausdrücklich „Kampagnenexperten", Social-Media-Experten, Journalisten und Videojournalisten. Man wollte ein Redaktionsteam aufbauen, das eigene Inhalte erstellen und unter die Leute bringen kann. In der Ausschreibung hieß es recht unverblümt [3]:

> „Eine professionelle und nachhaltige Kommunikation im In- und Ausland wird für die deutsche Außenpolitik immer wichtiger. Im Ausland sind die Erwartungen an Deutschlands Rolle und Verantwortung in der internationalen Politik gestiegen. In gleichem Maße steigt die Notwendigkeit, die Legitimierung für eine aktive Außenpolitik zu stärken. (…) Zentrales Ziel des Bereichs ‚Strategische Kommunikation' ist es, das Auswärtige Amt kampagnenfähig zu machen, d.h. außenpolitisch relevante Themen kommunikativ rasch und zugleich nachhaltig zu bespielen, v.a. im digitalen Raum."

Seit März ist das Team mit sechs freiberuflichen Mitarbeitern [4] nun komplett und einsatzbereit. Wie die neue „strategische Kommunikation" aussieht, lässt sich an einer scharfen Stellungnahme zum Fall Skripal [5] ablesen, in der das Auswärtige Amt behauptet, ein OPCW-Labor habe „ohne Zweifel das russische Gift" nachgewiesen – eine klare Desinformation, also eben das, was man eigentlich bekämpfen möchte. Selbst die Briten sprechen nicht vom Nachweis „russischen Gifts", sondern, in einer auffällig konsequent verwendeten, juristisch spitzfindigen Formulierung [6] vom „Gift eines Typs, wie er in Russland entwickelt wurde" – was noch nichts über den konkreten Täter in diesem Fall aussagt. Den Kampagnenexperten vom Auswärtigen Amt sind diese Feinheiten entweder nicht geläufig oder wurden bewusst verwischt.

Gute und böse Propaganda

Auf meine Frage, inwieweit sich die Arbeit der Abteilung von der professionellen Verbreitung von Propaganda unterscheide – wie sie ja vor allem der russischen Regierung vorgeworfen wird -, antwortete mir das Auswärtige Amt, Ziel sei „nicht (Gegen-)Propaganda, sondern die Vermittlung objektiver Fakten":

> „Es geht im Umgang mit Fake News und Propaganda in der Auslandskommunikation darum, Desinformationen zu korrigieren, eigene, positive Narrative zu entwickeln sowie – wo angebracht – einen Beitrag zu leisten, um die Resilienz der von Desinformation beeinflussten Gesellschaften zu erhöhen."

Dabei dürfte klar sein, dass die Entwicklung und Verbreitung „eigener, positiver Narrative" selbstverständlich und schon per Definition Propaganda ist, ein Begriff der sich vom lateinischen „propagare" („verbreiten") ableitet und der im Duden als „systematische Verbreitung politischer Ideen und Meinungen mit dem Ziel, das allgemeine Bewusstsein zu beeinflussen" beschrieben wird.

In der Antwort des Auswärtigen Amtes heißt es weiter, man wolle „im Wettbewerb der Narrative und Werte bestehen" und „die deutsche Außenpolitik besser erklären, um in Deutschland eine gesellschaftliche Unterstützung für unser internationales Engagement zu ermutigen". Das dürfte tatsächlich der Kern der Bemühungen sein: mehr Rückhalt an der Heimatfront.

Das sogenannte „internationale Engagement" wird dabei häufig – und ähnlich nebulös – als „aktive Außenpolitik" bezeichnet, ein Begriff den das Amt auf Nachfrage nicht näher erläutern wollte, der aber offenbar das aktive Einmischen in die Angelegenheiten anderer Länder meint – bis hin zum Militäreinsatz. Prominenz erlangte die Formulierung in der Antrittsrede [7] von Außenminister Frank-Walter Steinmeier im Januar 2014, wo er vor einer „Kultur des Heraushaltens" warnte.

Private „Denklandschaft"

Quelle dieser Gedanken [8] – die damals zeitgleich auch Bundespräsident Joachim Gauck und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen verbreiteten – war die 2013 veröffentlichte Studie „Neue Macht – Neue Verantwortung" [9], herausgegeben von den Denkfabriken Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und German Marshall Fund of the United States (GMF). In dieser Studie hatten die Autoren (unter ihnen Vertreter der Regierung, der Daimler AG, der Bertelsmann Stiftung und des Bundesverbands der Deutschen Industrie) die gewünschte „aktive Außenpolitik" ebenso klar umrissen wie die Rolle, die man dem deutschen Außenministerium darin zudachte:

> „Außenministerien haben schon lange kein Monopol mehr über die Definition und Umsetzung der Außenpolitik. Sie werden sich entwickeln müssen zu Impulsgebern und Netzwerkmanagern, die Meinungs- und Entscheidungsfindungsprozesse organisieren.(…) Ziel muss eine ‚Denklandschaft' sein, die nicht nur politische Kreativität ermöglicht und pflegt, sondern auch imstande ist, politische Optionen schnell und in operationalisierbarer Form zu entwickeln."

Im Klartext: Das Auswärtige Amt soll nicht mehr autonom und national entscheiden, sondern sich einordnen in ein internationales Netzwerk, auch aus privat finanzierten Stiftungen. Das Ministerium soll weniger selbstständig lenken, als vielmehr zwischen Positionen moderieren, die andere entwickeln. Den Takt gibt eine „Denklandschaft" vor, vermeintlich plural, in Wahrheit dominiert vom Geld vor allem transatlantischer Lobbygruppen.

Die Debatte und Formulierung von Außenpolitik soll zunehmend aus dem Auswärtigen Amt ausgelagert und privatisiert werden, das Amt selbst sich immer mehr zum technischen Organisator und Marketingapparat wandeln – so zumindest die Wunschvorstellung, deren Umsetzung allerdings rasch voranschreitet.

Die SWP-GMF-Studie von 2013 nahm auch die Gründung der neuen Abteilung für strategische Kommunikation vorweg: „Staatliche Außenpolitik muss lernen, ihre Ziele und Anliegen effektiver zu kommunizieren, um zu überzeugen – die eigenen Bürger ebenso wie die internationale Öffentlichkeit." Einer der Autoren der Studie war übrigens der SPD-Politiker Niels Annen, ehemaliger „Senior Transatlantic Fellow" beim German Marshall Fund in Washington, heute die rechte Hand von Heiko Maas als neuer Staatssekretär im Auswärtigen Amt.

Im Dschungel der Stiftungen

Wirft man einen näheren Blick auf das Netzwerk aus Stiftungen und Lobbygruppen, die mittlerweile rings um das Auswärtige Amt angedockt haben, dann entsteht der Eindruck einer Blase, deren Bewohner sich am liebsten gegenseitig zitieren und das dann für einen produktiven Ideenaustausch halten.

So erschien zum Beispiel im März dieses Jahres in der taz ein Artikel [10], der Reformvorschläge für das Ministerium diskutierte, im Ton wohlwollend bis euphorisch:

> „Dass sich das Auswärtige Amt inzwischen neben der täglichen Pressearbeit nun auch mit strategischer Kommunikation beschäftigt, ist ein echter Fortschritt. (…) Eine regelbasierte Weltordnung erhalten, Europa reformieren, Krisen bewältigen – die deutsche Außenpolitik hat deutlich an Gewicht gewonnen."

Hochrangige Beamte des Auswärtigen Amtes empfahlen [11] diesen Text öffentlich, unter ihnen Andreas Kindl, Beauftrag-

Publiziert auf Free21 am 26.05.2018, 23:28 Uhr, von Paul Schreyer auf www.paulschreyer.wordpress.com, Lizenz: Paul Schreyer

ter für strategische Kommunikation, und Staatsminister Michael Roth. Der gelobte Zeitungsartikel stammte allerdings gar nicht von einem Journalisten, sondern von einer Mitarbeiterin der Berliner Denkfabrik Global Public Policy Institute (GPPi) [12], welche selbst zu einem erheblichen Teil vom Auswärtigen Amt finanziert wird [13] und Projekte [14] in Zusammenarbeit mit dem Ministerium durchführt.

Wie das GPPi mir auf Nachfrage mitteilte, stammen aktuell ungefähr ein Sechstel der Institutsgelder vom Außenministerium. Andere Finanziers sind George Soros, die EU-Kommission, die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Friedrich-Ebert-Stiftung oder auch die Bosch- und die Volkswagen-Stiftung. Im GPPi-Beirat sitzt [15] Alexander Soros, der Sohn des umtriebigen Multimilliardärs.

Milliardäre machen Politik

So sieht offenbar die in der SWP-GMF-Studie empfohlene „Denklandschaft“ aus, die „politische Kreativität ermöglicht“. Man kennt sich, mag sich, berät sich und bezahlt sich. GPPi-Chef Wolfgang Reinicke [16] startete in den 1970er Jahren als Börsenhändler bei der Dresdner Bank in London, machte dann in den USA Karriere (Yale, USAID, Weltbank, Brookings) und hat heute eine Professur an der von George Soros finanzierten Central European University in Budapest inne.

Unterstütze Free21.org

Vereins-Spenden-Konto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Die Süddeutsche Zeitung berichtete [17] im Rahmen ihrer Recherchen zu Steuerparadiesen, dass Reinicke bis zum Tod von Gunther Sachs dessen Multimillionen-Vermögen verwaltet hatte, als „Direktor zweier Firmen auf den Cookinseln“ und „Geschäftsführer oder Verwaltungsrat in vier Luxemburg-Firmen“.

Reinickes Denkfabrik GPPi steht nun, wie gesagt, in engem Austausch mit dem Auswärtigen Amt. Dessen Beauftragter für strategische Kommunikation traf sich [18] im März mit einer Lobbyistin vom Atlantic Council (finanziert u.a. von NATO, westlichen Regierungen, Banken, Öl- und Rüstungsindustrie) und empfahl der Öffentlichkeit nachdrücklich die von ihr mitverfasste Studie „Demokratische Verteidigung gegen Desinformation“ [19]. Darin wird stolz berichtet:

> „Im vergangenen Jahr berieten wir uns regelmäßig mit europäischen Partnern – Akademikern, Journalisten, Aktivisten, Regierungsbeamten und Analysten -, die sich in der Debatte zum Thema Desinformation engagieren. Diese Gemeinschaft kam im September 2017 in Washington zusammen, beim ersten transatlantischen Forum zu strategischer Kommunikation und digitaler Desinformation, StratCom DC, veranstaltet vom Atlantic Council. Mehr als hundert Experten aus fast allen europäischen Staaten nahmen teil, um neue Forschungen und Lösungen zu diskutieren.“

Maas und die Phrasen

Auf den 24 Seiten der Studie werden drei Personen prominent mit Foto abgebildet: Wladimir Putin, Barack Obama und: Heiko Maas. Offenbar genießt der neue Außenminister das besondere Vertrauen der Transatlantiker. Ohne außenpolitische Vorkenntnisse und weit weniger beliebt in der Bevölkerung als sein Vorgänger, erweckt Maas den Eindruck, den beschriebenen Trends nun noch stromlinienförmiger folgen zu wollen, als seine Vorgänger.

In seiner Antrittsrede [20] im März ließ er kaum eine der gängigen Phrasen und Plattitüden aus. Eigene Gedanken oder originelle Ideen – Fehlanzeige. Vor der versammelten Mannschaft des Auswärtigen Amtes erschien er wie ein linkischer Schülersprecher, der spürt, dass die, für die er zu sprechen vorgibt, ihn nicht besonders mögen. Seine Verhaspler wirkten peinlich. Auch die Geographiekenntnisse des neuen Ministers sind offenbar ausbaufähig. Russland, so Maas, „ist und bleibt Europas größter Nachbar“. Dabei ist ein großes Gebiet Russlands bekanntlich selbst Teil Europas und eben gerade kein benachbarter, abgetrennter Kontinent.

In seiner Rede sagte Maas auch: „Sie alle wissen, wie groß, teilweise übergroß, die Erwartungen der Welt an uns sind.“ Der Minister, Sohn eines Berufssoldaten, möchte diesen Erwartungen „der Welt“ nun offenbar gern entsprechen.

Quellen:

[1] <https://www.heise.de/tp/features/Die-Propaganda-Offensive-der-EU-wird-das-Misstrauen-gegenueber-den-Medien-staerken-3376361.html>

[2] <https://rumoursaboutgermany.info/>

[3] <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/1049628/e7f552122737ceda44a39370dcc65d86/171221-607-kampagnen-experte-data.pdf>

[4] <https://twitter.com/GERonStratCom/status/969550914087542784>

[5] <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/abruestung-ruestungskontrolle/-/2002990>

[6] <https://www.craigmurray.org.uk/archives/2018/03/of-a-type-developed-by-liars/>

[7] <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/48937162_kw05_de_aussenpolitik/215168>

[8] <https://www.heise.de/tp/features/Wir-sind-die-Guten-3492662.html>

[9] <https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/projekt_papiere/DeutAussenSicherhpol_SWP_GMF_2013.pdf>

[10] <http://www.taz.de/%215489823/>

[11] <https://twitter.com/GERonStratCom/status/977487661823856640>

[12] <http://www.gppi.net/team/sarah-brockmeier/?L=84>

[13] <http://www.gppi.net/about/funding/>

[14] <https://peacelab.blog/>

[15] <http://www.gppi.net/about/advisory-board/>

[16] <https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2015/05/fp_20170213_reinicke_cv.pdf>

[17] <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/playboy-im-steuerparadies-so-funktioniert-das-system-sachs-1.1639812-4>

[18] <https://twitter.com/GERonStratCom/status/975798153642496000>

[19] <http://www.atlanticcouncil.org/images/publications/Democratic_Defense_Against_Disinformation_FINAL.pdf>

[20] <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/bm-maas-amtsantritt/1788184>

Autor:

Paul Schreyer

Jahrgang 1977, ist Autor und freier Journalist, unter anderem für Telepolis und die NachDenkSeiten. Er veröffentlichte mehrere Sachbücher zu den Anschlägen von 9/11. Sein 2014 gemeinsam mit Mathias Bröckers verfasstes Buch „Wir sind die Guten. Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren“ wurde ein Spiegel-Bestseller. Paul Schreyer lebt in Mecklenburg-Vorpommern.

paulschreyer.wordpress.com/

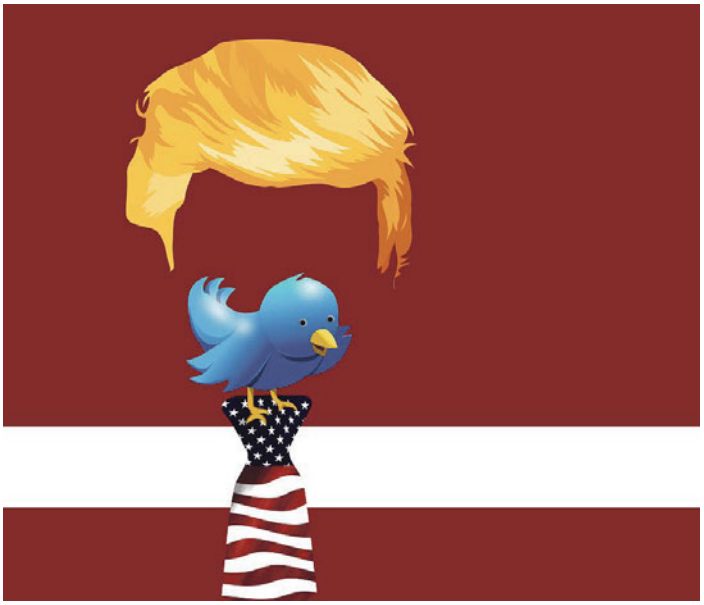
Dieser Text wurde zuerst am 06.05.2018 auf www.paulschreyer.wordpress.com unter der URL ‹https://paulschreyer.wordpress.com/2018/05/06/auswaertiges-amt-kriegsmarketing-statt-friedensdiplomatie/› veröffentlicht. (Lizenz: Paul Schreyer)

‹http://www.free21.org/?p=29075›

Der neue Feind

Auf die Deeskalation mit Nord-Korea folgt die Eskalation mit dem Iran.

von Patrick Cockburn (Rubikon-Weltredaktion)



Trump auf Twitter (Foto: Pixabay, CCo)

Während sich zwischen Nord- und Südkorea die Wogen glätten und ein Friedensabkommen in greifbare Nähe rückt, stehen die Zeichen beim Iran auf Eskalation. Trump hat das Atom-Abkommen aufgekündigt und erneut Sanktionen gegen den Iran angekündigt. Patrick Cockburn mit einer Gegenüberstellung:

Als Journalist waren mir schon immer jene Reportagen über Treffen zwischen führenden Staatsoberhäuptern ein Graus, die als „historisch" oder „denkwürdig" oder auch einfach nur „bedeutend" angekündigt wurden. Solche Ansprüche sind meist geheuchelt – oder, sollte tatsächlich einmal etwas wirklich Interessantes geschehen, wird dessen Bedeutung übertrieben oder allzu sehr vereinfacht.

Auf „Plus ça change" kann sich jedoch der vorsichtige Reporter nicht immer berufen, weil gelegentlich wirkliche Veränderungen stattfinden und professionelle Zyniker überraschen.

Es war kaum möglich, sich nicht von der enthusiastischen Atmosphäre anstecken zu lassen, als ich dieses Wochenende [27. bis 29. April 2018, Anmerkung der Übersetzerin] das „historische" Treffen [1] der beiden Staatschefs von Nord- und Südkorea [2] am Panmunyom-Grenzübergang beobachtete und den Reportern zuhörte, wie sie sich vor Aufregung fast überschlugen.

Ich erinnere mich jedoch an andere Treffen, die einst als „weltverbessernd" angepriesen wurden und nun großenteils vergessen sind. Wer erinnert sich noch an das Gipfeltreffen zwischen Reagan und Gorbatschow im Jahr 1986, das ehemals so wichtig erschien? Und dann gab es diesen berühmten Handschlag des israelischen Premierministers Jitzchak Rabin und des Palästinenserführers Jassir Arafat auf dem Rasen des Weißen Hauses [3], der 1993 ein Friedensabkommen zwischen Israel und Palästina besiegelte. Was immer danach passierte – einen Frieden erreichte der Handschlag nicht.

Rabin wurde zwei Jahren später von einem religiösen Fanatiker ermordet und Arafat starb, als seine Hoffnungen auf ein palästinensisches Selbstbestimmungsrecht in Scherben lagen. Skeptiker, die argumentiert hatten, dass das Missverhältnis zwischen Israel und Palästina bezüglich ihrer politischen und militärischen Stärke für eine echte Einigung zu groß sei, bekamen letztlich doch Recht.

Das Treffen in Panmunjong scheint mehr Substanz zu haben, vor allem, weil das Machtgleichgewicht zwischen den beiden ausgeglichener ist: Kim verfügt über Atomwaffen und behauptet, eine ballistische Rakete mit einer Reichweite bis in die USA zu besitzen. Reichweite und Zuverlässigkeit mögen ja übertrieben sein – aber niemand möchte auf die harte Tour herausfinden, wie weit es damit her ist.

Diese Interkontinentalraketen bewirken, dass Washington und der Rest der Welt Nordkorea als Staat ernst nehmen, wenngleich es im Übrigen eine unbedeutende, wirtschaftlich rückständige Familiendiktatur ist.

Trotz Kims Zusicherung, er strebe eine koreanische Halbinsel ohne Atomwaffen an, ist das wohl das Letzte, was wirklich passieren wird. Er wäre ja dumm, wenn er seinen einzigen ernstzunehmenden Verhandlungstrumpf aufgäbe. Nordkorea lockt schon lange mit atomaren Zugeständnissen, nur um sie dann später wieder zurückzuziehen.

Das bedeutet allerdings nicht, dass derzeit nichts Wichtiges vor sich gehe. Die Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea werden gerade symbolisch und – wie weit, wird sich zeigen – auch praktisch normalisiert. Es wird eine formelle Beendigung des Koreakrieges geben, die den Waffenstillstand von 1953 ersetzen wird, sowie eine Beendigung der „feindlichen Handlungen" zwischen den beiden Staaten, Familienzusammenführungen, Straßen- und Bahnverbindungen und gemeinsame Sportveranstaltungen. Die rituellen Propaganda-Ausstrahlungen über die Demilitarisierte Zone (DMZ) hinweg sollen aufhören, wenngleich es auch interessant wäre zu erfahren, ob auch die Minenfelder der DMZ entfernt werden.

Präsident Trump beansprucht für sich, seine kriegslüsternen Twitter-Nachrichten und harten Sanktionen hätten Kim zum Verhandeln gezwungen. Vielleicht trugen sie ja auch dazu bei; den Wirkungen von Sanktionen gegen einen Diktator, der fest im Sattel sitzt, sind jedoch klare Grenzen gesetzt – erinnern wir uns an die Sanktionen gegen Saddam Husseins Irak zwischen 1990 und 2003. Trumps Drohungen von „Feuer und Zorn" mögen den Staatschef Nordkoreas eingeschüchtert haben oder auch nicht – sie machen aber ganz sicher US-Verbündete nervös und vermindern ihre Bereitschaft, ihr Schicksal einseitig von einer unberechenbaren und dysfunktionalen Regierung in Washington bestimmen zu lassen.

Ziehen wir einen Vergleich der deeskalierenden Krise wegen Nordkoreas Atomwaffen mit der eskalierenden Krise, die das Atomabkommen von 2015 mit dem Iran betrifft, das Trump wahrscheinlich am 12. Mai für die USA aufkündigen wird. Das bringt uns zu dem zweiten internationalen Treffen dieser Woche, diesmal zwischen Trump und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron in Washington – bei dem nicht viel mehr zu sehen war als künstliche Jovialität.

Das Treffen gehört zur schlimmsten Art eines Staatsbesuchs – zu der Art, wo Regierungen und die Medien sich zusammentun, um den Eindruck zu erwecken, es herrschten echte Freundschaft und Einverständnis. Küsschen und Handschläge wurden ausgetauscht, und Bilder von Trump, der Haarschuppen von Macrons Jackett strich, gingen um die Welt, als wären sie von Bedeutung. Früher benutzten Reporter die kitschige Phrase „zwischenmenschliche Chemie", um eine nicht existente Wärme zwischen den Staatschefs zu beschreiben; dies wird heute durch „vertrauensvolles Verhält-

Publiziert auf Free21 am 26.05.2018, 11:50 Uhr, von Patrick Cockburn (Rubikon-Weltredaktion) auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BYNCND4.0.

Verhandlungen über das iranische Atomprogramm – die Außenminister und andere Beamte der P5 + 1 sowie die Außenminister Irans und der EU in Lausanne, 2.4.2015 (Foto: United States Department of State, gemeinfrei)

nis“ ersetzt, was kaum weniger abstoßend ist.

Starke gefühlsmäßige Bindungen zwischen Trump und anderen Menschen erscheinen angesichts seiner manischen Selbstsucht eher unwahrscheinlich.

Er ähnelt einem Monarchen des 18. Jahrhunderts, der einem Hofstaat vorsteht, an dem sich eine ständig wechselnde Schar von Höflingen tummelt, die heute mächtig sind und schon morgen wieder entlassen werden.

Manche US-Kommentatoren haben Gründe dafür gefunden, warum die beiden sich verstehen müssten. Ganz besonders gefällt mir ein Tweet von „The Discourse Lover“ [etwa „Der Liebhaber von Debatten“, Anmerkung der Übersetzerin], der sarkastisch schreibt: „Ich wette, Trump und Macron verstehen sich richtig gut – Trump ist genau der Typ vulgärer, gewinnsüchtiger Trottel, für den die Franzosen alle Amerikaner halten, und Macron ist genau der Typ herausgeputzter, arroganter Widerling, den Amerikaner für typisch französisch halten.“ [4]

Macron machte sich keine Illusionen darüber, dass sein „vertrauensvolles Verhältnis“ ihn beim Thema Iran weiterbringen würde. Er bestätigte, dass Trump sehr wahrscheinlich „aus innenpolitischen Gründen“ das Atomabkommen mit dem Iran beenden und dem Staat „sehr harte Sanktionen“ auferlegen würde. Angela Merkel ist heute (30. April, Anmerkung der Übersetzerin) in Washington, wird aber wahrscheinlich Trumps Haltung gegenüber dem Iran oder auch anderen Themen nicht ändern.

Die Iran-Krise ist sehr gefährlich – so gefährlich, wie es die Nordkorea-Krise nie war.

In Korea sprechen wir von einem Friedensabkommen, das den Waffenstillstand von Panmunjom 1953 ersetzen wird, dort gab es aber, abgesehen von ein paar sporadischen Zusammenstößen, keinen 65 Jahre währenden Krieg. Vergleichen wir das mit der Position des Iran, der mit den USA um Einfluss konkurriert in einem grausamen Krieg in Syrien wie auch dem Irak. Der Krieg im Irak ist derzeit abgeflaut, könnte aber jederzeit wieder aufflammen.

Die Krise in den Beziehungen zwischen den USA und dem Iran besteht nun schon so lange – im Wesentlichen seit dem Sturz des Schahs 1979 –, dass die Menschen zu abgestumpft sein könnten, um auf dessen letzte und gefährlichste Phase zu reagieren. Trump wird sich aus einem Abkommen zurückziehen, bei dem sich alle Unterzeichner – die USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Russland und China – darüber einig sind, dass der Iran alle Bedingungen erfüllt. Die USA werden dem Iran wieder Sanktionen auferlegen, die dem Iran zwar schaden werden, aber lange nicht so schmerzhaft sein werden wie die vor dem Abkommen 2015, weil die USA diesmal mit deutlich weniger internationaler Unterstützung rechnen können.

Der Iran wird unausweichlich das durch das Abkommen von 2015 gestoppte Nuklearprogramm erneut ganz oder teilweise aktivieren, weil er von einer Einhaltung des Abkommens nicht mehr profitieren wird. Trump mag einen härteren Deal aushandeln wollen, sein willkürliches Handeln hat jedoch den diplomatischen und wirtschaftlichen Spielraum der USA eingeschränkt, den er dazu bräuchte. Möglicherweise wird der Iran auch sehr vorsichtig auf Trumps Demarche reagieren, um die USA zu isolieren und eine Krise hinauszuziehen, die die Amerikaner mehr als die Iraner schwächen wird.

Mangels diplomatischer Optionen wird das Weiße Haus möglicherweise einen militärischen Einsatz gegen den Iran als zunehmend verlockenden Ansatz sehen.

Die Iran-Krise und die Nordkorea-Krise unterscheiden sich erheblich, in beiden Fällen jedoch verhält sich Trump, als würden die USA erstarken, obwohl sie doch, dank seiner Führung, in der Tat an Einfluss verlieren.

Quellen:

[1] **INDEPENDENT, Korea summit: Kim Jong-un and Moon Jae-in go off-script, with border antics and early morning missile jokes** *<https://www.independent.co.uk/news/world/asia/korea-summit-latest-news-north-south-kim-jong-un-moon-jae-in-missiles-a8324781.html>*

[2] **INDEPENDENT, South Korea, Trump says cancelled North Korea summit ‚could still happen‘** *<https://www.independent.co.uk/topic/SouthKorea>*

[3] **INDEPENDENT, White House, Read the letter Trump sent to Kim Jong-un cancelling their meeting** *<https://www.independent.co.uk/topic/white-house>*

[4] **Twitter-Account von Trillburne (The Discourse Lover)** *<https://twitter.com/Trillburne>*

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Text erschien zuerst unter dem Titel „De-escalation With North Korea, Escalation With Iran“ (https://www.counterpunch.org/2018/04/30/de-escalation-with-north-korea-escalation-with-iran/). Er wurde vom ehrenamtlichen Rubikon-Übersetzungsteam übersetzt und vom ehrenamtlichen Rubikon-Korrektoratsteam korrigiert.

Autor:

Patrick Cockburn

ist ein irischer Journalist und seit 1979 Korrespondent im Mittleren Osten, zunächst für die Financial Times, seit 1990 für den Independent.

Dieser Text wurde zuerst am 09.05.2018 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/der-neue-feind› veröffentlicht. (Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0)

‹http://www.free21.org/?p=29094›

Der 32-jährige Kronprinz Saudi-Arabiens, Mohammed bin Salman, gilt als eigentlicher Machthaber im Königreich. Er ist der Architekt des brutalen Bombenkriegs gegen den Jemen. By kremlin.ru, licensed under CC BY 4.0.

Die Houthis und das Haus Saud

Saudi-Arabien beteuert, die Houthi-Rebellen wären eine Marionette Teherans, und rechtfertigt damit den erbarmungslosen Krieg im Jemen, da dieser die Expansion des Iran auf die Arabische Halbinsel verhindern würde. Die tatsächlichen Gründe sind jedoch wesentlich banaler: Riad will die Grenzen seiner 1934 annektierten Provinzen schützen und seinen jahrzehntelangen Einfluss auf die jemenitische Regierung wiederherstellen.

von Jakob Reimann

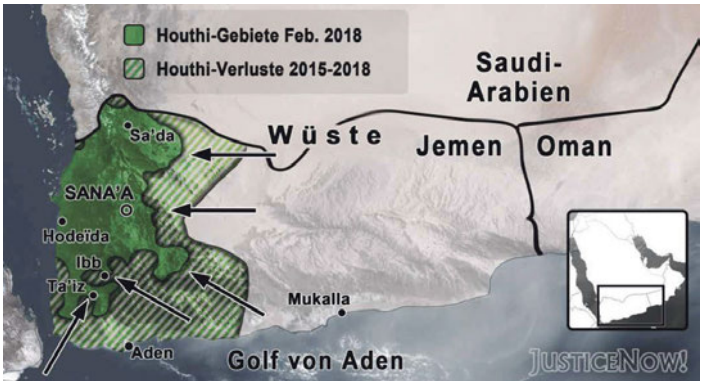
Das Elend im Jemen übersteigt jede Vorstellungskraft. Angesichts von 10.000 Toten, 50.000 Verletzten und über 3 Millionen Menschen auf der Flucht, von Choleraepidemie und Hungersnot spricht die UN von der „größten humanitären Katastrophe der Welt“ und doch könnte der Krieg kaum abwesender sein.

Seit März 2015 bombardiert eine von Saudi-Arabien geführte Koalition zur Bekämpfung der Houthi-Rebellen den Jemen in einem Krieg, der – wenn er überhaupt reportiert wird – in aller Regel als Stellvertreterkrieg dargestellt wird: Die Houthi-Rebellen kämpften als Marionette des Iran gegen den regionalen Erzfeind Saudi-Arabien. Der Krieg sei Teil des Kampfes um die Herrschaft im Nahen Osten, desweilen ginge es um einen herbeigeschriebenen Jahrtausende währenden Kampf zwischen Sunniten und Schiiten. In einer George-Bush-Reminiszenz redet der saudi-arabische Außenminister Adel al-Jubeir vom Kampf „zwischen Gut und Böse“ – höchst epische Kategorien scheinen auf dem Spiel zu stehen.

Dichotomien wie die drei genannten sollen komplexe Zusammenhänge auf vertraute Narrative eindampfen. Doch um zum Kern eines Krieges vorzustoßen, taugen derart dilettantische Erklärungsmuster nicht. Nachdem #1 der Jemen-Reihe den humanitären Alptraum des Krieges analysierte, geben die nächsten drei Teile einen Einblick in Hintergründe und Ursachen, jeweils im Kontext der wichtigsten regionalen Player des Krieges und ihrer Agenda: Saudi-Arabien, Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate.

Der Siegeszug der Houthi-Rebellen

Nach gut 130 Jahren britischer Besatzung gründeten sich in den 1960ern die zwei unabhängigen Republiken Nord- und Südjemen. Seit der Wiedervereinigung 1990 wurden die überwiegend schiitischen Clans im Grenzgebiet zu Saudi-Arabien im Norden des Landes von der Zentralregierung des Diktators Ali Abdullah Saleh in Sana'a mehr und mehr marginalisiert und unterdrückt, Zahlungen in die Region wurden gestrichen, wirtschaftliche Stagnation stellte sich ein, während sich Saleh seit seiner Machtergreifung 1978 bis zu seinem Tod im Dezember 2017 ein Privatvermögen von bis zu 62 Milliarden US-Dollar zusammenraubte.



Kerngebiet und Hochburg der Houthis ist die Sa'da-Provinz im Nordjemen. Ab 2014 bis zur maximalen Ausdehnung im Frühjahr 2015 eroberten sie faktisch alle Zentren im dichtbesiedelten Westen des Landes und wurden seit Beginn des Saudi-Bombardements großflächig zurückgedrängt (gestrichelt). Auch im gegenwärtigen Houthi-Territorium (dunkelgrün) stehen weitere Niederlagen kurz bevor: in Ta'iz, Hodeïda und der Hauptstadt Sana'a. By Jakob Reimann, JusticeNow!, licensed under CC BY-ND 4.0. Quelle der Daten: Al-Jazeera, ECFR.

Aus diesem Klima heraus entwickelten sich Mitte der 1990er in den tribalistischen Strukturen im Nordjemen verschiedene Aufstandsbewegungen gegen die Herrschaft des korrupten Diktators – auch jene rund um den einflussreichen Houthi-Clan und dessen Anführer Hussein Badreddin al-Houthi, die im Norden starken gesellschaftlichen Rückhalt genossen und zum zunächst gewaltfreien Kampf gegen die sich maßlos bereichernden Clanführer und Eliten des Landes antraten.

Innerhalb der globalen Minderheitskonfession des Islams, den Schiiten, gehören die Houthis ihrerseits zu einer Minderheit, den Zaiditen, die in der Islamischen Welt nahezu ausschließlich im Nordjemen anzutreffen sind und dort seit über tausend Jahren mehr oder weniger durchgehend regierten. In Praxis und Doktrin haben die Zaiditen mit der vorherrschenden Zwölfer-Schia, wie sie etwa im Iran – dem Kernland der Schiiten – praktiziert wird, kaum etwas gemein.

Die Zaiditen blicken auf eine lange Geschichte des Kampfes gegen Invasoren zurück, so etwa im 18. und 19. Jahrhundert gegen die Wahhabiten und die Osmanen oder Anfang der 2000er erstmals gegen die Saudis. Im Kampf gegen Ägypten, das unter Nasser 1962 die jemenitische Monarchie stürzte, wurden die Zaiditen gar von Israel unterstützt – heute ist „Tod den USA! Tod Israel!“ Teil ihres Schlachtrufs. (Um fair zu bleiben: Die Houthis sind eine der wenigen bewaffneten Gruppen in Middle East, die nie Gewalt gegen den Westen, Israel oder die jüdische Community im Nordjemen anwandten.)

Nach der Ermordung des Houthi-Führers Hussein durch jemenitische Regierungstruppen 2004 gingen die Houthi-Rebellen – historisch keineswegs eine extremistische Gruppierung – nun verstärkt zum bewaffneten Kampf über, der sich in den nächsten sieben Jahren sporadisch in blutigen Zusammenstößen zwischen Salehs Truppen und den über 100.000 Kämpfern der Houthis entlud, ohne dass eine

Publiziert auf Free21 am 13.05.2018, 19:30 Uhr, von Jakob Reimann auf http://justicenow.de. Lizenz: Jakob Reimann

Verteilung der islamischen Konfessionen im Nahen Osten: Die Sunniten stellen die Mehrheit. Der Iran ist das Kernland der Schiiten. Die Zaiditen, zu denen die Houthis gehören, sind fast ausschließlich im Nordjemen anzutreffen. Die Ibaditen stellen eine gänzlich eigenständige Konfession im Oman. Daten: Mehrdad Izady, Gulf 2000 Project, Columbia University. By Jakob Reimann, JusticeNow!, licensed under CC BY-ND 4.0.

Seite hierbei den geringsten Fortschritt erzielen konnte. Nach dem Selbstverständnis der Houthis griffen sie zu den Waffen, um den Zaidismus gegen die meist sunnitischen Eliten der Saleh-Diktatur in Sana'a zu verteidigen, die sich in der Ära des „War on Terror" viel zu stark von Saudi-Arabien und den USA abhängig gemacht habe – ein Dreiergespann, welches die Houthis aufs Schärfste verurteilten.

Als dann 2011 die Aufbruchsstimmung des Arabischen Frühlings auch die Straßen des Jemen erreichte, schickten die Houthis Tausende Anhänger gen Süden, um sich mit den Aufständischen in Sana'a zu verbünden, was nach 33 Jahren letztlich zum Sturz des Diktators Saleh führte. Als jedoch Salehs Vizepräsident Abed Rabbo Mansur Hadi die Macht übernahm, fühlte sich die Revolution um ihre Früchte betrogen und forderte nun wiederum Hadis Sturz. Die Houthis gingen als die großen Sieger aus diesen chaotischen Zeiten hervor, da sie als einzige Widerstandsgruppe bereits über ausgeprägte Organisationsstrukturen sowie Kampferfahrung verfügten und so die Revolutionswirren geschickt für sich nutzen konnten.

Ausgehend von ihrer Hochburg Sa'da an der Grenze zu Saudi-Arabien starteten sie ihren Feldzug gen Süden, in dessen Verlauf sie den Großteil der bevölkerten Territorien des Jemen erobern sollten – die urbanen Zentren im Norden und Westen des Landes. In einem Akt größter Heuchelei beider Seiten verbündeten sich die Houthis Ende 2014 mit ihrer einstigen Nemesis: dem gestürzten Diktator Saleh. Zusammen mit Saleh-treuen Truppen übernahmen sie im September überwiegend unblutig die Hauptstadt Sana'a und marschierten erfolgreich auf Aden. Präsident Hadi wurde von den Houthis unter Hausarrest gestellt, konnte jedoch unter dem Schutz einer Burka seinen Wachen entkommen und ins saudi-arabische Exil fliehen, wo er sich mit minimalem Einfluss auf das Geschehen im Jemen bis heute aufhält.

Der Untergang der Houthis ist nur eine Frage der Zeit

Im März 2015 startete die von Saudi-Arabien geführte Koalition ihr erbarmungsloses Bombardement des Jemen mit dem Ziel, die Houthis zurück in den Norden zu drängen und Hadi – der weiterhin der international anerkannte Präsident des Jemen ist – wieder an die Macht zu bringen. Die Saudi-Koalition umfasst neun arabisch-muslimische Länder, kämpft offiziell in Unterstützung des jemenitischen Militärs und wird auf unterschiedlichsten Ebenen von westlichen Staaten unterstützt, allen voran von den USA, Großbritannien, Australien und Kanada. Mit dem Beginn des Saudi-Bombardements begann schließlich der schrittweise Niedergang der Houthi-Rebellen, die im Frühjahr 2015 im Zenit ihrer territorialen Ausdehnung standen. Nach mehreren Monaten schwerster Kämpfe wurden die Houthis schließlich in Aden besiegt und weiter ins Landesinnere vertrieben.

Mit Beginn 2018 verschärften sich die Operationen der Anti-Houthi-Koalition im seit drei Jahren von den Houthis belagerten Ta'iz, sowie im heftig umkämpften Hodeïda, wo sich der wichtigste Industriehafen des Landes befindet. Auch um die Hauptstadt Sana'a zieht sich der Kreis immer enger zu. Die Rückeroberung dieser drei zentralen Knotenpunkte von den Houthis scheint nur eine Frage der Zeit zu sein, und damit auch der ultimative Rückzug der Houthis in die Sa'da-Region, ihrer Hochburg im Norden des Landes:

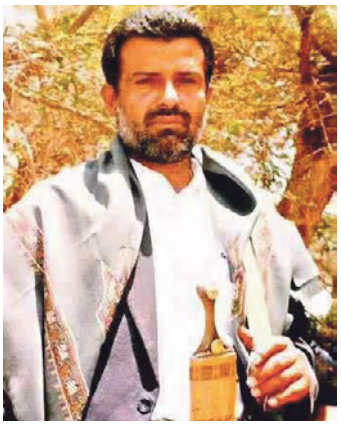
Der Untergang der Houthis als dominierende Macht im Jemen ist besiegelt.

Der „private Hinterhof" der Saudis

Entgegen den saudischen Verlautbarungen, der Einfluss Teherans auf der Arabischen Halbinsel solle durch das Bombardement zurückgedrängt werden, geht es Riad im Kampf gegen die Houthi-Rebellen vordergründig um die Sicherung der Grenze im Südwesten, an der sich beiderseits mehrheitlich schiitische Siedlungen befinden. Seit der Gründung Saudi-Arabiens 1932 ist der Grenzkonflikt zum Jemen zentral für die Sicherheit des Hauses Saud. Das Königreich intervenierte daher immer wieder in die inneren Angelegenheiten des Nachbarn am südlichen Zipfel der Arabischen Halbinsel, den Riad mehr als seinen „privaten Hinterhof" begreift denn als ein eigenständiges, souveränes Land.

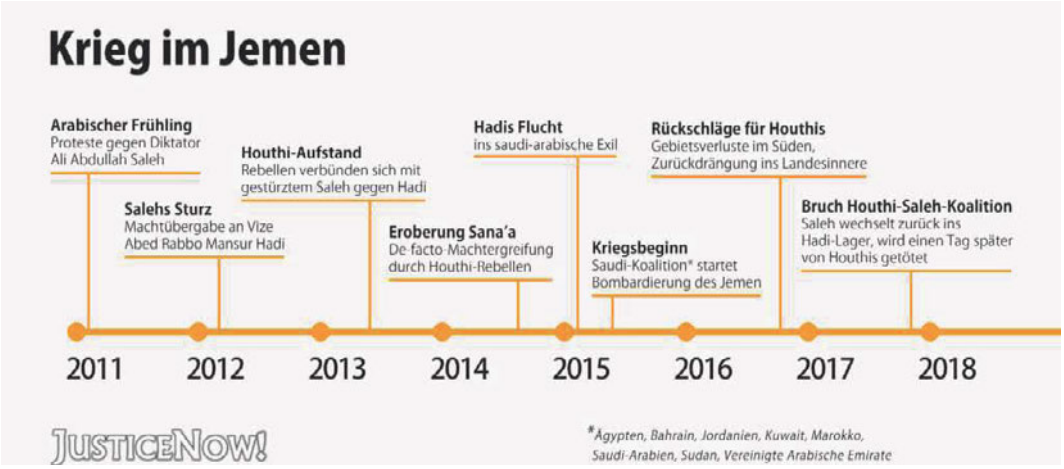
Bereits der erste Krieg des jungen saudischen Staates wurde 1934 im Konflikt um die Grenzen gegen das Königreich Jemen geführt. In dessen Zuge annektierten die Saudis drei jemenitische Provinzen, die zusammen flächenmäßig der Hälfte des heutigen Jemen entsprechen und in denen der Großteil der schiitischen Minderheit in Saudi-Arabien lebt – mehr als die Hälfte davon wie die Houthis Zaiditen. Nach dem Sturz des letzten jemenitischen Königs 1962 versuchte die neugegründete Republik Nordjemen vergeblich, die drei Provinzen zurückzuerobern – bis heute verursacht deren Verlust Unmut unter Jemeniten.

Der Jemen ist zudem ein wichtiger Pfeiler des globalen saudi-



Nach der Ermordung des Houthi-Anführers Hussein Badreddin al-Houthi 2004 gingen die Houthis verstärkt zum bewaffneten Kampf gegen die Zentralregierung in Sana'a über. By حسين بدر الدين الحوثي, Wikimedia Commons, published under public domain.

schen Missionierungsprogramms, in dessen Rahmen von Indonesien bis in den Senegal über Jahrzehnte hinweg dreistellige Milliardenbeträge investiert wurden und werden, um mit dem Bau von Madrasas und Moscheen überall in der muslimischen Welt den saudischen Wahhabismus zu verbreiten und so gemäßigte Zweige des Islams mit



Zeitleiste des Jemen-Kriegs. By Jakob Reimann, JusticeNow!, licensed under CC BY-ND 4.0.

einer theofaschistischen, mittelalterlichen Spielart zu unterwandern. Vor allem in den 1980ern und 90ern wurden hier im Jemen Milliarden in die „Wahhabisierung" investiert. Insbesondere die schiitischen Zaiditen in der Grenzregion im Nordjemen wurden von dieser ultrapuristischen Abart des sunnitischen Islams bedroht, was wiederum deren Ressentiments gegen Riads Interventionismus befeuerte – die Saudis setzten auf gesellschaftliche Spaltung.

Der Alptraum des Hauses Saud

Seit jeher war es saudische Politik, im Jemen für instabile Verhältnisse sowie für eine schwache, größtmöglich von saudischen Petrodollars abhängige Regierung zu sorgen, die keinerlei Gefahr für das saudische Territorium darstellen würde. Jemenitische Volksbewegungen oder ambitionierte politische Bewegungen in Sana'a wurden stets unterwandert oder offen militärisch bekämpft. Spätestens seit den 1970ern intervenierte Riad aggressiv in innerjemenitische Angelegenheiten, indem Clanführer, Politiker oder Medienpersönlichkeiten nach Belieben finanziert oder diskreditiert wurden. Nicht umsonst gelten die Saudis im Jemen als „Königsmacher" – so spielten sie in den 1970ern auch bei der Machtergreifung des Diktators Saleh eine zentrale Rolle, über den Riad in den Jahrzehnten der Diktatur seinen Einfluss geltend machte.

Die berühmte Cairo Castle im seit drei Jahren von den Houthis belagerten Ta'iz wurde im Mai 2015 an zwei Tagen von der Saudi-Koalition bombardiert. By MintPressNews.

Das Erstarken der Houthis Anfang der 2000er war daher der Alptraum des Hauses Saud, nicht nur weil die Houthis als bewaffnete und kampferfahrene Rebellen-Bewegung an der saudischen Südgrenze rüttelten, sondern vor allem, weil sie unabhängig von der Korruption und dem elitären Klüngel in Sana'a waren – und somit unzugänglich für Riads über Jahrzehnte etablierte Unterwanderung des jemenitischen Politbusiness.

Bereits vor dem aktuellen Krieg kam es immer wieder zu Kampfhandlungen in der Grenzregion, wobei seit 2004 Tausende Menschen starben – für Riad die ersten Todesopfer an der Grenze seit den 1960ern. Als die Houthis 2014 schließlich die Hauptstadt Sana'a einnahmen, endeten Jahrzehnte der Einflussnahme der Saudis in ihrem „persönlichen Hinterhof". Trunken vom militärischen Erfolg feuerten die Houthis nicht nur Langstreckenraketen auf saudisches Staatsgebiet ab, sondern forderten auch die Rückgabe der drei 1934 von Saudi-Arabien annektierten Provinzen: die größtmögliche Provokation für Riad.

Als Jemens Exilpräsident Hadi 2015 schließlich um Riads Unterstützung bat, kamen die Saudis Hadis Bitte nur allzu gern nach: Gab es nun endlich die Rechtfertigung, um in einer groß angelegten Kampagne gegen die Houthis vorzugehen.

Um der Weltöffentlichkeit das erbarmungslose Bombardement zu verkaufen, bemühten die Saudis unnachgiebig das Feindbild Iran, indem sie versicherten, die Houthis seien ein iranischer Proxy, mit dessen Hilfe Teheran einen Fuß auf die Arabische Halbinsel zu setzen versucht. „Saudi-Arabien intervenierte nicht, um gegen die iranische Expansion vorzugehen, sondern um seine südliche Grenze gegen die Bedrohung der Houthis zu sichern", erwidert hingegen Asher Orkaby in Foreign Affairs auf diesen cleveren medienwirksamen Schachzug der Saudis.

Es geht im Krieg der Saudis gegen die Houthis also vordergründig um Grenzsicherung sowie die Wiedererlangung eines Höchstmaßes an Kontrolle über die jemenitische Politik. Doch wie weit reicht der Einfluss Teherans auf die Houthis tatsächlich? Handelt es sich um einen iranischen Proxy zur Erlangung von Einfluss auf der Arabischen Halbinsel oder ist all dies ein paranoides Hirngespinst der Saudis? Davon handelt #3 des Jemen-Specials: Die Houthi-Iran-Connection.

Autor:

Jakob Reimann

Jakob hat im Sommer 2014 sein Studium in Dresden abgeschlossen. Zur Zeit lebt er in Nablus, Palästina und arbeitet dort an der naturwissenschaftlichen Fakultät der An-Najah National University.

http://justicenow.de

Dieser Text wurde zuerst am 07.03.2018 auf http://justicenow.de unter der URL ‹http://justicenow.de/2018-03-07/die-houthis-und-das-haus-saud/› veröffentlicht. Lizenz: Jakob Reimann

‹http://www.free21.org/?p=28991›

Lasst uns Syrien aufteilen!

Ein diplomatisches Dokument entlarvt den US-Plan für Syrien. Exklusivabdruck aus der libanesischen Tageszeitung Al Akhbar.

von Rubikons Weltredaktion

Unter dem Titel „Washington an seine Verbündeten: Lasst uns Syrien aufteilen“ [1] erschien am 22. Februar 2018 ein Artikel in der libanesischen Tageszeitung Al Akhbar. Der Text der Kollegen Mohammad Ballout und Walid Scharara basiert auf einem Protokoll, das sie erhalten hatten, und in dem ein Treffen in Washington am 11. Januar 2018 zusammengefasst wird. Kurz zuvor hatte US-Präsident Donald Trump einer dauerhaften Militärpräsenz in Syrien zugestimmt, nun hatte das US-Außenministerium ausgewählte Verbündete eingeladen, um ihnen die US-Syrien-Strategie zu erläutern. Die US-amerikanische „Kleine Syrien-Gruppe“ soll zukünftig um weitere US-Verbündete erweitert werden. Namentlich genannt wird auch Deutschland. Das von Benjamin Norman, Nahostexperte an der britischen Botschaft in Washington, erstellte Protokoll ist ein vertrauliches diplomatisches Dokument und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Die Aufzeichnungen zeigen in aller Offenheit wie über das Schicksal von Menschen, Ländern und Regionen entschieden werden soll. Das Völkerrecht hat dieser Kreis bereits weit hinter sich gelassen.

Wildhundrudel (Foto: Masteraah / wikimedia / CC BY-SA 3.0)

Washington an seine Verbündeten: Lasst uns Syrien aufteilen

von Mohammad Ballout und Walid Scharara

Die USA-Politik in Syrien hat sich verändert. Nach langem Zögern und nach der Niederlage des „Islamischen Staates“ haben die USA sich nun dafür entschieden, den Krieg fortzusetzen. Dafür weiten sie ihre militärische Präsenz östlich des Euphrat aus, um Syrien nach einem detailliert festgelegten Plan zu zerteilen. In den vergangenen zwei Monaten waren rege diplomatische Aktivitäten zu verzeichnen, bei denen die USA ihre Verbündeten über ihren Plan informierten und sie auf dessen Umsetzung vorbereiteten.

Der libanesischen Tageszeitung „Al Akhbar“ wurde eine diplomatische Depesche zugespielt, die von der britischen Botschaft in Washington stammt. Darin wird die amerikanische Strategie für die Aufteilung Syriens zusammengefasst, wie sie von David Satterfield (US-Außenministerium) bei einem Treffen der „Syriengruppe“ vorgetragen wurde. Dazu hatten die USA am 11. Januar 2018 nach Washington eingeladen.

Der US-amerikanische Plan zur Aufteilung Syriens hat weder mit einer theoretischen Analyse noch mit der russisch-US-amerikanischen Auseinandersetzung zu tun, die auf dem Schlachtfeld der Diplomatie ausgetragen wird. Auffällig war die Äußerung des russischen Außenministers Sergej Lavrov, der kürzlich davon sprach, dass „die USA die Aufteilung Syriens“ plane. Dem vorausgegangen waren massive militärische Angriffe der US-Luftwaffe und Artillerie, die unter russischen und syrischen paramilitärischen Kräften ein Massaker anrichteten, als diese versucht hatten über Pontonbrücken den Euphrat nach Osten zu überqueren. Das Blutbad richtete sich gegen Mitarbeiter des russischen militärischen Sicherheitsunternehmens „Wagner“, das an der Seite der russischen Armee in Syrien eingesetzt wird. Die Entwicklung war keine Überraschung. Mit den Angriffen zogen die USA eine Trennlinie zwischen zwei Syrien: eines westlich, eines östlich des Euphrat. Der Angriff markierte eine Grenze, mit der die Zukunft eines (syrischen) Territoriums östlich des Euphrat festgelegt werden soll. Eine Zukunft, die bereits vor einigen Wochen von den USA ausgearbeitet worden war.

Die neue Syrien-Strategie war im US-amerikanischen Nationalen Sicherheitsrat beschlossen worden. Vor sechs Wochen informierten die USA dann ihre Ver-

bündeten darüber, welche Ziele sie auf syrischem Territorium verfolgen. Das östliche Territorium soll vom Rest Syriens abgetrennt werden, wofür das Weiße Haus jährlich 4 Milliarden US-Dollar zur Verfügung stellt. Mit dem Geld soll u.a. eine Grenzschutztruppe ausgebildet werden, die auch die Aufgabe hat, die Dominanz der kurdischen Verbände innerhalb der kämpfenden „Syrischen Demokratischen Kräfte" zurückzudrängen. Um das zu befördern, sollen Kräfte der syrischen Opposition östlich des Euphrat erschaffen und die Rückkehr der syrischen Armee verhindert werden.

In einem fünfseitigen Dokument der britischen Botschaft in Washington (Al Akhbar liegt eine Kopie vor), fasst der britische Diplomat und Nahostexperte Benjamin Norman für das britische Außenministerium die neue US-amerikanische Strategie zur Aufteilung Syriens zusammen, wie sie bei einem Treffen der von den USA zusammengestellten „Syrien-Gruppe" in Washington am 11. Januar 2018 von David Satterfield (US-Außenministerium) vorgetragen worden war.

Außer Satterfield (Generaldirektor der Abteilung für Nahostfragen im US-Außenministerium) nahmen folgende Personen an dem Treffen teil: Hugh Cleary, Leiter der „Syrien-Gruppe" im britischen Außenministerium. Jerome Bonnafont, Leiter der Abteilung für den Nahen Osten und Nordafrika im französischen Außenministerium. Zwei arabische US-Verbündete, die Syrien ebenfalls aufteilen wollen, hatten Vertreter zu dem Treffen entsandt: Nawaf Wasfi al-Tall, Berater des jordanischen Außenministers und seit 2011 verantwortlich für die Syrien-Politik Jordaniens sowie General Jamal Al-Aqeel, Sicherheitsbeauftragter im Innenministerium Saudi Arabiens.

Satterfield sprach in aller Deutlichkeit über die Pläne der USA und ihre Entschlossenheit, diese auch umzusetzen. Syrien soll aufgeteilt werden, der Osten und Nordosten soll vom Rest des Landes getrennt werden. Satterfield führte aus, dass für die Umsetzung fünf Punkte ausgearbeitet wurden: 1. Syrien soll geteilt werden. 2. Die Gespräche in Sotschi sollen zum Scheitern gebracht werden. 3. Die Türkei soll umworben werden. 4. De Mistura (UN-Sonderbotschafter für Syrien) soll angewiesen werden, die Genfer Gespräche zu reaktivieren. 5. Das Acht-Punkte-Papier als Grundlage für eine politische Lösung für Syrien soll umgesetzt werden. Dieses Papier war von Washingtons Gesandten sowohl den Vertretern der syrischen Regierung als auch den Vertretern der Opposition bei dem Treffen in Wien am 26. Januar 2018 übergeben worden. Aus dem diplomatischen Bericht geht hervor, dass die Teilnehmer die US-amerikanischen Vorschläge begrüßten. Es wurde eine Frist beschlossen um „im Jahr 2018 (in diesem Sinne) konkrete Fortschritte auf syrischem Territorium zu erreichen und damit den angeblichen Siegeszug der Russen" zu widerlegen.

Satterfield informierte die Teilnehmer auch über die Entscheidung von Präsident Trump, trotz Niederschlagung des IS weiterhin ein bedeutendes US-Truppenkontingent auf syrischem Territorium zu belassen. Dafür hat das Weiße Haus jährlich 4 Milliarden US-Dollar bewilligt. Westliche Quellen erwarten, dass mit dem Geld auch der weitere Ausbau US-amerikanischer Stützpunkte in dem Gebiet finanziert werden soll, das von syrischen Kurden kontrolliert wird. Das betrifft insbesondere die US-Militärbasis Al Rmeilan, im äußersten Nordosten Syriens als auch den Stützpunkt bei Ain al-Arab (Kobane) an der syrisch-türkischen Grenze. Die US-Truppenpräsenz soll zudem den Iran davon abhalten, ihren Einfluss in Syrien auszudehnen, Verbände auf syrischem Boden langfristig zu stationieren und Einfluss auf die politischen Anstrengungen zur Beilegung der Krise in Syrien zu nehmen.

Die Anwesenden kamen überein, die Absicht Russlands zu torpedieren, allein über die Zukunft des politischen Regimes in Syrien bestimmen zu wollen. Um den in Sotschi eingeschlagenen Weg zu stoppen, soll (der UN-Sonderbeauftragte für Syrien Staffan) De Mistura die notwendige Unterstützung für eine Konsolidierung der Genfer Syriengespräche erhalten. Alle waren mit diesen Vorschlägen einverstanden und unterstrichen die Notwendigkeit, weitere praktische Maßnahmen gegen das „Vorgehen Russlands für eine politische Lösung zu ergreifen." Für die Umsetzung des US-amerikanischen Teilungsplans für Syrien sollen nach dem Willen der Teilnehmer die Vereinten Nationen eine zentrale Rolle spielen. Priorität liege bei den Genfer Syriengesprächen, deren Bedeutung untermauert werden soll. In dem Zusammenhang teilten die USA den Anwesenden mit, dass sie in Zukunft nicht mehr an den Astana-Gesprächen teilnehmen würden. Die US-Präsenz (dort) werde auf die niedrigste diplomatische Ebene heruntergeschraubt.

Dem Protokoll zufolge räumten die Teilnehmer ein, dass es De Mistura nicht gelungen sei, die Genfer Syriengespräche zu beleben. Zudem äußerten sie sich angesichts der aktuellen Kräfteverhältnisse auf dem Schlachtfeld kritisch über weitere Waffenstillstandsvereinbarungen. Fraglich sei, ob es überhaupt nützlich sei, im Rahmen der Genfer Gespräche einen Waffenstillstand zu erreichen, denn – so die syrische Lagebeschreibung im Protokoll der britischen Botschaft - „uns fehlt schlicht die nötige Kraft, um das Regime daran zu hindern, die verbliebenen Oppositionsgebiete in Idlib und in der östlichen Ghouta von den Rändern her aufzurollen."

Auf dem Weg „Syrien zu zerteilen" spielt die Forderung nach einer provisorischen/Übergangsregierung für die USA keine Rolle. Auch die Umsetzung des entsprechenden Paragraphen in der UN-Sicherheitsratsresolution 2254 sei unerheblich, sagte Satterfield den Anwesenden: „ Wir haben der Opposition geraten, die Idee einer provisorischen/Übergangsregierung nicht weiter in den Vordergrund zu stellen (….) und nicht bei jeder Gelegenheit das Thema anzusprechen." Das, so die US-Amerikaner, solle ihr (Opposition) Erscheinungsbild verbessern. „Sie sollen sich flexibel zeigen (…) ohne das endgültige Ziel aus den Augen zu verlieren: Syrien zu teilen und Assad zu beseitigen."

Die US-Amerikaner legten größten Wert auf die Umsetzung ihres Plans, der vorsieht, Institutionen aufzubauen und die Voraussetzungen für Neuwahlen zu schaffen, die einen Sieg Assads unmöglich machen. Dann sei es nicht mehr erforderlich, die Teilnahme von Assad an den Wahlen zu verbieten. Hinsichtlich Russlands einigten sich die Teilnehmer auf eine Strategie, mit der getestet werden soll, ob Russland bereit ist „auf das Regime einzuwirken (….) Wahlen unter der Aufsicht der Vereinten Nationen zuzulassen und (….) über eine neue Verfassung zu verhandeln". Und zwar konkret und „nicht in den schönen Worten und Versprechungen von Außenminister Sergej Lavrov". Satterfield fügte hinzu: „Wir werden die Angreifbarkeit des Herrn Putin während der Präsidentschaftswahlen bestens zu unseren Gunsten zu nutzen wissen. Wir werden die Stimmung gegen Assad unter den russischen Wählerinnen und Wählern intensiv anheizen, mehr Sitzungen im UN-Sicherheitsrat beantragen und begleitend eine Medienkampagne gegen ihn" starten.

Zum Botschafter bei den „Syrischen Demokratischen Kräften" (SDK) haben die USA (den bisherigen US-Botschafter in Bahrain) William Roebuck ernannt. Damit soll eine diplomatische Ebene sowohl mit den Kurden als auch mit dem gesamten Gebiet östlich des Euphrat aufgebaut werden. Weitere Vorschläge sehen vor, den Kurden mehr

Publiziert auf Free21 am 09.05.2018, 14:16 Uhr, von Rubikons Weltredaktion auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0

diplomatische Anerkennung und politisches Gewicht bei Verhandlungen zu verschaffen. Um die Türkei nicht zu provozieren, wurde sie von den USA vorab über die Pläne informiert, sagte Satterfield. Damit sei die türkische Militäroffensive gegen Afrin zu erklären. Weiterhin schlagen die USA vor, bei zukünftigen Verhandlungen in Genf eine Delegation für das Gebiet „Ost-Euphrat“ zu bilden, an der die kurdische Vertretung unter der Fahne der „Syrischen Demokratischen Kräfte“ teilnehmen soll. Mit der Delegation des „Hohen Verhandlungsrates“ könnten sie dann die Regierungsdelegation in die Zange nehmen und blockieren“.

Die Teilnehmer:

- **Benjamin Norman** (Protokoll), Experte für Außenpolitik und Sicherheit im Nahen Osten an der britischen Botschaft in Washington. Das Protokoll wurde dem britischen Außenministerium zugestellt.
- **Hugh Clare**, Leiter der Syrien-Gruppe im britischen Außenministerium.
- **Jerome Bonnafont,** Leiter der Abteilung Naher Osten und Nordafrika im französischen Außenministerium.
- **David Satterfield**, US-Außenministerium, stellvertretender Staatssekretär für den Nahen Osten.
- **Nawaf Wasfi Al-Tal**, Berater des jordanischen Außenministers und (seit 2011). zuständig für die Syrien-Politik Jordaniens.
- **Brigadegeneral Jamal al Aqeel**, Sicherheitsbeauftragter im Innenministerium Saudi Arabiens.

Einführung in das diplomatische Dokument

Zusammenfassung: Erstes Treffen der neu gegründeten kleinen US-Gruppe zu Syrien, nachdem Trump der dauerhaften US-Militärpräsenz in Syrien zugestimmt hat. Vereinbarung, Staffan de Mistura umgehend zu unterstützen, um die russischen Aktivitäten auszugleichen und um Genf strukturell zu reaktivieren, indem Diskussionen über die humanitäre Lage, Gefangene und so weiter wieder auf die Tagesordnung zurückgeholt werden. Die Kleine Gruppe wird Vorschläge zur Syrischen Verfassung und zu den Wahlen vorlegen. Russland gegenüber wird sie ihre Erwartungen klar machen, welche Verpflichtungen seitens Assad in der kommenden Runde der Genfer Gespräche am 26. Januar (2018) in Wien zu erbringen sind. Die Minister werden sich am 23. Januar (2018) in Paris treffen um sich abzustimmen und Russland unmißverständlich den Fehdehandschuh hinzuwerfen (herauszufordern). Tillerson wird in der kommenden Woche eine Grundsatzrede zu Syrien halten.“

„Anmerkungen (des Protokollführers):

- Punkt 18: Im syrischen Sinne hat dieses Treffen gewisse Fortschritte gebracht. Den USA ist es gelungen, in der kleinen Runde ihre Führungsrolle zu bekräftigen. Das wird in der kommenden Woche in aller Öffentlichkeit durch die Tillerson-Rede zu Syrien am Hoover Institut bekräftigt werden. Satterfield wiederholte mehrmals, dass die USA am politischen Weg festhalten will. In getrennten Treffen (zum Beispiel mit (dem Berater des US-Außenministers) Brian Hook) wurde klar, dass Tillerson sich dafür ins Zeug legen wird.
- Punkt 19: Wir haben jetzt einen festen Plan für die nächsten drei Wochen. Allerdings wurde wenig darüber diskutiert, wie wir den Druck auf Russland aufrechterhalten oder nötigenfalls erhöhen können, wenn sie sich weigern sollten unsere Forderungen gegenüber dem Regime umzusetzen. An dieser Front sollten wir damit weitermachen, was wir bereits tun – die schlimme humanitäre Situation und die russische Komplizenschaft bei den Luftangriffen gegen zivile Ziele anprangern.
- Punkt 20: Vielen Dank an Sie (gerichtet an Satterfield) und Hugh für Ihre Teilnahme an diesem Treffen. Anschließend hörte ich von US-Seite wie sehr sie unsere Vorschläge und Unterstützung in den vergangenen Monaten geschätzt haben, bis sie sich schließlich auf ihre Strategie einigten. Es war ein guter Arbeitstag. Beste Grüße, Benjamin Normann.“

Quellen:

[1] Al Akhbar, Beirut, 22. Februar 2018; *<http://al-akhbar.com/node/291239>*

Autor:

Weltredaktion

Es bringt wenig, nur im eigenen, wenn auch exquisiten Saft zu schmoren. Deshalb sammelt und veröffentlicht die Rubikon-Weltredaktion unter Federführung von Susanne Holsteiner in der Kolumne „Außensicht“ Stimmen aus aller Welt, vorwiegend aus dem anglo-amerikanischen Raum. Wie denken kritische Zeitgenossen dort über geopolitische Ereignisse? Welche Ideen haben sie zur Lösung globaler Probleme? Welche Entwicklungen beobachten sie, die uns in Europa vielleicht auch bald bevorstehen? Der Blick über den Tellerrand ist dabei auch ermutigend, macht er doch deutlich: Wir sind viele, nicht allein!

Dieser Text wurde zuerst am 03.03.2018 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/lasst-uns-syrien-aufteilen› veröffentlicht. Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC-BY-SA 4.0

‹http://www.free21.org/?p=28976›

Free21

Das Magazin als Druck-Abo:

Erscheinung jeden 2. Monat

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe

10,-/Ausgabe

free21abo.de

Die geplante **Zerschlagung Syriens**

Protokolle diplomatischer Treffen offenbaren unangenehme Wahrheiten über den Krieg gegen Syrien.

von Jochen Mitschka

Foto: kalhh, (pixabay / CCo)

Die libanesische Tageszeitung Al Akhbar hat am 22. Februar 2018 einen ausführlichen Artikel über die US-amerikanischen Pläne für Syrien veröffentlicht. Der Originaltext mit dem Titel „Washington an seine Verbündeten: Lasst uns Syrien aufteilen" stammt von den Journalisten Mohammad Ballout und Walid Scharara. Der Text basiert auf einem diplomatischen Protokoll, das Al Akhbar zugespielt wurde und in dem die Pläne der USA, Großbritanniens, Frankreichs und ihrer Verbündeten zu Syrien dargestellt werden. Das Protokoll entlarvt nicht nur den Bruch des Völkerrechts und die Instrumentalisierung der UNO sowie der Genfer Syriengespräche, sondern auch, dass die Politik der USA und ihrer Verbündeten in Syrien sich gegen Russland und Iran richtet.

Die libanesischen Tageszeitung Al Akhbar (1) hat in einem Artikel ein vertrauliches diplomatisches Protokoll von Benjamin Norman veröffentlicht, der als Diplomat der britischen Botschaft in Washington (2) zuständig ist für Politik des Mittleren Ostens.

Angesichts des brisanten Inhalts versuchte ich, über Freunde den Journalisten zu kontaktieren, der die Al-Akhbar-Recherchen durchgeführt hatte. Das Originaldokument sollte einer Prüfung unterzogen werden, jedoch fürchtet er juristische Konsequenzen. Da ich die Quelle für zuverlässig halte, folgen nun die Enthüllungen über die Politik der westlichen Großmächte in Syrien, wie sie sich aus dem Dokument erschließen.

Das Protokoll berichtet über das erste Treffen einer Diplomatengruppe mit der Kurzbezeichnung „Small American Group on Syria" („kleine Syriengruppe"). Zu der Gruppe gehören die USA, Großbritannien, Frankreich, Saudi-Arabien und Jordanien.

Das Treffen fand am 11. Januar 2018 in Washington statt. Die Teilnehmer waren Hugh Cleary, Chef der britischen Abteilung des Außenministeriums für den Nahen und Mittleren Osten, Jérôme Bonnafont, Direktor für ANMO (Afrique du Nord et Moyen-Orient) beziehungsweise Nordafrika und Mittleren Osten der französischen Regierung, David Satterfield, stellvertretender Außenminister beziehungsweise Staatssekretär der USA für den Mittleren Osten, sowie der Jordanier Nawaf Tell und der Saudi Jamal al-Aqeel.

Die Diplomatennachricht enthüllt die Strategie der genannten Staaten in Bezug auf Syrien:

Die Teilung des Landes, das Sabotieren des Friedensprozesses von Sochi, das Austricksen der Türkei beziehungsweise Drängen derselben in einen Angriffskrieg gegen Syrien sowie die Einflussnahme auf den UN-Sonderberichterstatter Staffan de Mistura.

Das Dokument enthält eine inoffizielle Anlage in Vorwegnahme des zweiten Treffens der „kleinen Gruppe". Dieses fand am 23. Januar 2018 in Paris statt und war hauptsächlich dem Thema Chemiewaffen und den „Instruktionen" für Staffan de Mistura gewidmet. Das wirft ein besonderes Licht auf die Äußerungen von Macron zur Roten Linie im Fall eines „Giftgaseinsatzes" durch die syrische Regierung (3).

Aus dem Artikel geht hervor, dass David Satterfield am 11. Januar das Treffen mit der Mitteilung eröffnet habe, dass das zweite Meeting am 23. Januar in Paris stattfinden solle. Satterfield bestätigte Präsident Trumps Beschluss, eine große militärische Präsenz in Syrien auch nach dem Sieg über Daesh beizubehalten. Dass diese Mitteilung den Äußerungen von Trump am 24. Februar 2018 (4) widerspricht, sollte nicht verwundern.

Die Kosten für die dauerhafte Besetzung Syriens werden laut dem Bericht mit 4 Milliarden Dollar beziffert. Einerseits solle die US-Präsenz einem Wiederaufleben von Daesh vorgreifen. Viel wichtiger sei es andererseits zu verhindern, dass „die Iraner sich dauerhaft festsetzen und sich selbst auf der Suche nach einer politischen Lösung einbringen". Satterfield forderte die „materielle und politische Unterstützung für Staffan de Mistura" zum ersten Treffen durch die „kleine Gruppe", um den „Genfer Prozess zu konsolidieren".

Alle Teilnehmer der Besprechung begrüßten die Entwicklung, um „substantielle Fortschritte in Syrien im Jahr 2018 zu machen"

Publiziert auf Free21 am 28.05.2018, 09:20 Uhr, von Jochen Mitschka auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BYNCND4.0.

und „auf die Sieges-Propaganda Russlands zu antworten“. Für die operative Umsetzung ihrer Ziele bestanden außerdem alle Teilnehmer der „kleinen Gruppe“ darauf, „Russlands Wunsch, eine politische Lösung herbeizuführen“, zu nutzen.

Die Konsolidierung des Genfer Prozesses

Der Bericht hält fest, dass die Vereinigten Staaten nicht länger an den Treffen in Astana teilzunehmen gedenken. Sie hatten ihre Beteiligung in der Vergangenheit bereits stark herunter gefahren, um sich verstärkt in die Genfer Verhandlungen einzubringen.

Die Teilnehmer der Runde stellten dann fest, dass „Genf ein Fehlschlag geblieben war, trotz der Anstrengungen von Staffan de Mistura“. Sie legten besonderen Wert darauf, einen Waffenstillstand in die Genfer Verhandlungen einzubringen: „In Wahrheit haben wir nicht die Möglichkeiten, das Regime (5) davon abzuhalten, die verbliebenen Taschen

Staffan Domingo de Mistura ist ein italienisch-schwedischer Diplomat. Er wurde im Juli 2014 zum UNO-Gesandten für Syrien ernannt und wurde einer breiten Öffentlichkeit im Zusammenhang mit dem Kampf um Kobanê und den Vermittlungsbemühungen der UNO im Syrischen Bürgerkrieg bekannt. Quelle: ‹https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Staffan_de_Mistura_September_2015_(21108901363).jpg?uselang=de›, Foto: Österreichisches Außenministerium / Gugganij, Lizenz: CC-BY-2.0

der Opposition in Idlib und Ost-Ghouta aufzulösen“.

Es ging der Gruppe also offensichtlich darum, die von Terroristen besetzten Gebiete und die Qualen der dortigen Zivilbevölkerung und damit den Druck „auf das Regime“ so lange wie möglich aufrechtzuerhalten.

Der Bericht erklärt, dass durch die Opposition in den letzten Monaten große Fortschritte gemacht worden wären. Allerdings müsse sie auch noch größere Flexibilität entwickeln, um sicherzustellen, dass die syrische Regierung die Gespräche in Genf nicht verlässt. Offensichtlich befürchtet die Gruppe deren Rückzug aus den UNO-Gesprächen und begründet dies mit einem schneller vorankommenden Prozesses in Sochi.

Die USA würden derweil die Voraussetzung einer Übergangsregierung – wie durch die UNO-Resolution 2254 vorgesehen – nicht unterstützen, hält der Berichterstatter fest. Im Text des Berichtes wird noch hinzugefügt, dass es hilfreich für die Opposition wäre, nicht ständig auf dieser Voraussetzung einer Übergangsregierung zu bestehen. Vermutlich ist eine ohne den Präsidenten Bashar al-Assad gemeint.

Es wurde ebenfalls vereinbart, dass „die Opposition flexibler sein muss und damit aufhören, „das Schreckgespenst einer Übergangsregierung“ zu spielen“, wie dem Protokoll zufolge die Amerikaner sagten. Dabei sei jedoch das letztendliche Ziel, Syrien zu zerschlagen und Bashar al-Assad loszuwerden, nicht aus den Augen zu verlieren.

Dem Artikel zufolge brachte der französische Vertreter Jérome Bonnafont das Problem einer möglichen Beteiligung von Bashar al-Assad an zukünftigen Wahlen ins Spiel. Dem Bericht entnimmt der Artikel die Erwiderung David Satterfields, dass „das Ziel ist, Bedingungen und Institutionen zu erschaffen, die es Assad unmöglich machen, Wahlen zu gewinnen“.

Satterfield sehe „keinen vernünftigen Grund“, Assad als Kandidaten auszuschließen. Unter diesen Bedingungen sei es im Wesentlichen eine Frage des möglichen Widerstandes Russlands, ob man „das Regime dazu bewegt, eine neue Verfassung, freie Wahlen unter der Kontrolle der Vereinten Nationen und die Gründung eines Umfeldes zu erlauben, das diese beiden Prozesse begünstigt“.

Satterfield zufolge wollte man die Russen dazu zu bringen, Assad „durch Sitzungen im Sicherheitsrat und einer breiten PR-Kampagne“ fallen zu lassen. Dabei gingen sie davon aus, dass die anstehenden Präsidentschaftswahlen in Russland die bisherige russische Position schwächen würden.

Das Sabotieren und Instrumentalisieren von Sochi

Eine der Schlussfolgerungen des ersten Treffens der „kleinen Gruppe“ war eindeutig: „Genf wiederzubeleben, so dass Sochi irrelevant wird“. Frankreich forderte mehr „Transparenz über die Position Russlands“. Aber der Zeitpunkt sei noch nicht gekommen, sich frontal gegen Sochi zu positionieren. Dort ist ein signifikanter Teil der syrischen Zivilgesellschaft versammelt, von der die „besten Beiträge nach Genf übernommen werden könnten, um das Genfer Format neu zu starten und zu beleben“.

Der saudische Teilnehmer warnte dem Bericht zufolge vor dem Risiko, die Opposition weiter in unterschiedliche Gruppen zu zersplittern. Zudem forderte er Hilfe, um den Zusammenhalt zu gewährleisten. Satterfield antwortete, dass die Vertreter der Opposition „stärker damit beschäftigt sein sollten, eine politische Lösung zu finden, statt hohe Gehälter und lange Aufenthalte in angenehmen Hotels zu genießen“. Frankreich unterstützte diese Bemerkung durch Betonung der notwendigen „Kommunikation“.

Diesbezüglich findet man dem Artikel zufolge in dem britischen Protokoll noch den Kommentar: „Unglücklicherweise beabsichtigt die Fünfte Republik nicht die Finanzierung dieser Anstrengungen.“ Großbritannien erinnerte daran, dass „die Kommunikation der Opposition in erster Linie durch Großbritannien finanziert worden war.“

Weiterhin erklärte David Satterfield, dass der Widerstand der Türkei gegen die Teilnahme der „Kurdish People’s Protection Units“ (Volksverteidigungseinheiten, YPG) sie davon abhielte, in Genf teilzunehmen. Er brachte zwar Verständnis für die Position Ankaras auf, betonte jedoch, dass „wir eine Gruppe, die ein Drittel Syriens (sic) kontrolliert und den größten Teil des Kampfes gegen Daesh (sic) geleistet hatte, nicht ignorieren können“.

Er erklärte, dass die Amerikaner versuchen würden, eine „multiethnische Führung im Nordosten Syriens zu etablieren, um die Hegemonie der YPG zu unterminieren“. Andererseits wäre es notwendig, die SDF (Syrian Democratic Forces, hauptsächlich Kurden unter der Kontrolle der USA) in den Prozess in Genf einzubeziehen.

Der Artikel ergänzt den Kommentar des Berichtsautors:

„Ich habe gehört, dass die Vereinigten Staaten William (Bill) Roebuck, ihren ehemaligen Botschafter in Bahrain, als Sondergesandten der SDF entsenden wollen. Es ist notwendig sich zu erinnern, dass auf Grund unserer separaten Diskussionen, zum Beispiel mit Fiona Hill, deutlich wurde, dass die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Türkei schon jetzt sehr schlecht sind und sich kaum verbessern werden. Als Folge sind Amerikaner nicht in der besten Position, die große Aufgabe mit der SDF und Ankara alleine zu stemmen.“

Ein ehemaliger US-Botschafter wird also Gesandter der Kurden in Syrien. Mehr muss wohl zum Thema „Stellvertreterkrieg“ nicht gesagt werden.

Das Ziel wäre dann klar definiert worden: „Staffan de Mistura dazu zu bringen, in Genf eine Drei-Parteien-Struktur zu akzeptieren, bestehend aus der Opposition, Assad und der SDF.“ Darüber hinaus wies der stellvertretende Au-

Peshmerga wirft die ISIS-Flagge weg und hängt die kurdische Flagge auf. Quelle: https://www.flickr.com/photos/kurdishstruggle/15021944058, Foto: Kurdishstruggle, Lizenz: CC-BY-2.0

ßenminister der USA darauf hin, dass Staffan de Mistura vor dem nächsten Treffen am 23. Januar in Paris ein inoffizielles Papier mit dem Titel „Wiederbelebung der politischen Entwicklung Syriens in Genf“ und dem Ziel, die Russen auszuspielen, schicken würde.

Dieses Dokument enthielt „eine politische Roadmap, die Elemente der Verfassungsreform, die Struktur der UNO-Wahlüberwachung und Richtlinien für die Errichtung einer friedlichen Umgebung“. Mit anderen Worten wollen die USA die gesellschaftlichen Veränderungen in Syrien unter dem Deckmantel von UNO-Vorschlägen nach ihren Wünschen gestalten.

Der Autor des Berichtes schlussfolgert: „Im Moment müssen wir diese Gruppe nur auf die USA, Großbritannien, Frankreich, Saudi-Arabien und Jordanien beschränken. Die als nächsten Einzuladenden sind Ägypten und Deutschland (für die wir uns stark gemacht hatten).“ Die Türkei sollte ebenfalls der Gruppe beitreten, aber die Diskussion mit dem Land könnte dem Bericht zufolge durch die Kurdenfrage vergiftet werden. Was die Neutralisierung Astanas erschweren würde. Daher wäre es im Moment nicht angesagt, die drei Länder zu integrieren.

Bellizistische Kommentare

Die abschließenden Kommentare des diplomatischen Berichts sprechen Bände über die Zukunft westlicher Strategie in Syrien. Die drei wichtigsten Schlussfolgerungen unterstreichen „eine reale Bestätigung der US-Führung hinter den Kulissen“. Der zweite Aspekt ist dem Artikel zufolge, „den Druck auf Russland aufrecht zu erhalten, auch wenn Moskau nicht überzeugt werden kann, das Regime fallen zu lassen, wie wir es gehofft hatten“. In dieser Hinsicht „müssen wir weiter machen - was wir ja bereits tun, die schreckliche humanitäre Lage zu denunzieren ebenso wie die Komplizenschaft Russlands bei der Bombardierung ziviler Ziele“.

Fazit

Aus dem Dokument ist die westliche Strategie in Syrien gut zu erkennen. Es geht darum, den Sochi-Friedensprozess zu sabotieren und zwei neue Kriege in die Syrienkrise einzubringen: den Krieg der Türkei gegen die Kurden, der ja bereits begonnen hat, und den der Israelis gegen den Iran und die libanesische Hisbollah, der kurz vor dem Ausbruch zu stehen scheint.

Das Ziel der USA ist offensichtlich nach wie vor die Zerstörung Syriens – mit einer Entwicklung, wie sie im Irak und Libyen zu beobachten war.

Ihre Absicht ist offensichtlich die Bewaffnung der Kurden. Diese sollen die Kontrolle über die Ölreserven in Ost-Syrien übernehmen, um den politischen und wirtschaftlichen Aufbau des Landes zu beeinflussen. Die spannende Frage wird sein, ob die Kurden sich auf Dauer von den USA in dieser Form instrumentalisieren lassen.

Quellen:

[1] http://al-akhbar.com/node/291239

[2] **Benjamin Norman, Foreign** and Security Policy, Middle East, British Embassy

[3] **http://www.zeit.de/politik/ausland/2018-02/syrien-frankreich-macron-giftgas-angriffe**

[4] **https://twitter.com/RT_Deutsch/status/963787577937522688(5) Gemeint ist** die Regierung von Syrien.

[5] **https://www.rubikon.news/, Autor Jochen** Mitschka, „Die geplante Zerschlagung Syriens”, am 28.02.2018, ‹https://www.rubikon.news/artikel/die-geplante-zerschlagung-syriens›

Autor:

Jochen Mitschka

Jahrgang 1952, veröffentlichte unter verschiedenen Pseudonymen Artikel und Bücher über Südostasien, nach 2009 auch über die Piratenpartei. In letzter Zeit schreibt er vorwiegend unter eigenem Namen und übersetzt politische Bücher. So etwa „Der schmutzige Krieg gegen Syrien“ von Tim Anderson und „Der Abschuss – Flug MH17, die Ukraine und der kalte Krieg“ von Kees van der Pijl. Jo Menschenfreund bloggt er über Demokratie, Medien sowie internationale Krisen.

Dieser Text wurde zuerst am 28.02.2018 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/die-geplante-zerschlagung-syriens› veröffentlicht. (Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0)

‹http://www.free21.org/?p=29057›

Free21

Das Magazin als Druck-Abo:

Erscheinung jeden 2. Monat

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe

10,-/Ausgabe

free21abo.de

Publiziert auf Free21 am 28.05.2018, 09:20 Uhr, von Jochen Mitschka auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BYNCND4.0.

Die Logik imperialer Kriege

Wie lassen sich die amerikanischen Kriege der letzten Jahrzehnte rational erklären? Die folgende Analyse zeigt anhand des Modells der Professoren David Sylvan und Stephen Majeski, dass diese Kriege auf einer eigenen, genuin imperialen Handlungslogik basieren. Eine besondere Rolle kommt dabei dem traditionellen Mediensystem zu. **von Swiss Propaganda Research**

Aufgrund ihrer ökonomischen und militärischen Vormachtstellung nehmen die USA seit dem Zweiten Weltkrieg und insbesondere seit 1990 die Rolle eines modernen Imperiums ein. Hieraus ergibt sich für ihre Außenpolitik eine eigene, genuin imperiale Handlungslogik (siehe obige Abbildung).

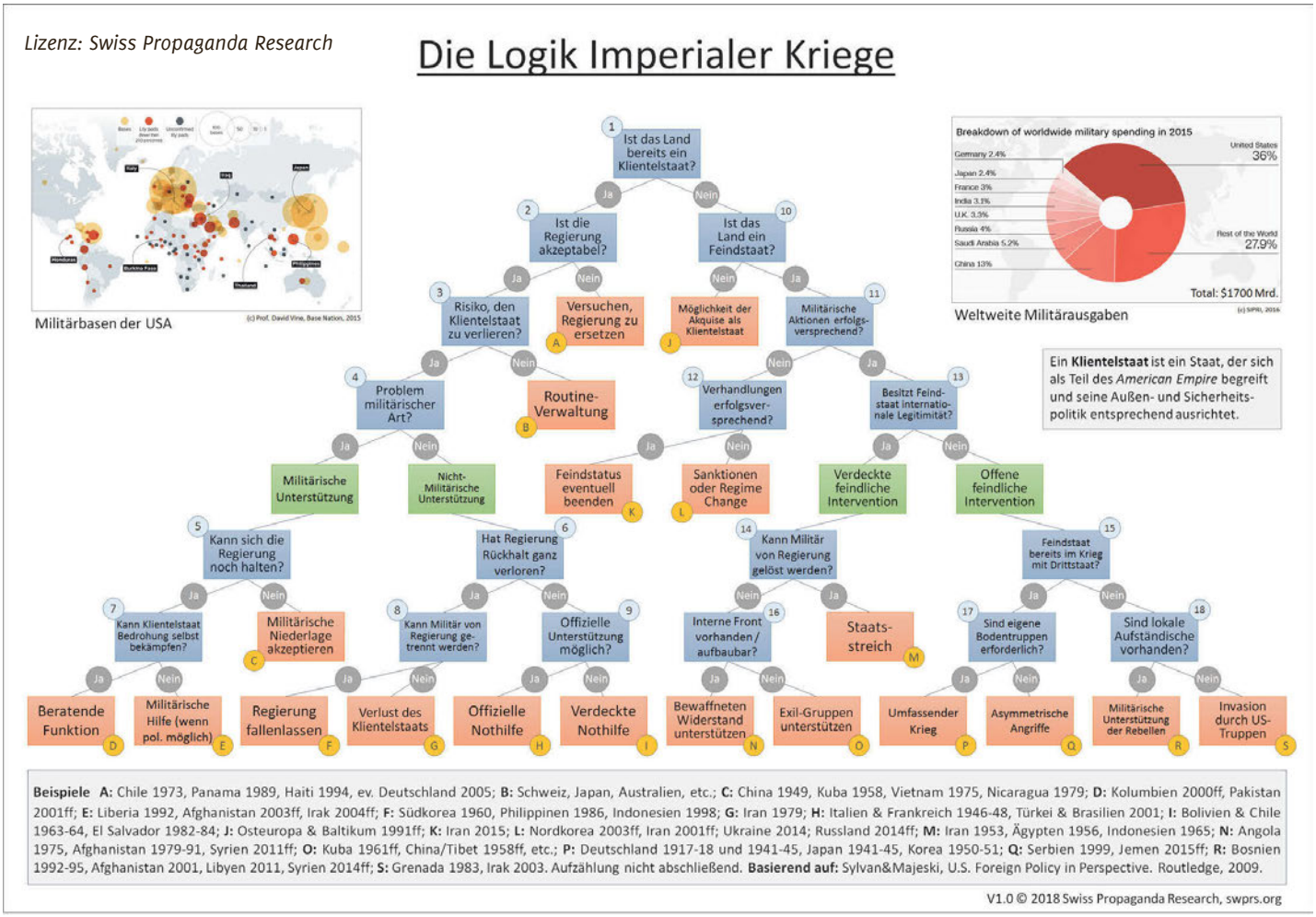
Die zentrale Unterscheidung (Nr. 1) aus Sicht eines Imperiums ist dabei jene in Klientel- und Nicht-Klientelstaaten. Der Begriff des Klientelstaates [1] stammt aus der Zeit des Römischen Reiches und bezeichnet Staaten, die sich grundsätzlich selbst verwalten, ihre Außen- und Sicherheitspolitik aber am Imperium ausrichten und ihre Regierungsnachfolge mit diesem abstimmen.

Bei bestehenden Klientelstaaten (linke Seite des Diagramms) geht es aus imperialer Sicht entweder um die Routine-Verwaltung (B – bspw. Schweiz und Österreich), eine militärische oder nicht-militärische (z.B. ökonomische) Unterstützung (D bis I – bspw. Kolumbien und Pakistan), oder aber um den Versuch, inakzeptable Klientelregierungen demokratisch oder militärisch zu ersetzen (A – bspw. Griechenland 1967, Chile 1973, ev. auch Deutschland 2005 und Türkei 2016). In gewissen Fällen kann sich eine Klientelregierung trotz imperialer Unterstützung nicht mehr an der Macht halten und muss fallengelassen bzw. der Klientelstaat aufgegeben werden (C, F, G – bspw. Südvietnam 1975 oder Iran 1979).

Bei Nicht-Klientelstaaten (rechte Seite des Diagramms) ergibt sich eine andere Ausgangslage. Gerät eine Region neu in den Einflussbereich des Imperiums, so wird es zunächst versuchen, die entsprechenden Staaten auf friedliche Weise als Klientelstaaten zu erwerben (J). Dies war beispielsweise der Fall in Osteuropa und dem Baltikum nach 1990.

Weigert sich ein Staat hingegen, Klientelstaat zu werden, so gerät er früher oder später zum Feindstaat, da er den Hegemonialanspruch des Imperiums allein durch seine Unabhängigkeit und Eigenständigkeit in Frage stellt und damit die innere und äußere Stabilität des Imperiums bedroht. Denn ein Imperium, das seinen Hegemonialanspruch nicht mehr durchset-

Lizenz: Swiss Propaganda Research



Beispiele **A:** Chile 1973, Panama 1989, Haiti 1994, ev. Deutschland 2005; **B:** Schweiz, Japan, Australien, etc.; **C:** China 1949, Kuba 1958, Vietnam 1975, Nicaragua 1979; **D:** Kolumbien 2000ff, Pakistan 2001ff; **E:** Liberia 1992, Afghanistan 2003ff, Irak 2004ff; **F:** Südkorea 1960, Philippinen 1986, Indonesien 1998; **G:** Iran 1979; **H:** Italien & Frankreich 1946-48, Türkei & Brasilien 2001; **I:** Bolivien & Chile 1963-64, El Salvador 1982-84; **J:** Osteuropa & Baltikum 1991ff; **K:** Iran 2015; **L:** Nordkorea 2003ff, Iran 2001ff; Ukraine 2014; Russland 2014ff; **M:** Iran 1953, Ägypten 1956, Indonesien 1965; **N:** Angola 1975, Afghanistan 1979-91, Syrien 2011ff; **O:** Kuba 1961ff, China/Tibet 1958ff, etc.; **P:** Deutschland 1917-18 und 1941-45, Japan 1941-45, Korea 1950-51; **Q:** Serbien 1999, Jemen 2015ff; **R:** Bosnien 1992-95, Afghanistan 2001, Libyen 2011, Syrien 2014ff; **S:** Grenada 1983, Irak 2003. Aufzählung nicht abschließend. **Basierend auf:** Sylvan&Majeski, U.S. Foreign Policy in Perspective. Routledge, 2009.

V1.0 © 2018 Swiss Propaganda Research, swprs.org

Libyen und Syrien/Libanon waren die letzten Mittelmeerländer, die nicht Mitglied der NATO-Mittelmeer-Partnerschaft (rot) waren und stattdessen eine eigene Regionalpolitik verfolgen wollten.

zen kann, zerfällt. Auf diese Weise geraten die meisten Imperien in einen beinahe unvermeidlichen Expansionszwang, dem sich selbst grundsätzlich friedliche Staaten nicht entziehen können.

Bei Feindstaaten muss das Imperium zunächst entscheiden, ob eine militärische Aktion erfolgsversprechend ist oder nicht (Nr. 11). Falls nicht, wird das Imperium möglicherweise Verhandlungen aufnehmen und je nach Erfolgsaussicht entweder den Feindstatus beenden (K) oder aber Sanktionen verhängen bzw. einen (zivilen) Regimewechsel anstreben (L).

Typische Beispiele hierfür sind derzeit etwa der Iran, Nordkorea, Russland und zunehmend China. Nicht zufällig sind dies meist Staaten, die Nuklearwaffen besitzen oder anstreben, denn nur damit lässt sich die entscheidende Weiche Nr. 11 nachhaltig von militärischen auf nicht-militärische Szenarien umlegen. Wichtig ist zudem die Verfügbarkeit von essentiellen Rohstoffen wie Öl und Gas, da sich ansonsten die eigene Unabhängigkeit längerfristig nicht aufrecht erhalten lässt.

Beurteilt das Imperium eine militärische Aktion hingegen als erfolgsversprechend, so stellt sich als nächstes die Frage, ob der Feindstaat bzw. seine Regierung internationale Legitimität besitzt oder nicht (Nr. 13). Im ersten Fall wird das Imperium eine verdeckte feindliche Intervention vorbereiten, im zweiten Fall ist eine offene feindliche Intervention möglich. Dabei kann die autokratische Regierungsform vieler Feindstaaten genutzt werden, um ihnen die internationale Legitimität abzusprechen.

Zu den verdeckten feindlichen Interventionen zählen insbesondere der Staatsstreich (M – z.B. Iran 1953, Ägypten 1956) sowie die verdeckte Unterstützung von Rebellen (N – z.B. Afghanistan 1979ff) oder Exilgruppen (O – z.B. Kuba 1961ff). Es sind dies klassische Geheimdienstoperationen.

Bei den offenen feindlichen Interventionen wird zunächst geprüft, ob sich der Feindstaat bereits in einem Konflikt befindet, ob lokale Aufständische vorhanden sind, und ob eigene Bodentruppen erforderlich sind. Je nach Szenario kommt es in der Folge zu asymmetrischen (Luft-)Angriffen (Q – z.B. Serbien 1999), zu einer Unterstützung von Rebellen (R – z.B. Syrien 2011ff), zu einer gezielten Invasion (S – z.B. Irak 2003), oder zu einem umfassenden Krieg (P – z.B. Deutschland 1941-45, Korea 1950-51).

Die imperiale Handlungslogik ist grundsätzlich unabhängig von der jeweils amtierenden US-Regierung. Verschiedene Regierungen können jedoch zu unterschiedlichen Einschätzungen gelangen bezüglich der Erfolgsaussicht militärischer Aktionen (Nr. 11) und diplomatischer Verhandlungen (Nr. 12), der Vorteile offener versus verdeckter Operationen (Nr. 13), der Akzeptanz und Bedeutung bestehender Klientelregierungen (Nr. 2), sowie der politischen Unterstützung für militärische Eingriffe (Szenario E).

Aus der dargestellten Logik ergeben sich zugleich die wichtigsten geopolitischen Funktionen imperial orientierter Medien: Es sind dies insbesondere das Delegitimieren von Feindstaaten bzw. deren Regierungen (Nr. 13), das Unterstützen offener und das Ausblenden verdeckter feindlicher Operationen (Nr. 14 bis 18), das Rechtfertigen von Sanktionen und Regimewechseln (Szenario L), sowie die Mithilfe bei der imperialen Führung bzw. Absetzung von Klientelregierungen (Szenario A).

Aufgrund des umfangreichen Medienangebots im Internet wird die einheitliche mediale Darstellung solcher Interventionen indes zunehmend erschwert. Es ist dies eine neue Entwicklung, deren Auswirkungen auf die imperiale Politik noch nicht absehbar sind.

Quellen:

[1] wikipedia, Client state, ‹https://en.wikipedia.org/wiki/Client_state›

Literatur:

Sylvan, David & Majeski, Stephen (2009): U.S. Foreign Policy in Perspective: Clients, Enemies and Empire. Routledge, London.

Blum, William (2014): Killing Hope: US Military and CIA Interventions Since World War II – Updated Edition. ZED Books, London.

Brzezinski, Zbigniew (1998): The Grand Chessboard: American Primacy And Its Geostrategic Imperatives. Basic Books, New York.

Haass, Richard (2017): A World in Disarray: American Foreign Policy and the Crisis of the Old Order. Penguin Press, London.

Kagan, Robert (1998): The Benevolent Empire. Foreign Policy Magazine.

Kissinger, Henry (2015): World Order. Penguin Books, London.

Autor:

Swiss Propaganda Research

ist ein Forschungs- und Informationsprojekt zu geopolitischer Propaganda in Schweizer Medien. Studien und Webseite wurden von einem politisch und publizistisch unabhängigen Forscherteam in eigener privater Initiative und ohne Finanzierung oder Beauftragung erstellt.

https://swprs.org

Dieser Text wurde zuerst am 25.05.2018 auf www.swprs.org unter der URL ‹https://swprs.org/logik-imperialer-kriege/› veröffentlicht. (Lizenz: Swiss Propaganda Research)

‹http://www.free21.org/?p=29103›

Publiziert auf Free21 am 02.06.2018, 14:42 Uhr, von Swiss Propaganda Research auf www.swprs.org, Lizenz: swprs.org.

Geplanter Flächenbrand

Israel plant einen Krieg gegen den Iran in Syrien.

von Karin Leukefeld

US-Präsident Donald Trump und der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu am 2.10.2017 im Weißen Haus. (Foto: White House, public domain)

Die vergangene Woche [die 2. Maiwoche, Anm. d. Red.] im Mittleren Osten hat gezeigt, wie Entscheidungen in Washington die Lage in der Region gefährlich eskalieren lassen. Krieg gibt es ohnehin genug: in Syrien, im Irak, im Jemen und täglich sterben Palästinenser durch die Gewalt der israelischen Besatzungsmacht. Dass im Libanon am 6. Mai ganz friedlich gewählt wurde und dabei ein neues Wahlgesetz neue Gesichter und zwei Frauen mehr ins Parlament beförderte, war eine gute Nachricht, die wenig Aufmerksamkeit fand. In Washington, Berlin, Paris, London und vor allem in Tel Aviv schellten allerdings die Alarmglocken, als klar war, dass die Hisbollah und ihre Verbündeten im neuen Parlament eine deutliche Mehrheit haben werden. Ein Szenario, das lange zuvor geplant war, nahm seinen Lauf. Die Region steht vor einem neuen Krieg. Karin Leukefeld, die die Entwicklungen in Damaskus verfolgt, versucht für den Rubikon die Fäden des Knäuels im Mittleren Osten zu entwirren.

Die Chronologie

Am 6. Mai wählten die Libanesen ein neues Parlament.

Am 7. Mai wurde das offizielle Ergebnis bekanntgegeben, wonach die Hisbollah und deren Verbündete im neuen Parlament mit bis zu 70 Abgeordneten (von 128 Sitzen) die Mehrheit stellen werden.

Am 8. Mai verkündete US-Präsident Donald Trump den Ausstieg der USA aus dem Internationalen Atomabkommen mit Iran und drohte das Land zu bestrafen. Kurz nach der Trump-Rede bombardierte Israel militärische Ziele in Syrien, ohne von dort angegriffen worden zu sein.

Am 9. Mai erklärte die UN-Behörde für Atomenergie (IAEA), der Iran habe sich seit Abschluss des Atomabkommens (2015) an das Abkommen gehalten. Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu reiste am gleichen Tag nach Moskau, hin und zurück. Kurz nach seiner Rückkehr, in den frühen Morgenstunden des 10. Mai, bombardierten israelische Kampfjets erneut militärische Ziele in Syrien. Über Damaskus konnten anfliegende Raketen und abfliegende Luftabwehr beobachtet werden, die bizarre Muster in gleißendem Gelb und Weiß und sprühende Funkenregen in den Nachthimmel malten. Anwohner des Stadtflughafens Mezzeh und der Forschungsanlage Jamraya, nördlich von Damaskus, wurden von ohrenbetäubendem Lärm aus dem Schlaf gerissen. Wenige Stunden später – der Muezzin rief melodisch zum Morgengebet – war der Spuk vorüber.

Am 10. Mai sprachen die Militärs.

Die Führung der syrischen Streitkräfte bestätigte den Angriff Israels und erklärte, „die meisten" feindlichen Raketen abgefangen und zerstört zu haben. Eine Luftabwehrstellung, ein Radarsystem und ein Munitionsdepot seien zerstört worden. Drei Personen seien getötet, zwei verletzt worden. Armee und Luftwaffe seien in Alarmbereitschaft, um die Souveränität Syriens zu verteidigen.

Israel war sehr viel gesprächiger und präsentierte in ungewohnter Offenheit sogar eine Karte, auf der 35 Ziele und Treffer eingezeichnet waren. Armeesprecher Jonathan Conricus erklärte, kurz nach Mitternacht wären 20 iranische Raketen auf „die erste Linie der israelischen Stellungen" auf den Golanhöhen abgefeuert worden. Conricus sprach von den Golanhöhen, die von Israel 1967 völkerrechtswidrig besetzt und 1981 annektiert worden waren. Einige Raketen seien abgefangen, niemand sei verletzt worden. Es sei nur „geringer Sachschaden entstanden". Dennoch sei der „iranische Angriff ein schwerwiegender Vorfall. Keine iranische Rakete habe ihr Ziel getroffen, vier seien von der israelischen Luftabwehr „Eiserner Dom" abgefangen worden, erklärte Verteidigungsminister Avigdor Liebermann. Israel dagegen habe „in Selbstverteidigung (die) gesamte iranische Militärstruktur in Syrien zerstört".

Das russische Verteidigungsministerium teilte mit, bei dem Angriff Israels seien 28 israelische Kampfflugzeuge vom Typ F-15 und F-16 beteiligt gewesen, die etwa 60 bis 70 Raketen abgeschossen hätten. Zudem habe Israel mehr als zehn taktische Boden-zu-Boden-Raketen abgeschossen. Ein Angriff des Iran wurde nicht erwähnt.

Die von Israel beschuldigte iranische Armeeführung und die Revolutionsgarden schwiegen.

Dann meldeten sich Regierungsvertreter zu Wort.

Das syrische Außenministerium äußerte sich in gewohnt zurückhaltender Art und stellte fest, der Krieg gegen Syrien sei in eine neue Phase eingetreten. Bisher hätten „Agenten" in und gegen Syrien gekämpft, jetzt griffen die eigentlichen Feinde an.

Publiziert auf Free21 am 26.05.2018, 10:08 Uhr, von Karin Leukefeld auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BYNCND4.0.

Der iranische Präsident Hassan Rohani erklärte, der Iran sei nicht an einer Eskalation im Mittleren Osten interessiert.

Ministerpräsident Benjamin Netanyahu drohte. Iran habe mit den Angriffen vom Vorabend eine „rote Linie“ überschritten, „unsere Reaktion war die Konsequenz“. Die Politik Israels sei klar, man werde „dem Iran nicht erlauben, sich militärisch in Syrien zu etablieren“.

Die westlichen Regierungen in Berlin, Paris, London und Washington erklärten nahezu wortgleich ihre Unterstützung für Israel und übernahmen dessen Darstellung der Ereignisse. Die USA und Deutschland erklärten ausdrücklich ihre Unterstützung für „Israels Recht auf Selbstverteidigung“. Washington machte – wie Israel – namentlich die Iranischen Revolutionsgarden verantwortlich. Sie trügen „die volle Verantwortung für die Konsequenzen ihrer rücksichtslosen Aktionen“, weitere (iranische) Provokationen seien zu unterlassen.

Russland und China mahnten alle Seiten zur Deeskalation.

Am 11. Mai legte Israel weiter nach.

Verteidigungsminister Avigdor Liebermann forderte den syrischen Präsidenten Bashar al-Assad auf, den Iran aus Syrien zu weisen. „Assad, werde die Iraner los ... Sie helfen dir nicht“, sagte er bei einem demonstrativen Besuch der Golanhöhen. Die iranische Anwesenheit werde nur Probleme machen und: „Nicht wir sind an die iranische Grenze gekommen, sie sind bis hierhergekommen.“

Der israelische UN-Botschafter Danny Danon forderte (bisher vergeblich) eine Dringlichkeitssitzung im UN-Sicherheitsrat, um die „iranischen Raketenangriffe auf Israel“ zu verurteilen. Obwohl der israelische Verteidigungsminister Liebermann zuvor erklärt hatte, Israel habe die „komplette iranische Militärinfrastruktur in Syrien zerstört“, forderte Danon vom UN-Sicherheitsrat, den Iran zu drängen, seine militärische Präsenz in Syrien abzubauen.

Erstmals meldete sich das iranische Außenministerium zu Wort. Israel habe die Gründe für die israelischen Luftangriffe „erfunden“, hieß es in Teheran. „Das Schweigen der internationalen Gemeinschaft ermutigt Israel zur Aggression.“ Syrien habe das Recht, sich gegen israelische Angriffe zu verteidigen, man warne Israel vor weiteren Militärschlägen.

Der für Iran zuständige oberste IAEA-Inspektor für die Kontrolle des iranischen Atomprogramms trat ohne Angabe von Gründen von seinem Posten zurück. UN-Generalsekretär Guterres warnte vor einem „neuen Flächenbrand“ in der Region und forderte Zurückhaltung. Das Weiße Haus forderte die UNO auf, „Druck auf den Iran zu machen, um sein gefährliches Verhalten zu verändern.“

Die Medien

Westliche Medien übernahmen – ebenso wie die westlichen Regierungen – nahezu ausschließlich und ohne zu hinterfragen die Darstellung des israelischen Militärs über das Geschehen. Unterstützung dafür gab es von der „Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte“ in England, die mit eigenen Zahlen die Berichte „präzisierte“. Unter Berufung auf „Quellen vor Ort“ seien demnach 23 Personen getötet worden. Fünf seien syrische Soldaten gewesen und 18 weitere Kämpfer. Westliche Medien berichteten nahezu gleichlautend von einer „iranischen Provokation“ und stellten das „Selbstverteidigungsrecht Israels“ heraus.

Russische Medien ließen neben besorgten Außenpolitikern, die zur Ruhe mahnten, auch Analysten zu Wort kommen, die über eine „False-Flag-Operation“ Israels spekulierten. Israel habe bei verbündeten syrischen Kampfgruppen einen Angriff quasi in Auftrag gegeben, um dann selber einen massiven „Gegen“-Angriff starten zu können. Darauf deutet unter anderem hin, dass Iran wiederholt erklärte, kein Interesse an einer militärischen Eskalation mit Israel zu haben. Zudem habe Israel kein Bild einer abgeschossenen Rakete gezeigt, kein Bild von angeblichem „Sachschaden“. Und Verteidigungsminister Liebermann selber sagte, keine iranische Rakete habe ein Ziel getroffen.

Der arabische Nachrichtensender Al Mayadeen (Beirut) lieferte dagegen Details und Hintergründe, die ein anderes Bild der Situation lieferten. Verwiesen wurde auf wiederholte Angriffe Israels auf Syrien, bei denen auch Stellungen der iranischen Verbündeten Syriens ganz oder teilweise zerstört und Kämpfer und Soldaten getötet wurden. Nicht einmal international verurteilt wurden die israelischen Angriffe in Syrien. Jeder einzelne israelische Angriff in Syrien in den vergangenen sieben Jahren war ein Bruch des Völkerrechts, denn nicht einmal wurde Israel aus Syrien angegriffen. Dass Israel für seine Angriffe immer wieder auch den libanesischen Luftraum verletzt hat, von wo Raketen auf Syrien abgeschossen wurden, verletzt ebenfalls das Völkerrecht. Libanon ist ein souveräner Staat.

Unter Berufung auf „zuverlässige Quellen“ wurde laut Al Mayadeen tatsächlich „die erste Linie der israelischen Stellungen“ (Zitat IDF-Sprecher Conricus) von iranischen Raketen angegriffen. Es habe sich um eine Antwort auf den jüngsten israelischen Angriff auf den T4-Flughafen (bei Palmyra) gehandelt, bei dem iranische Soldaten getötet worden waren.

Das von russischen Geheimdienstkreisen betriebene Internetportal Southfront.org listete [1] folgende israelische Militäreinrichtungen auf: Hauptquartiere der Grenzbrigaden 9900 und 810; Einrichtung für technische und elektronische Überwachung; Hauptquartier zur Störung elektronischer Kriegsführung; Einrichtung für Kommunikation und Transmission; Hubschrauberflughafen; Außenposten am Berg Hermon; Hauptquartier der Bergsteiger-Einheit.

Weder Israel noch Iran äußerten sich dazu. Russland beobachtet, Syrien beobachtet und wartet ab.

Die Fäden des Knäuels entwirren

Der Krieg in Syrien wurde von regionalen und internationalen Akteuren direkt und indirekt geführt, um konkurrierende Interessen auszutragen. Der Westen (NATO, EU, USA, Israel), die Türkei und die Golfstaaten unterstützten islamistische Kampfgruppen (Muslimbruderschaft, Salafisten, al-Qaida im Irak), die ein „Islamisches Khalifat“ im Osten Syriens aufbauten. Ziel war, die syrische Regierung zu isolieren, zu schwächen oder zu stürzen, weil diese die „strategische Tiefe der schiitischen Expansion (Irak, Iran)“ darstelle, heißt es in einem Bericht des US-Militärgeheimdienstes des Pentagon [2] (DIA, Defense Intelligence Agency) aus dem Jahr 2012. Die von den USA geführte Internationale „Anti-IS-Allianz“ kämpfte angeblich seit 2014 gegen den entstandenen „Islamischen Staat“, tatsächlich diente der Einsatz – der nicht vom UN-Sicherheitsrat genehmigt wurde – der Stationierung von Truppen und Material, der Überwachung und Aufklärung Syriens. Mit Hilfe kurdischer Einheiten haben die USA den Nordosten Syriens besetzt und östlich des Euphrat militärische Basen gebaut. Das Gebiet ist reich an Öl, Gas, Wasser und Weizen.

Damaskus, das bereits von der Hisbollah (Libanon) unterstützt wurde, rief Iran und Russland 2015 zu Hilfe, beide kamen und es gelang in einem verlustreichen Krieg, die islamistischen Kampfverbände zu zerschlagen. Die Befreiungen von Aleppo (Dezember 2016), von Deir Ezzor (September 2017) und der östlichen Ghouta (März 2018) haben Syrien stabilisiert. Zehntausende Syrer legten die Waffen nieder, Tausende zogen im Rahmen von Waffenstillstandsvereinbarungen in den Norden Syriens ab, von wo sie leicht in die Türkei und weiter Richtung Europa gelangen können.

Sowohl Russland als auch Iran haben Militärverbände in Syrien, die im öffentlichen Stadtbild nicht zu sehen sind. Sie beschränken ihre Anwesenheit auf Militärstützpunkte und Flughäfen, weil ihre vereinbarte Präsenz militärischer Natur ist. Russland hat per Vertrag die Nutzung eines Hafens und eines Flughafens (Tartus, Hmeimin/Latakia) mit Damaskus vereinbart.

Publiziert auf Free21 am 26.05.2018, 10:08 Uhr, von Karin Leukefeld auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BYNCND4.0.

Der Erfolg des Syrien-Hisbollah-Russland-Iran-Bündnisses wird seit der Befreiung von Aleppo von Israel, und seinen westlichen Verbündeten, mit äußerster Nervosität verfolgt. Bis dahin hatte Israel den Iran beobachtet, nun aber wurde die iranische Präsenz – und die der Hisbollah – in Syrien zu stark. Eine Pufferzone über die Golanhöhen hinaus bis weit nach Syrien hinein (40 km) wird von Israel als „Schutz" vor dem Iran beansprucht. Russland wurde aufgefordert dafür zu sorgen, dass Iran und Hisbollah nicht näher an die Golanhöhen herangelangen. Russland erklärte Iran zu seinem strategischen Partner in Syrien, was Israel zu respektieren habe. Die israelische Strategie schwenkte seit Anfang 2018 – der Befreiung der östlichen Ghouta – um.

Israel verschärfte seine Propaganda gegen den Iran. Benjamin Netanyahu – übrigens Regierungschef des einzigen Landes im Mittleren Osten, dass über ein großes, nicht erklärtes Arsenal an Atomwaffen verfügt und der IAEA jeglichen Zugang zu den Waffen verweigert – präsentierte (steinalte) Dokumente, die beweisen sollten, dass der Iran nie aufgehört habe, Atomwaffen anzustreben. Die Verbündeten in den USA und Europa wurden gedrängt, gegen Iran vorzugehen, und US-Präsident Donald Trump lieferte. Militärisch wurde Israel zunehmend aggressiver, drohte mit einem Krieg gegen die Hisbollah, gegen Iran auf den Golanhöhen. Mehr Angriffe wurden von Israel auf Syrien geflogen. Zuletzt der schwere Angriff auf T4, den auch von iranischen Militärs genutzten Flughafen bei Palmyra.

Der Bruch des Internationalen Atomabkommens mit dem Iran durch die USA sei für Israel ein Startzeichen für den Krieg gewesen, erläutert der langjährige Kriegsberichterstatter Mohammad Ballout (Al Akhbar, Beirut) im Gespräch mit der Autorin. Ein weiterer Krieg in der Region sei sehr wahrscheinlich, er könne durch „irgendeinen herumfliegenden Funken" ausgelöst werden. Dass der Krieg in Syrien zu Ende gehe und der Iran dort bleibe, sei für Israel unerträglich. Bisher habe es sich auf die Eindämmung und Beobachtung des Iran in Syrien beschränkt, so Ballout. Nun gehe es darum, Iran aus Syrien zu verdrängen. Dem gelte auch die westliche NATO-Strategie in Syrien und Irak, und selbst wenn die Europäische Union Israel wegen der Besatzung der palästinensischen Gebiete kritisiere, werde die wirtschaftliche und militärische Kooperation mit dem Land nicht gestoppt. Der Westen stehe also hinter Israel und neuerdings habe Israel auch Saudi Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate an seiner Seite. Das bedeute Geld und Öl, militärische und geheimdienstliche Kooperation. Die lang angestrebte Spaltung der arabischen Welt sei Israel durch den offiziellen Schulterschluss mit Mohammed bin Salman, dem saudischen Kronprinz, gelungen. Israel werde sich nicht von einem Krieg gegen den Iran abhalten lassen, zumal es militär-technologisch, nicht zuletzt mit seinen Atomwaffen, weit überlegen sei.

Für den Iran andererseits sei in Syrien durch die ständigen Provokationen Israels, die Zerstörung von Infrastruktur und Tötung iranischer Soldaten ein zunehmender Druck entstanden zu reagieren. Genau das, einen iranischen Angriff, habe Israel erreichen wollen, um dann noch härter zuzuschlagen. Iran habe allerdings mit den 20 Raketen eher „moderat" reagiert, so Mohammad Ballout. Die Ziele seien untergeordnet gewesen, die eingesetzten Raketen klein. Dem Iran sei es eher darum gegangen, Israel eine Botschaft zu vermitteln: „Hört auf uns anzugreifen, sonst werden wir noch stärker zurückschlagen." Iran wolle keinen Krieg, weil man weiß, dass man Israel technologisch nicht gewachsen ist. Sollte Israel aber weiter auf Eskalation setzen, werde der Iran andere Mittel und Wege jenseits eines klassischen Krieges finden. „Wenn man den Gegner nicht töten kann, lässt man ihn bluten." Ziel des Iran sei es, dass seine Präsenz in Syrien und damit das neue Gleichgewicht in der Region anerkannt wird. Beispiel dafür sei der Libanon, so Ballout. Dort habe die militärische Stärke der Hisbollah – mit Unterstützung des Iran – Israel aus dem Land vertrieben und – seit 2006 – davon abgehalten, einen neuen Krieg gegen den Libanon zu beginnen.

Quellen:

[1] SOUTH FRONT, Summing Up Facts And Versions: Israel-Syria(Iran) Escalation Last Night, *<https://southfront.org/summing-up-facts-and-versions-syrian-israeli-encounter-last-night/>*

[2] Judicial Watch, Document Archive, Pgs. 287–293 (291) JW v DOD and State 14-812, *<https://www.judicialwatch.org/document-archive/pgs-287-293-291-jw-v-dod-and-state-14-812-2/>*

teilweise auf deutsch übersetzt: *<http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP10315_270515.pdf>*,

Bericht vom Levantereport: *<https://levantreport.com/2015/05/19/2012-defense-intelligence-agency-document-west-will-facilitate-rise-of-islamic-state-in-order-to-isolate-the-syrian-regime/#comments>*

Autor:

Karin Leukefeld

Jahrgang 1954, studierte Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften und ist ausgebildete Buchhändlerin. Sie engagierte sich für die Organisations- und Öffentlichkeitsarbeit unter anderem beim Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Die Grünen (Bundespartei) sowie der Informationsstelle El Salvador. Seit dem Jahr 2000 ist sie als freie Korrespondentin zum Mittleren Osten tätig.

Dieser Text wurde zuerst am 13.5.2018 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/geplanter-flachenbrand› veröffentlicht. (Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0)

‹http://www.free21.org/?p=29085›

Free21

Das Magazin als Druck-Abo:

Erscheinung jeden 2. Monat

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe

10,-/Ausgabe

free21abo.de

Große Mauer – mit ca. 6.600 km Länge eines der größten Wunder der Welt. (Foto: Bernard Goldbach / Flickr / CC BY 2.0)

China dominiert die Welt

Die unipolare Welt der US-Hegemonie ist beendet. Es haben nur noch nicht alle bemerkt. Bevor wir also diskutieren, was der Aufstieg Chinas bedeutet, sollten wir schleunigst die Scheuklappen abnehmen und die Welt betrachten wie sie aussieht, wenn man sie aus einer globalen Perspektive betrachtet, und nicht mit dem provinziellen Blick eines Westens, der sich fortgesetzt für den Nabel der Welt hält. Diese Zeiten sind vorbei.

von Florian Ernst Kirner

Ist die Annäherung Nordkoreas und Südkoreas ein diplomatischer Coup Donald Trumps? Zeigt sich hier die Macht der USA? Nein. Hier zeigt sich lediglich das totale Unverständnis westlicher Beobachter für das Kräfteverhältnis zwischen China und den USA.

Stattdessen ist das Wesen der Entwicklung eine Annäherung Südkoreas an China, eine Befreiung Südkoreas aus dem Status eines antichinesischen Frontstaats der USA. Und diese Entwicklung zeichnet sich bereits seit geraumer Zeit ab. Es gibt einen Prozess der diplomatischen Annäherung. Am Rande des ASEAN-Gipfels in Da Nang, Vietnam, erklärten die beiden Staatschefs Xi Jinping und Moon Jae-in ihre gemeinsame Absicht „Austausch und Kooperation in allen Bereichen schnellstmöglich zu normalisieren." [1]

USA verlieren, China gewinnt

Vorangegangen war dem ein heftiger Konflikt zwischen beiden Staaten, nachdem Südkorea entschieden hatte, ein in den USA gefertigtes Raketenabwehrsystem namens THAAD zu installieren. Diesen Rückfall in altes Frontstaatverhalten quittierte China mit dem Einsatz seiner stärksten Waffe: mit der Macht der chinesischen Wirtschaft.

Schon ein chinesischer Tourismus-Boykott kostete Südkorea zwischen 6,8 und 8,5 Milliarden Dollar binnen eines Jahres. Touristen aus China stellen die Hälfte der jährlich 17 Millionen Südkorea-Reisenden. Im Zuge des THAAD-Konflikts wies die staatliche Tourismusbehörde die chinesischen Reisebüros an, keine Gruppenreisen nach Südkorea mehr anzubieten. Daraufhin brach die Zahl der chinesischen Touristen um 60 Prozent ein.

Zudem attackierte China das südkoreanische Wirtschaftskonglomerat Lotte. Dem Konzern wurden wegen seiner Werbepraktiken Strafzahlungen aufgebrummt. Eine große Anzahl von Lotte-Supermärkten in China wurde wegen Verstößen gegen die Brandschutzbestimmungen geschlossen. [2]

Seitdem rudert Südkorea zurück. Für das Land ist es ein schwieriger Seiltanz, zwischen dem immer stärker werdenden China und dem traditionellen Verbündeten USA die Balance zu halten. Die Tendenz ist jedoch eindeutig. Seit vielen Jahren gibt es Konflikte über Militärbasen der USA in Südkorea. Gleichzeitig heißt der mit weitem Abstand wichtigste Handelspartner der Südkoreaner längst: China.

Südkorea exportierte 2016 Güter im Wert von $124 Milliarden nach China. In die USA knapp die Hälfte: $66,7 Mrd. Gleichzeitig importiert Südkorea doppelt so viel aus China ($93,7 Mrd) wie aus den USA ($42,3 Mrd.). [3]

Damit erzielte die Exportnation Südkorea ein Drittel ihres Außenhandelsüberschusses aus dem Handel mit China.

Die Wiedervereinigungsouvertüren zwischen Nord- und Südkorea als Machtdemonstration Donald Trumps misszuverstehen, ist vor diesem Hintergrund eine analytische Eselei erster Güteklasse.

Im Fall einer Vereinigung Koreas würde China einen mächtigen Verbündeten gewinnen, die USA verlören in einem verbündeten Staat die gewohnte strategische Stellung.

Asia booming!

Ganz Asien formiert sich als gigantischer Wirtschaftsraum: Die wichtigsten Exportziele Indonesiens (265 Millionen Einwohner) lauteten 2016 in dieser Reihenfolge: China, USA, Japan, Singapur, Indien. Bei den Importen schmieren die USA dann vollends ab: China, Singapur, Japan, Malaysia und Südkorea lieferten die meisten Güter an den gigantischen indonesischen Markt. [4]

In fast allen der anderen 48 Nationalstaaten Asiens mit seinen 4,5 bald 5 Milliarden Einwohnern lautet der wichtigste Handelspartner: China, mit rasch steigender Tendenz.

Eine Ausnahme in der weiteren Umgebung Chinas stellt lediglich Indien dar, mit 1,3 Milliarden Menschen und seiner robust wachsenden Wirtschaftskraft. Aber auch diese Situation ist dabei, sich gewaltig zu ändern: 2017 erreichte das indisch-chinesische Handelsvolumen einen historischen Höchststand, mit allerdings immer noch recht übersichtlichen $84,44 Mrd. Allerdings stiegen die Exporte von Indien nach China binnen eines Jahres um satte 40% an. [5]

Der dritte wirtschaftliche Elefant in Asien neben China und (immer noch weit abgeschlagen) Indien heißt allerdings nach wie vor Japan. Und dieses Land steht unverbrüchlich an der Seite der westlichen Allianz. Mit China droht eher Krieg als Kooperation.

Ach, ja? Wie so oft ist dieses Allgemeinwissen veraltet und falsch. Japan ist sehr bemüht, seine Beziehungen zur Volksrepublik zu verbessern. [6]

Von einem Neustart der Beziehungen ist die Rede [7]. Auch hier ist ein Hauptgrund der Annäherung das rasch ansteigende Handelsvolumen mit China. Zwar war der größte Exportmarkt Japans im Jahre 2016 immer noch der US-amerikanische ($130 Mrd.). Aber China ($113 Mrd.) holt auf, um zu überholen, während die chinesische Wirtschaft bereits doppelt soviel nach Japan exportiert wie die USA. [8]

Überhaupt hat China den USA in der Industrieproduktion den Rang abgelaufen. Im Jahre 2011 endete die 111 Jahre währende Dominanz der Vereinigten Staaten, und China setzte sich an die Spitze des globalen Warenausstoßes. (Martin Jacques: „When China rules the World.", S. 186)

China baut finanzpolitische Institutionen

Die unwiderrufliche Verschiebung der weltwirtschaftlichen Gewichte von West nach Ost ist die bedeutendste Tatsache der Zeitgeschichte. Das Tempo der Modernisierung Asiens ist atemberaubend – und niemand sollte glauben, dass die Folgen rein wirtschaftlicher Natur sind.

Wir reden bislang über eine Welt, die nach dem Willen des Westens gebaut wurde. Mit der teilweisen Ausnahme der UNO, die diesen Sonderstatus mit weitestgehender Handlungsunfähigkeit bezahlt, sind alle wesentlichen Institutionen der Welt vom Westen erschaffen und dominiert.

Publiziert auf Free21 am 31.5.2018, 12:58 Uhr, von Florian Ernst Kirner auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BYNCND4.0.

Beijing–Shanghai Hochgeschwindigkeitszug erreicht bis zu 380 km/h. (Foto: N509FZ / wikipedia / CC BY-SA 4.0)

Es ist schlicht albern zu glauben, dass diese institutionelle Dominanz fortbestehen wird, während China zum Giganten aufsteigt. Und das große Stühlerücken hat bereits begonnen.

Die „Asian Infrastruktur Investment Bank" AIIB [9] ist eine von China initiierte Antwort auf IWF und Weltbank. Die Liste der „regionalen" Mitgliedsländer, die sich an der AIIB beteiligen, ist bereits beeindruckend [10], wobei die „Region" der AIIB offenbar sehr weit gefasst ist. Auch Israel und Australien sind dort aufgelistet. Russland ist natürlich dabei, aber auch Katar, Saudi-Arabien und der Oman.

Sensationell ist die Liste der „überregionalen" Mitgliedsländer. Österreich, Kanada, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Holland, Portugal, Spanien, Schweden, die Schweiz, Polen, Norwegen, Malta, Luxemburg, Irland, Island, Ungarn, Ägypten, Äthiopien, Finnland…

Auch Großbritannien ist dabei. Die Briten waren sensationell sogar die ersten, die eingestiegen sind, obwohl Obama das ausdrücklich verboten hatte.

Auf der Warteliste für eine Aufnahme stehen derzeit Kuwait, Bahrain, Brasilien, Venezuela, Peru, Ecuador, Chile, Argentinien, Bolivien, Kenia, Südafrika, Sudan, Griechenland, Rumänien, Armenien und viele andere Länder. Und so fehlen nur die USA bis heute in diesem Who-is-Who der Weltwirtschaft.

Die AIIB ist auch ohne die Vereinigten Staaten „von Amerika" – zahlreiche amerikanische Nationen sind ja bereits Mitgliedsländer! – mit einem Schlag wichtiger geworden als Weltbank und IWF. Sie ist auch mit mehr Kapital ausgestattet. Die Show läuft ohne die Amis, die einmal mehr beleidigt in der Ecke stehen. Eine weitere strategische Glanzleistung Barack Obamas.

Chinesische Sonnenblumensamen für Teheran

Wir sollten endlich anfangen folgendes zu begreifen: Keine Region und kein Land der Erde wird vom Aufstieg Chinas unbeeinflusst bleiben – und schon jetzt ist der chinesische Faktor weitaus wirkmächtiger, als wir uns klarmachen.

Nehmen wir den Iran. Die USA und Israel drücken massiv auf einen Krieg mit Iran. Europa bremst. Was tut China? Nichts? Weil es sich in dieser Konfliktlage nicht zu Wort meldet? Weil es keine Sanktionen gegen irgendwen ausruft? Weil China keine Truppen verlagert oder Drohnen oder Kampfflieger aufsteigen lässt?

China könnte alles das tun. Es hätte durchaus nennenswerte militärische Potentiale. Aber dass China all das nicht tut, bedeutet keineswegs, dass China im Konflikt um Iran untätig ist. Chinas Antwort lautete einmal mehr: Infrastruktur und Handel.

Wenige Tage, nachdem Donald Trump das Atomabkommen mit dem Iran aufgekündigt hatte, kündigte China die Eröffnung eines neuen Schienenwegs an und schickte als erstes einen Güterzug mit 1,350 Tonnen Sonnenblumensamen auf die Reise. Die verläuft von der Stadt Banyannur in der nordchinesischen Inneren Mongolei über Kasachstan und Turkmenistan 8.352 Kilometer bis nach Teheran. [11]

Die Handelsdistanz von China zum Iran verkürzt sich durch dieses neuerliche gewaltige Infrastrukturprojekt um 20 Tage gegenüber dem Transport mit Containerschiffen. Und während die USA auf ihre Verbündeten und viele Firmen Druck machen, die Zusammenarbeit mit dem Iran einzustellen und sich bereits abzeichnet, dass die Europäer mürrisch, aber einmal mehr dem Großen Bruder folgen werden, tut China das gerade Gegenteil.

Peking sendet eine unmissverständliche Botschaft nach Washington: Wir werden weiter ganz normale Handelsbeziehungen mit dem Iran unterhalten.

In der Vergangenheit waren chinesische Firmen und Russland zudem sehr effektiv, Sanktionen des Westens zu unterlaufen. Und der Widerwille, sich dem Sanktionsdiktat der USA zu unterwerfen, steigt international. Die Washington Post befürchtet, China könnte diesmal sogar als Zwischenhändler für die Europäer agieren, um ihnen zu helfen, die US-Sanktionen zu umgehen, und warnt: „Trumps Iran-Entscheidung könnte die Sanktionsdrohungen der USA langfristig schwächen." Der ehemalige US-Diplomat Carlos Pascual befürchtet problemlose Ölverkäufe der Iraner via China und Russland in die ganze Welt. [12]

Selbstverständlich könnte nun ein Krieg, in dem die USA, Israel und Saudi-Arabien den Iran gemeinsam attackieren, auch den Zugverkehr nach China und den sonstigen Handel beeinträchtigen. Allerdings könnte die chinesische Politik auch das ohnehin immer öfter ausbleibende Kriegsglück US-geführter Allianzen beeinträchtigen…

China dominiert das Internet

Davon abgesehen ist die totale Fixierung der USA auf ihre militärische Trumpfkarte längst kein Zeichen der Stärke mehr. Die Amerikaner versuchen auszugleichen, dass sie wirtschaftlich immer weiter ins Hintertreffen geraten.

Aber im Internet sind die USA die Weltmacht Nummer 1? Das sieht nur so aus, wenn man von der Welt keine Ahnung hat, weil man im Westen wohnt. Sagt Ihnen Alibaba etwas? [13]

Der chinesische Internetriese gehört zu den zehn mächtigsten Firmen der Welt und hatte im Januar 2018 einen Marktwert von $527 Mrd. Seine Online-Verkäufe und -Gewinne übertrafen bereits 2015 das kombinierte (!) Ergebnis von Walmart, Amazon, Ebay und allen anderen US-Konkurrenten. Im Medienbereich weist Alibaba seit Jahren Wachstumsraten im dreistelligen Prozentbereich auf. Alibabas Cloud-Operation ist größer als Google, Amazon oder Microsoft. [14]

Kürzlich ging Alibaba auch in Deutschland mal wieder auf Einkaufstour und holte sich aus dem Portfolio von Rocket Internet zwei große, fette Firmen. [15]

Währenddessen diskutieren wir in Deutschland ausschließlich über Zensur, wenn es um China und das Internet geht. Das ist eine grundsätzlich legitime, aber natürlich völlig verlogene Debatte, die von der zunehmenden Online-Zensur bei uns zu Hause ablenken soll. Vor allem aber verpassen wir so einmal mehr die eigentliche Story: das Internet ist nicht rein „amerikanisch", es ist global gesehen zunehmend eine asiatische Veranstaltung.

China dominiert High-Tech

China wird auch technologisch an die Spitze stürmen. Im Bereich Künstlicher Intelligenz warnt das Wall Street Journal Google und Intel vor wenigen Tagen vor der drohenden Dominanz Chinas. [16]

Während dem Westen langsam dämmert, dass die alte Pole-Position demnächst unter Druck kommen könnte, ist der Zug längst abgefahren.

40 Prozent der 170.000 Angestellten von Huawai arbeiten im Bereich Forschung und Entwicklung.

In der Provinz Guizhoe gibt es neuerdings ein 500-Meter-weites Radioteleskop für die Suche nach außerirdischem Leben. Der Sunway Taihu-Light-Supercomputer ist mit Abstand der schnellste der Welt. Ähnliche Sensationsmeldungen, die uns im deutschen Tal der Ahnungslosen selbstverständlich nicht erreichen, gibt es in der Stammzellenforschung oder bei der Entwicklung neuer Batterien.

Wolkenkratzer in Hongkong. (Foto: Brian Sterling / Flickr / CC BY-SA 2.0)

Und die Tech-Giganten des Westens fangen erst an, richtig unter Druck zu geraten. Aktuell greift China den Drohnenmarkt in den USA an. Die in China produzierte Drohne Mavic Pro fliegt schneller und doppelt so hoch wie das Vergleichsprodukt GoPro Karma, wiegt 25 Prozent weniger, kann 30 Prozent länger fliegen und kostet $50 weniger. [17]

Trump reagiert nun mit Strafzöllen und einem Handelskrieg. So gibt es neuerdings 25 Prozent Strafzoll auf chinesische Roboter. Dabei ist die chinesische Roboterindustrie erst dabei, richtig abzuheben. Die Regierung plant die Produktion von 150.000 Industrierobotern pro Jahr bis 2020, von 260.000 bis 2035 und es erscheint nicht unrealistisch, wenn von 400.000 Robotern pro Jahr bis 2030 die Rede ist. [18]

Im Umfeld dieser Anstrengungen hat der chinesische Konzern Midea für 4,5 Mrd. Euro 95% der Aktien von Kuka, dem deutschen Stolz im Roboterbau, gekauft. [19]

Wird nun auch Kuka aus Augsburg mit US-amerikanischen Strafzöllen belegt? Trumps Handelskrieg ist eine erbärmliche Reaktion auf eine unaufhaltsame chinesische Dynamik. Die USA werden diesen Krieg krachend verlieren.

Weltmacht China: Gut oder schlecht?

Ist der Aufstieg Chinas nun eine gute oder eine schlechte Nachricht? Was bedeutet diese Verschiebung für die Welt?

Nun, bevor wir über die Folgen reden, sollten wir die Tatsache erkennen:

Die unipolare Welt der US-Hegemonie ist beendet. Es haben nur noch nicht alle bemerkt.

Bevor wir also diskutieren, was der Aufstieg Chinas bedeutet, sollten wir schleunigst die Scheuklappen abnehmen und die Welt betrachten wie sie aussieht, wenn man sie aus einer globalen Perspektive betrachtet, und nicht mit dem provinziellen Blick eines Westens, der sich fortgesetzt für den Nabel der Welt hält. Diese Zeiten sind vorbei.

Wenn uns das klar ist, können wir uns auf einen mühevollen Weg begeben, China zu verstehen. Ein Land mit 5000 Jahren Geschichte. Lao-Tse und Kung-Tse (Konfuzius) prägen die chinesische Regierungskunst bis heute. Sie lebten vor 2500 Jahren. Wir haben es hier mit einer eigenständigen Zivilisation, mit einem unfassbar reichen kulturellen Erbe zu tun. Ich empfehle deshalb: erst einmal ein paar Bücher über China lesen, über seine Geschichte, seine Kultur und Philosophie.

Und bei allem, was man hinterher am chinesischen Entwicklungsmodell wird immer noch mit großem Recht kritisieren können:

Es ist für sich genommen ein Demokratisierungsschub sondergleichen, wenn die Milliardenmasse der Asiaten endlich das Gewicht in der Welt bekommt, das ihnen die 200 Jahre währende Diktatur des Westens vorenthalten hat.

Quellen:

[1] THE DIPLOMAT: South Korea and China Make Amends. What Now? <*https://thediplomat.com/2017/11/south-korea-and-china-make-amends-what-now/*>

[2] QUARTZ: China inflicted a world of pain on South Korea in 2017, <*https://qz.com/1149663/china-south-korea-relations-in-2017-thaad-backlash-and-the-effect-on-tourism/*>

[3] OEC (The Observatory of Economic Complexity), Visualizations, South Korea, <*https://atlas.media.mit.edu/en/profile/country/kor/*>

[4] OEC (The Observatory of Economic Complexity), Visualizations, Indonesia, <*https://atlas.media.mit.edu/en/profile/country/idn/*>

[5] THE HINDU: India-China trade hits a record $84.4 billion, <*http://www.thehindu.com/business/india-china-trade-hits-a-record-844-billion/article22970857.ece*>

[6] South China Morning Post: How a long-awaited hotline could pave the way for calmer China-Japan relations, <*http://www.scmp.com/news/china/diplomacy-defence/article/2145811/how-long-awaited-hotline-could-pave-way-calmer-china*>

[7] THE DIPLOMAT: China-Japan Reset Continues With High-Level Economic Talks, <*https://thediplomat.com/2018/04/china-japan-reset-continues-with-high-level-economic-talks/*>

[8] OEC (The Observatory of Economic Complexity), Visualizations, Japan, <*https://atlas.media.mit.edu/en/profile/country/jpn/*>

[9] AIIB (The Asian Infrastructure Investment Bank): Startseite, <*https://www.aiib.org/en/index.html*>

[10] AIIB (The Asian Infrastructure Investment Bank): Members and Prospective Members of the Bank, <*https://www.aiib.org/en/about-aiib/governance/members-of-bank/index.html*>

[11] XINHUANET: New freight train links Inner Mongolia and Iran, <*http://www.xinhuanet.com/english/2018-05/10/c_137170361.htm*>

[12] The Washington Post: Chinas New Train Line to Iran Sends Message to Trump Well Keep Trading Anyway?, <*https://www.washingtonpost.com/news/world/wp/2018/05/11/chinas-new-train-line-to-iran-sends-message-to-trump-well-keep-trading-anyway/?noredirect=on&utm_term=.074af95153e8*

[13] Alibaba, Startseite, <*https://www.alibaba.com*>

[14] wikipedia, Alibaba Group, <*https://en.wikipedia.org/wiki/Alibaba_Group*>

[15] GRÜNDERSZENE: Weiteres Rocket-Startup an Alibaba verkauft, <*https://www.gruenderszene.de/business/daraz-rocket-internet-alibaba-verkauf*>

[16] THE WALL STREET JOURNAL: Google and Intel Beware: China Is Gunning for Dominance in AI Chips, <*https://www.wsj.com/articles/google-and-intel-beware-china-is-gunning-for-dominance-in-ai-chips-1515060224*>

[17] South China Morning Post: Be afraid: China is on the path to global technology dominance, <*http://www.scmp.com/business/global-economy/article/2081771/be-afraid-china-path-global-technology-dominance*>

[18] Internet of Business: China's plans for global robotics dominance gather pace, <*https://internetofbusiness.com/chinas-long-march-to-global-robotics-dominance-gathers-pace/*>

[19] Augsburger Allgemeine: Deshalb haben die Chinesen Kuka gekauft, <*https://www.augsburger-allgemeine.de/wirtschaft/Deshalb-haben-die-Chinesen-Kuka-gekauft-id40256182.html*>

Autor:

Florian Ernst Kirner

alias Prinz Chaos II., arbeitet als Kabarettist, Liedermacher und Blogger. Er ist seit seiner frühen Jugend politisch aktiv, vor allem in den Bereichen Antifaschismus, Friedensbewegung und internationale Solidarität. 2013 verfasste er mit Konstantin Wecker den „Aufruf zur Revolte". Er lebt in Südthüringen, wo er auf Schloss Weitersroda ein Kultur- und Gemeinschaftsprojekt entwickelt.

Dieser Text wurde zuerst am 05.05.2018 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/es-geht-um-asien-verdammt› veröffentlicht. (Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0)

‹http://www.free21.org/?p=29125›

Publiziert auf Free21 am 31.5.2018, 12:58 Uhr, von Florian Ernst Kirner auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BYNCND4.0.

Rechtsstaat am Ende

Deutschland missachtet in wesentlichen Punkten sein eigenes Recht. An zwei historischen Beispielen soll gezeigt werden, wie die offizielle Darstellung der Bundesrepublik Deutschland als Rechtsstaat in wesentlichen Punkten von der tatsächlichen Wirklichkeit abweicht und wie damit die Illusion einer demokratisch und rechtsstaatlich verfassten Gesellschaft aufrechterhalten wird!

von Patrick Münch

Foto: geralt, (pixabay / CCo)

Erstes Beispiel: Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland unter der Aufsicht der Vereinigten Staaten von Nordamerika

Von ihrer Gründung an im Jahr 1949 stand die westdeutsche Bundesrepublik bis zum Jahr 1955 unter der Aufsicht der US-amerikanischen Hochkommissare John Jay McCloy und James Conant. John McCloy hatte nach eigener Aussage in seiner Funktion als Hochkommissar die Vollmachten eines Diktators, sah sich jedoch selbst als „benevolent dictator", also als gütigen Diktator [1].

Als führendes Mitglied des Council on Foreign Relations [2] sorgte er in seiner Güte dafür, dass mit Konrad Adenauer der richtige Mann den Kanzlerposten erhielt. Dieser machte den Antikommunismus zur inoffiziellen Staatsdoktrin der jungen Bundesrepublik [3], was sich bis heute nicht wesentlich geändert hat.

Transatlantische Think Tanks

Der Council on Foreign Relations ist der weltweit mächtigste Think Tank im Bereich der Außenpolitik, sagt Laurence Shoup, der Autor des Buches „Wall Street's Think Tank: The Council on Foreign Relations and the Empire of Neoliberal Geopolitics, 1976-2014" [4].

Seit seiner Gründung im Jahr 1921 verfolgt der Council on Foreign Relations das Ziel, die Interessen der US-amerikanischen Hochfinanz und der Wall Street über politische Einflussnahme im In- und Ausland durchzusetzen. Auf diesem Wege war er durchaus erfolgreich darin, sozialstaatliche Entwicklungen zu blockieren und jede Alternative zum herrschenden kapitalistischen System zu verhindern. Heute ist der Council on Foreign Relations maßgeblich an der Gestaltung der neoliberalen Weltordnung beteiligt.

Im Jahr 1952 gründete McCloy mit dem deutsch-amerikanischen Bankier Eric M. Warburg den American Council on Germany [5] sowie die Atlantik-Brücke [6], um die junge Bundesrepublik mit US-amerikanischen Geschäftskreisen und Vertretern aus Politik und Kultur zu vernetzen, was mit gutem Erfolg gelang. Bis heute sind die beiden Organisationen sehr aktiv darin, die Interessen der Eliten auf beiden Seiten des Atlantiks zu pflegen und zu wahren.

So hat zum Beispiel der deutsche Botschafter in den USA, Peter Wittig, bei einem Vortrag beim American Council on Germany dazu aufgerufen, ein neues transatlantisches Narrativ zu entwerfen, um die deutsch-amerikanischen Verbindungen und den Wert der Zusammenarbeit und engen Koordination zu unterstützen. Zu diesem neuen Narrativ gehört auch das Ziel, die Öffentlichkeit zu informieren und Argumenten entgegenzutreten, die falsche Auffassungen über den Handel oder die NATO verfestigen, wie auf der Internetseite der Organisation zu lesen ist [7].

Dazu gehört zum Beispiel die Auffassung, dass der Welthandel extrem ungerecht organisiert sei und so dazu führt, dass ein großer Teil der Menschheit in Armut leben muss [8]. Oder die Auffassung, dass die NATO ein aggressives Militärbündnis sei, das souveräne Staaten angreift, um deren Regierung zu stürzen, wie es zur Zeit in Syrien der Fall ist [9].

Der deutsche Bundestag und die deutsche Regierung sind sich im Widerspruch zu dem im Grundgesetz beschriebenen Gebot, dem Frieden der Welt zu dienen, mehrheitlich einig darin, dass die deutsche Beteiligung am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Syrien völlig legitim ist. „Unser Engagement für Frieden und Stabilität, und zwar weltweit, müssen wir auch durch einen Beitrag im Kampf gegen den internationalen Terrorismus unterlegen", betont der neue Bundesaußenminister, Heiko Maas, in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag [10].

Damit verkehren die Regierenden aber, ohne Einspruch aus der Justiz, den Inhalt des Grundgesetzes ins Gegenteil. Denn dort [11] bekennt sich das deutsche Volk „zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt".

Andere Länder anzugreifen und deren Gesellschaft zu zerstören, steht aber klar im Widerspruch zum Bekenntnis des deutschen Volkes zu den Menschenrechten. Der deutsche Staat mit seinen Organen zeigt sich als Machtapparat, der imperialistische Ziele höher bewertet als sein eigenes, geschriebenes Recht. Die deutsche Regierung bricht da-

Publiziert auf Free21 am 21.05.2018, 13:27 Uhr, von Patrick Münch auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BYNCND4.0.

mit das Völkerrecht und seine eigenen Grundsätze.

Die Wertegemeinschaft

Die NATO sei das bedeutendste sicherheitspolitische Bündnis der Welt, behauptet die deutsche Bundesregierung auf ihrer Internetseite [12].

In Wahrheit ist die NATO jedoch ein aggressives Militärbündnis. Unter der Führung der USA hat die NATO bereits mehrere illegale Angriffskriege geführt, wie Daniele Ganser in seinem Buch „Illegale Kriege“ nachweist [13].

Die NATO versteht sich laut Bundesregierung auch „als Wertegemeinschaft freier demokratischer Staaten“ und als „Gemeinschaft, die auf den gemeinsamen Werten von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gründet“. Dabei werden genau diese Werte von der NATO mit Füßen getreten, wie bei der Zerstörung der Gesellschaften Jugoslawiens [14] und Libyens [15] zu sehen ist, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Am besten beschreibt [16] der Vorsitzende der Atlantik-Brücke, Friedrich Merz, das heuchlerische Weltbild eines imaginierten Westens als Wertegemeinschaft: „Für mich gibt es unverändert diese Wertegemeinschaft des Westens. … Wenn wir wirklich von der überragenden Qualität unserer Freiheitsordnungen überzeugt sind, dann müssen wir unser Leben und Handeln auch nach den Grundsätzen ausrichten, die wir uns selbst gegeben haben.“

John McCloy wäre jedoch damit sehr zufrieden. Die Gründung der Bundesrepublik als Partner im US-amerikanischen imperialistischen System und ihre heutige Beteiligung an verbrecherischen Angriffskriegen ist aus der Perspektive der transatlantischen Eliten eine Erfolgsgeschichte.

Zweites Beispiel: Gründung der Bundeswehr und Mitgliedschaft in der NATO nach den Anweisungen aus den USA

Auf seinen imperialen Raubzügen ist der deutsche Staat zweimal in Russland eingefallen. Was den deutschen Machteliten aus den Kreisen der Industrie und des Kapitals im ersten Weltkrieg nicht gelungen war, nämlich einen europäischen Großraum unter deutscher Führung zu errichten (Reinhard Opitz), das wollten sie im zweiten Weltkrieg vollenden. Nach der Ideologie des Faschismus sollte die russische Bevölkerung zu Sklaven der deutschen Herren, das heißt der Herren des Kapitals, gemacht werden. Im faschistischen Vernichtungskrieg gegen das russische Volk wurden Millionen Menschen ermordet.

Aus diesen Verbrechen zog die deutsche Bevölkerung nach 1945 die einzig logische Konsequenz: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus! Aber was die Bevölkerung will, das spielt im Denken der Machteliten keine sonderliche Rolle. Schon kurz nach dem Ende des Krieges entschied die Führungsmacht USA, die westliche Besatzungszone zu einem Posten gegen die Sowjetunion auszubauen. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland ist nur zu verstehen vor dem Hintergrund der US-amerikanischen Hegemonialpolitik nach dem Ende des zweiten Weltkrieges [17].

NATO-Mitgliedschaft und Wiederbewaffnung

Im Jahr 1955, also nur zehn Jahre nach dem Ende des vom deutschen Militärisch-Industriellen Komplex begonnenen Weltkrieges mit Millionen Opfern, entschieden die Machtstrategen in New York und Washington, die neu gegründete Bundesrepublik als Frontstaat gegen die Sowjetunion aufzurüsten. Die BRD wurde Mitglied in der NATO und bekam mit der Bundeswehr wieder eine eigene Armee. Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung in Frieden mit anderen Völkern leben wollte und gegen die Wiederbewaffnung war, setzte die neue Bundesregierung – gemeinsam mit den alten Machteliten aus Militär, Kapital und Justiz – die Vorgaben der neuen Führungsmacht willig um. Als Propaganda diente das alte Feindbild vom aggressiven Russen, das man einfach aus der Nazizeit übernahm.

Indem damit die militärische Konfrontation zum Inhalt einer

Präsident George W. Bush spricht auf einem Treffen des Rates für auswärtige Beziehungen in Washington, über den Krieg gegen den Terror und den Wiederaufbau des Irak. Foto: Paul Morse, Lizenz: gemeinfrei.

erneuten imperialen Machtpolitik wurde – diesmal im Bündnis mit der neuen Großmacht USA – setzte sich der bundesdeutsche Rechtsstaat auf diese Weise in den Widerspruch zum Friedensgebot seiner eigenen Verfassung, dem „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“, und der Charta der Vereinten Nationen und handelte gegen den Willen der Mehrheit seiner Bevölkerung.

Im Jahr 1990 wurden die Auflösung der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und der Beitritt der fünf ostdeutschen Länder zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vertraglich festgelegt [18].

In ihrem Buch „1989 – The Struggle to Create Post-Cold War Europe“ [19] beschreibt Mary Elise Sarotte, weshalb die Zusicherungen, die Michail Gorbatschow im Verlauf der Verhandlungen zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten gemacht wurden, nicht eingehalten wurden. Gorbatschow war mit der Vereinigung einverstanden unter der Bedingung, dass die NATO sich nicht auf das Gebiet der DDR ausdehnen würde. Dies wurde ihm in mehreren Gesprächen zugesichert. Doch dieses Versprechen wurde schon bald nach der Vereinigung gebrochen. Die NATO dehnte sich weiter nach Osten aus, zunächst über das Gebiet der ehemaligen DDR. Bald danach expandierte die NATO weiter nach Osten und heute sind bereits mehrere osteuropäische Länder Mitglied in der Militärallianz.

Weltweite Kontrolle

Ziel dieser Ausdehnung ist die militärische Kontrolle weiterer Teile der Welt und die Bedrohung und Schwächung von Staaten, die den imperialen Zielen der Hegemonialmacht USA im Wege stehen könnten, wie zum Beispiel Russland [20]. Der deutsche Staat unterstützt diese völkerrechtswidrige Politik auch dadurch aktiv, dass er auf deutschem Staatsgebiet US-amerikanische Militärstützpunkte duldet.

Die USA haben die Welt militärisch in sechs geostrategisch wichtige Regionen unterteilt [21].

Für jede Region gibt es ein Kommando, also eine militärische Zentrale, von der aus Terroranschläge auf Männer, Frauen und Kinder, und Angriffskriege gegen souveräne Staaten koordiniert werden können. Das Kommando für den afrikanischen Kontinent, das Africa Command oder AFRICOM [22] und das Kommando für den europäischen Kontinent einschließlich Russlands, das European Command oder EUCOM [23] befinden sich beide in Stuttgart.

„Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig“, heißt [24] es im Grundgesetz.

Publiziert auf Free21 am 21.05.2018, 13:27 Uhr, von Patrick Münch auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BYNCND4.0.

Indem aber die deutsche Regierung, das deutsche Parlament und die deutsche Justiz genau solche Handlungen in Deutschland tolerieren und sogar aktiv unterstützen, betreiben diese Verfassungsorgane Machtpolitik im Widerspruch zu den Inhalten der deutschen Verfassung, dem „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“, an die sie eigentlich rechtlich gebunden sind. Das ist Rechtsnihilismus!

Demokratie heißt Frieden

Die Menschen geben sich die Gesetze, nach denen sie leben wollen, selbst. Das ist die Idee der Republik. Die Organe des Staates sind in ihrem Handeln an diese Gesetze gebunden. Wenn diese Organe in wesentlichen Punkten im Widerspruch zu den Gesetzen handeln, also wenn Krieg geführt wird, dann wird die Demokratie zur Illusion. Denn Demokratie kann es nur im Frieden geben. Ein Staat, der Krieg führt, ist keine Demokratie.

Das Grundgesetz „verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist (Art. 146 GG).“

In dieser zukünftigen Verfassung können die Menschen eine Gesellschaft entwerfen, in der jegliche Machtkonzentration verhindert wird, indem die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln neu geregelt werden. Die Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums sind dann auch seine Eigentümer. Wenn dieser Tag einmal heranbricht, dann kann man mit vollem Recht von einer demokratischen Gesellschaft sprechen. Wir alle sind frei, uns dafür zu entscheiden.

Quellen:

[1] The New York Times: John J. McCloy, Lawyer and Diplomat, Is Dead at 93, *<https://www.nytimes.com/1989/03/12/obituaries/john-j-mccloy-lawyer-and-diplomat-is-dead-at-93.html>*

[1] The Council on Foreign Relations, Startseite *<https://www.cfr.org>*

[3] The New York Times: JThe Council on Foreign Relations— Is It a Club? Seminar? Presidium? ‘Invisible Government’?, *<https://www.nytimes.com/1971/11/21/archives/is-it-a-club-seminar-presidium-invisible-government-the-council-on-.html>*

[4] Laurence Shoup: Wall Street’s Think Tank, *<http://laurenceshoup.com/?page_id=77>*

[5] The American Council on Germany (ACG), Startseite, *<https://www.acgusa.org>*

[6] Die Atlantik-Brücke, Startseite, *<https://www.atlantik-bruecke.org>*

[7] The American Council on Germany (ACG), Policy Engagement, *<https://www.acgusa.org/policy-engagement/>*

[8] ntv, Jean Ziegler über das Massaker des Hungers: „Ich schäme mich meiner Ohnmacht“, Policy Engagement, *<https://www.n-tv.de/politik/Ich-schaeme-mich-meiner-Ohnmacht-article1583391.html>*

[9] Daniele Ganser: „Illegale Kriege“, Wiedie NATO-Länder die UNO sabotieren, Leseprobe, *<https://www.danieleganser.ch/assets/files/Inhalte/Publikationen/Buecher/Daniele%20Ganser%20(2016)%20-%20Illegale%20Kriege%20%5BLeseprobe%5D.pdf>*

[10] Die Bundesregierung, Bulletin, Rede des Bundesministers des Auswertigen, Heiko Maas, zum Bundeswehreinsatz zur nachhaltigen Bekämpfung des IS-Terrors und zur umfassenden Stabilisierung des Iraks vor dem Deutschen Bundestag am 15. März 2018 in Berlin, *<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2018/03/29-1-bmaa-bw-einsatz.html>*

[11] Deutscher Bundestag, Parlament: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, *<https://www.bundestag.de/gg>*

[12] Die Bundesregierung, Deutschland in der NATO, Neue Bedrohungen fordern neue Antworten, *<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/Sicherheitspolitik/Artikel/2015-09-08-nato-grundsatz.html>*

[13] siehe 9

[14] counterpunch, Shay Lafontaine, NATO & the Humanitarian Dismemberment of Yugoslavia, *<https://www.counterpunch.org/2016/05/17/nato-the-humanitarian-dismemberment-of-yugoslavia/>*

[15] Noam Chomsky: On Libya and the Unfolding Crises, *<https://chomsky.info/20110330/>*

[16] Die Atlantik-Brücke, Gemeinsam Verantwortung übernehmen: Die Atlantik-Brücke und die deutsch-amerikanischen Beziehungen, *<http://www.atlantik-bruecke.org/gemeinsam-verantwortung-uebernehmen-die-atlantik-bruecke-und-die-deutsch-amerikanischen-beziehungen/>*

[17] Noam Chomsky: Deterring Democracy, 1991, 1992 (Online-Ausgabe), *<https://zcomm.org/deterring-democracy/>*

[18] Service des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz in Zusammenarbeit mit der juris GmbH (Juristisches Informationssystem für die BRD): Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag), *<https://www.gesetze-im-internet.de/einigvtr/EinigVtr.pdf>*

[19] Mary Elise Sarotte: „1989 The Struggle to Create Post-Cold War Europe“, Updated Edition, 2014, Princeton University Press, *<https://press.princeton.edu/titles/10353.html>*

[20] Monthly Review, An Independent Socialist Magazine, Samir Amin: „Revolution from North to South“, *<https://monthlyreview.org/2017/07/01/revolution-from-north-to-south/>*

[21] US Central Command, Component Commands: Unified Commands, CENTCOM & Components, *<http://www.centcom.mil/ABOUT-US/COMPONENT-COMMANDS/>*

[22] US Africa Command, Startseite, *<http://www.africom.mil>*

[23] US European Command, Startseite, *<http://www.eucom.mil>*

[24] siehe 11

Autor:

Patrick Münch

Jahrgang 1969, hat Bürokaufmann gelernt und an der Fachhochschule ein Studium als Diplom-Übersetzer abgeschlossen. Seit zehn Jahren arbeitet er als prekär beschäftigte Lehrkraft in Maßnahmen der Agentur für Arbeit und hat auf diese Weise das System der Menschenverwaltung von innen kennengelernt. Er ist in Essen im Friedensforum sowie im Rosa-Luxemburg-Club aktiv und schreibt für den Essener Morgen.

Dieser Text wurde zuerst am 31.03.2018 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/rechtsstaat-am-ende› veröffentlicht. (Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0)

‹http://www.free21.org/?p=29028›

Free21

Das Magazin als Druck-Abo:

Erscheinung jeden 2. Monat

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe

10,-/Ausgabe

free21abo.de

Ein klares Signal an die Finanzelite

Scholz ernennt Goldman-Sachs-Mann zum Staatssekretär:

von Ernst Wolff

Wenige Tage nach seiner eigenen Ernennung zum Finanzminister hat Olaf Scholz Jörg Kukies, Deutschlandchef der US-Großbank Goldman Sachs, zu einem seiner Staatssekretäre ernannt. Kukies soll sich vor allem um die Europapolitik und die Finanzmarktregulierung kümmern.

Scholz' Personalentscheidung dürfte kein Zufall sein. Die neue Große Koalition in Berlin sieht schweren Zeiten entgegen, denn die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Zeichen stehen auf Sturm. Während sich der Westen systematisch auf die Ausweitung eines Krieges im Nahen Osten und eine mögliche Konfrontation mit Russland und China vorbereitet, kommt die globale Wirtschaft trotz aller anderslautenden Meldungen auch zehn Jahre nach der letzten großen Krise nicht wieder in Schwung.

An den Finanzmärkten brodelt es

Besonders kritisch ist die Entwicklung an den Finanzmärkten: Sie werden seit einem Jahrzehnt nur durch künstliche Manipulation am Leben erhalten. Die dazu erforderlichen Maßnahmen – Gelddrucken und Zinssenkungen durch die Zentralbanken – zeigen aber immer stärkere und gefährlichere Nebenwirkungen (u. a. Blasenbildung und Geldentwertung).

Um ihnen entgegenzusteuern, müssten die Flut billigen Geldes eingedämmt und die Zinsen erhöht werden. Das aber trifft auf den erbitterten Widerstand genau der Banken, die vor zehn Jahren für „too big to fail" erklärt wurden und die mittlerweile so mächtig sind, dass sie jede Regierung der Welt innerhalb vor wenigen Tagen in die Knie zwingen können. Diese Großbanken haben sich mittlerweile wie Süchtige an das billige Geld gewöhnt und setzen es Tag für Tag in horrendem Ausmaß zur Finanzspekulation ein.

Damit aber stecken sowohl die Zentralbanken als auch die Regierungen in einer Klemme, aus der es für sie langfristig kein Entrinnen gibt. Da beide aber von Menschen geführt werden, die nur kurzfristig – nämlich an die eigene Macht und die eigene Karriere – denken, reagieren sie durchweg auf dieselbe Art und Weise: Sie unterwerfen sich bedingungslos den Interessen der „Too-big-to-fail"-Banken. Genau diese Botschaft möchte Scholz offenbar der Wall Street senden.

Der damalige Erste Bürgermeister von Hamburg, Olaf Scholz, beim Global Citizen Festival in Hamburg 2017. (Foto: Frank Schwichtenberg, GFDL)

Scholz und die SPD-Führung positionieren sich – für die Großbanken

Scholz' Maßnahme ist aber auch noch aus einem anderen Grund ein klares Signal an die Wall Street: Das Hin und Her der SPD nach den Wahlen, das Personalkarussell an ihrer Spitze und die Mitgliederabstimmung zur GroKo haben der internationalen Finanzelite, die vor allem auf Verlässlichkeit setzt und mit großem Misstrauen auf jede Veränderung reagiert, überhaupt nicht gefallen. Um sie zu beruhigen, gibt Deutschlands neuer Finanzminister ihr jetzt durch Kukies' Ernennung zu verstehen, dass sein Ministerium sich in den kommenden Stürmen voll und ganz ihren Interessen unterordnen und an ihre Vorgaben halten wird.

Dass dieses Zeichen gerade von Scholz kommt, sollte nicht verwundern: Er hat erst vor wenigen Wochen als Hamburger Bürgermeister dazu beigetragen, dass die profitablen Reste der HSH Nordbank an den US-Geier-Hedgefonds Cerberus verramscht wurden, während die unprofitablen Teile beim Staat blieben und die Steuerzahler in Hamburg und Schleswig-Holstein in den kommenden Jahren einen zweistelligen Milliardenbereich kosten werden.

Scholz hat damit nicht nur eindeutig Position für die Banken und gegen die arbeitende Bevölkerung bezogen. Sein Verhalten hat auch einmal mehr deutlich gemacht, wie die Arbeitsteilung in der SPD funktioniert: Diejenigen, die keine Entscheidungsgewalt haben, dürfen von „Erneuerung" faseln und das Märchen verbreiten, die SPD sei wieder auf dem Weg zu einer Partei der arbeitenden Bevölkerung. Diejenigen, die die Fäden in der Hand halten, erledigen gleichzeitig hemmungslos das Geschäft der Finanzelite.

Goldman Sachs – ein weltumspannendes Spinnennetz an Kontakten

Dass mit Jörg Kukies ausgerechnet ein Mann von Goldman-Sachs ausgesucht wurde, war mit Sicherheit auch kein Zufall. Goldman Sachs zählt nicht nur zu den größten Finanzinstituten der Welt, sondern dürfte vor allem die Bank mit dem umfassendsten und effektivsten globalen Netzwerk und dem direktesten Zugang zu den Schaltzentren der internationalen Politik sein.

Zu ehemaligen Goldman-Sachs-Mitarbeitern zählen unter anderen EZB-Chef Draghi, Ex-EU-Kommissionspräsident Barroso, die Ex-US-Finanzminister Paulson und Rubin, der gegenwärtige US-Finanzminister Mnuchin, Trumps Ex-Berater Stephen Bannon und Gary Cohn, Ex-Weltbank-Chef Robert Zoellick, die ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Monti und Prodi, der ehemalige griechische Ministerpräsident Papadimos, aber auch der deutsche EZB-Direktor und Merkel-Berater Ottmar Issing und die AFD-Sprecherin Alice Weidel.

Wie kein anderes Finanzinstitut hat es Goldman Sachs geschafft, seinen Einfluss in der Politik geltend zu machen und sich über seine eigenen Leute grenzübergreifend Vorteile aller Art zu verschaffen. Dass die Bank nun auch einen direkten Vertreter im deutschen Finanzministerium besitzt, verdankt die arbeitende Bevölkerung unseres Landes ironischer Weise der Partei, die im zurückliegenden Wahlkampf als Vorkämpferin für soziale Gerechtigkeit angetreten ist.

Autor:

Ernst Wolff

1950 geboren, wuchs in Südostasien auf, ging in Deutschland zur Schule und studierte in den USA. Er arbeitete in diversen Berufen, u.a. als Journalist, Dolmetscher und Drehbuchautor. Die Wechselbeziehung von Wirtschaft und Politik, mit der er sich seit vier Jahrzehnten beschäftigt, ist für ihn gegenwärtig von höchster Bedeutung.

‹http://www.free21.org/?p=29123›

Publiziert auf Free21 am 26.05.2018, 20:30 Uhr, von Ernst Wolff. Lizenz: Ernst Wolff

Die „linken Intellektuellen“

des Imperiums fordern Regime-Change. Zur Rolle der „Progressiven“ in der Antikriegsbewegung.

von Michel Chossudovsky / LUFTPOST

In Nordamerika und in Westeuropa ist ein auf Täuschung beruhender sozialer Aktivismus entstanden, der vom Konzern-Establishment gefördert und kontrolliert wird. Dieser manipulierte Prozess hat die Bildung einer neuen Massenbewegung gegen den Krieg, gegen Rassismus und gegen soziale Ungerechtigkeit unmöglich gemacht. Dass die Antikriegsbewegung tot ist, zeigt sich auch daran, dass Leute, die sich als „Kriegsgegner“ bezeichnen, den Krieg gegen Syrien für einen „Bürgerkrieg“ halten. Für sie ist auch der Krieg gegen den Jemen ein „Bürgerkrieg“. Weil dieses Land vor allem von Saudi-Arabien bombardiert wird, versuchen US-Kriegsgegner die verdeckte Beteiligung der USA am Krieg gegen den Jemen zu ignorieren oder herunterzuspielen. Diese Haltung lässt sich in dem Satz zusammenfassen: „Weil keine direkte Beteiligung der USA vorliegt, besteht auch keine Notwendigkeit für eine Kampagne gegen den Krieg im Jemen“. Krieg und Neoliberalismus stehen nicht mehr im Mittelpunkt des zivilgesellschaftlichen Widerstandes. Ein von konzerneigenen Stiftungen finanziertes Netz nichtstaatlicher Organisationen hat den gesellschaftlichen Widerstand zerstückelt. Die Bewegungen gegen die Globalisierung und gegen den Krieg wurden gespalten. Die Wirtschaftskrise wird nicht mehr in Zusammenhang mit den imperialistischen Kriegen der USA gebracht.

Infolgedessen wurde der gemeinsame Widerstand zersplittert. An Teilproblemen orientierte Protestbewegungen – zum Schutz der Umwelt, gegen die Globalisierung, für den Frieden, für die Rechte von Frauen, Schwulen, Lesben, Bi- und Transsexuellen – werden gezielt und großzügig gefördert, um eine Massenbewegung gegen den globalen Kapitalismus zu verhindern.

Mittelmeer (5. Dezember 2016): Eine AV-8B Harrier der 22. Marine Expeditionary Unit (MEU) startet vom amphibischen Angriffsschiff USS Wasp (LHD 1). Foto: wikimedia / CC-BY-2.0

Dieses Bewegungsspektrum war bereits bei den Demonstrationen gegen die G7-Gipfel und gegen die Alternativen Klimagipfel der 1990er Jahre präsent und hat von Beginn an, also seit dem Jahr 2000, auch das Weltsozialforum dominiert, das nur ganz selten engagiert gegen den Krieg protestiert hat.

Konzerneigene Stiftungen lassen also durch von ihnen finanzierte NGOs gesponserte Proteste inszenieren, mit denen eigentlich nur ein einziges Ziel verfolgt wird: Die westliche Gesellschaft soll gespalten werden, damit die bestehende Gesellschaftsordnung erhalten bleibt und bestehende militärische Planungen durchgezogen werden können.

Syrien

Es lohnt sich, die Rolle der so genannten „progressiven Intellektuellen“ zu untersuchen, die sich offen zur Militäragenda der USA und der NATO bekennen. Diese Haltung ist keineswegs neu.

Teile der Antikriegsbewegung, die noch gegen die Invasion des Iraks im Jahr 2003 opponiert hatten, begrüßen heute Trumps Luftschläge gegen das „Assad-Regime“ in Syrien und werfen Assad vor, „seine eigenen Leute mit Giftgas zu ersticken“. Sie halten Trumps Behauptung, Assad bringe hilflose Männer, Frauen und Kinder um, für glaubwürdig.

Der bekannte US-Linke Noam Chomsky hat in einem Interview, das er am 5. April 2017 – zwei Tage vor den von Trump angeordneten Luftangriffen auf Syrien – der US-Website Democracy Now [1] gegeben hat, einen Regime Change in Syrien befürwortet und die Meinung vertreten, ein ausgehandelter „Rücktritt“ Baschar al-Assads könne eine diplomatische Lösung (des Syrien-Konflikts) ermöglichen.

Chomsky äußerte: „Das Assad-Regime ist eine moralische Zumutung. Mit Unterstützung der Russen begeht es schreckliche Verbrechen.“ Diesen schlimmen Vorwurf hat er allerdings nicht durch Quellen oder Nachweise belegt. Will er damit Trumps Kriegsverbrechen entschuldigen? Dann macht Chomsky auch noch die Opfer des Imperialismus für die Verbrechen des Imperialismus verantwortlich:

… Natürlich kann man Assad nicht sagen: „Wir werden Sie zwar ermorden, aber Sie sollten trotzdem mit uns verhandeln.“ Darauf wird er sich nicht einlassen. Aber in Verhandlungen … [mit den Russen] … könnte sein [Baschar al-Assads] Rücktritt durchgesetzt und eine Verhandlungslösung erreicht werden. Der Westen wollte das aber nicht, … weil er glaubte, Assad stürzen zu können, ging der Krieg weiter. Wäre eine Verhandlungslösung möglich gewesen? Das wissen wir zwar nicht, aber man hätte es versuchen sollen. Inzwischen unterstützen Katar und Saudi-Arabien dschihadistische Gruppierungen, die sich kaum vom ISIS unterscheiden. Und in diesem Horrorszenario

wird nur die syrische Bevölkerung dezimiert. (Das Interview, das Democracy Now am 5. April 2017 mit Chomsky geführt hat, ist auch auf YouTube [2] zu finden.)

In einem weiteren Interview (in dem er sich auf eine Äußerung Trumps zu dem Luftangriff auf Syrien bezieht, in der dieser Syrien mit dem Irak verwechselt hatte) sagte Noam Chomsky:

Für Trump sind alle Muslime „Turbanträger", egal, aus welchem Land sie kommen. Es gibt aber einige unanfechtbare Fakten. Dass es einen Giftgasangriff gegeben hat, wird von niemand angezweifelt. Es ist zwar wahrscheinlich, dass die syrische Regierung dafür verantwortlich war, trotzdem bleiben einige Fragen. Warum sollte das Assad-Regime ausgerechnet dann einen Giftgasangriff durchführen, wenn sein Sieg in diesem Krieg greifbar nahe und nur noch bedroht ist, wenn sich eine starke Gegenmacht formiert. Warum sollten die Russen auch noch dieses Verbrechen eines mörderischen, brutalen Regimes zulassen? Das syrische Flugzeug, das den Giftgasangriff geflogen haben soll, ist doch von einem Flugplatz gestartet, der von Syrern und Russen gemeinsam genutzt wird, und Russland hat doch großen Einfluss auf Syrien. Für Russland ist der Angriff ein großes Desaster, nicht nur für sein Engagement in Syrien, sondern auch für seine globalen Interessen. Es bleiben also einige Ungereimtheiten. (Diese Aussage stammt aus einem Interview, das Chomsky der Website Democracy Now am 26. April 2017 gegeben hat [3].)

Mit ähnlichen Äußerungen wird auch Tariq Ali [4], der seit dem Vietnamkrieg zu den führenden Linken in der britischen Antikriegsbewegung gehört, in den britischen Medien zitiert. Auch er hat die Ablösung des Präsidenten Baschar al-Assad verlangt, vertritt also die gleiche Forderung wie die Kriegsfalken in Washington.

„Er [Assad] muss, … [im Interesse des syrischen Volkes] zurücktreten. Die überwältigende Mehrheit der Syrer will, dass die Herrschaft der Assad-Familie endet; Assad und wir alle sollten erkennen, dass das der Schlüssel zur Beendigung des Syrien-Konfliktes ist. …

Syrien braucht eine Regierung, die nicht von Schiiten dominiert wird und eine neue Verfassung. ... Wenn sich der Assad-Clan weigert, die Macht in Syrien aufzugeben, wird früher oder später Schreckliches passieren … Dieser Clan hat keine Zukunft mehr." (RT-Interview „Assad must go to save Syria from intervention" vom 15.2.2012 [5].)

Tariq Ali, der einer der Sprecher der britischen Stop the War Coalition ist, vergaß zu erwähnen, dass die USA, die NATO und ihre Verbündeten aktiv an der Rekrutierung, Ausbildung und Bewaffnung einer ganzen Armee größtenteils ausländischer Söldner mitwirken, die Syrien mit Terror überzogen hat.

Unter dem „progressiven" Mantel der britischen Antikriegsbewegung legitimiert Tariq Ali mit seinen unzutreffenden Behauptungen die „humanitären Militärinterventionen", die der Westen mit der Parole „Krieg gegen den Terror" und seiner so genannten „Responsibilty to Protect" (abgekürzt R2P, Verpflichtung zum Schützen) betreibt. Die Tatsache, dass sowohl Al-Qaida als auch ISIS-Daesh von den USA und der NATO verdeckt unterstützt werden, erwähnt er nicht.

Auch nach Meinung des britischen Autors William Bowles gehört Tariq Ali zu den zahlreichen „linken Intellektuellen", die im Auftrag des US-Imperiums die Friedensbewegung in Nordamerika und Westeuropa desorientieren.

Tariq Ali verkörpert den Widerspruch, in Großbritannien als Sozialist zu gelten und gleichzeitig alle Privilegien der gut bezahlten intellektuellen linken Elite des Imperiums zu genießen. Zum Dank dafür empfiehlt er den Syrern, was sie tun und was sie lassen sollten. Ich kann keinen Unterschied zwischen der Arroganz des Herrn Ali und der Arroganz der westlichen Imperialisten erkennen, mit denen er gemeinsame Sache macht – weil auch er fordert: Assad muss gehen!

Die bestehende Antikriegsbewegung

Warum finanziert der globale Kapitalismus antikapitalistische Bestrebungen? Ist diese absurde Verbindung nicht ein Widerspruch in sich?

Eine Friedensbewegung, die sich von konzerneigenen Stiftungen finanzieren lässt, kann nichts bewirken, weil deren Ziel die Lähmung der Friedensbewegung ist. McGeorge Bundy, der von 1966 bis 1979 Präsident der Ford Foundation war, hat einmal gesagt:

> „Die Ford Foundation verfolgt nur ein einziges Ziel: Sie will die Welt sicher für den Kapitalismus machen."

Leider haben viele „linke Intellektuelle" die Rolle übernommen, „die Welt sicher für die Kriegstreiber" zu machen.

Die heutige Friedensbewegung stellt die Legitimität derer, gegen die sich ihre Proteste richten, nicht mehr infrage. Sie lässt zu, dass einige ihrer „progressiven" Repräsentanten, die von Konzernstiftungen gesponsert und von den Mainstream-Medien hofiert werden, verhindern, dass sich eine von der Basis ausgehende, wirklich wirksame und einflussreiche Antikriegsbewegung bildet, die national und international agiert.

Eine konsequente Antikriegsbewegung muss sich auch mit den angeblich „progressiven" Wortführern in ihren eigenen Reihen auseinandersetzen, die in Wirklichkeit die Außenpolitik der USA – einschließlich der „humanitären Interventionen" unter Schirmherrschaft der USA und der NATO – unterstützen.

Eine Antikriegsbewegung, die sich von Konzernstiftungen finanzieren lässt, wird zum Teil des Problems, das sie lösen will. Eine wirksame Antikriegsbewegung darf sich nicht vor den Karren von Kriegstreibern spannen lassen.

Wie könnte es endlich vorwärts gehen?

Wir brauchen den Aufbau eines dichten Netzes lokaler Friedensinitiativen, das die Autoritäten und Entscheidungsgremien, die zum Krieg treiben, entlarvt und anklagt.

Dieses Netz muss alle gesellschaftlichen Schichten, Städte und Dörfer, Arbeitsstätten und Kirchengemeinden, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, Bauernverbände und andere Berufsgenossenschaften, Studentenverbindungen, Vereinigungen von Kriegsveteranen und religiöse Gruppen in den gemeinsamen Widerstand gegen die Kriegstreiber einbeziehen. Von entscheidender Bedeutung ist dabei auch die Einflussnahme auf die Streitkräfte, bei der es darum geht, die Soldatinnen und Soldaten über die Rechtswidrigkeit aller Kriege aufzuklären.

Zuerst muss aber eine gemeinsame Kampagne gegen die Kriegspropaganda in den Mainstream-Medien gestartet werden.

Dabei geht es auch darum, die von den Konzernmedien betriebene Desinformation durch Boykottmaßnahmen (wie Abo-Kündigungen und Hörer- oder Zuschauerstreiks) zu unterbinden. Parallel dazu müssen die lokalen Friedensinitiativen ihre Mitbürger (mit konventionellen Mitteln wie Flugblättern, Infoständen und Protestveranstaltungen und) über alternative Medien auf heraufziehende Konflikte und die wachsende Kriegsgefahr aufmerksam machen. Dabei ist zu beachten, dass in jüngster Zeit auch Online-Medien zum Ziel von Manipulationen und Zensurmaßnahmen geworden sind, weil Aktivitäten von Kriegsgegnern im Internet unterbunden werden sollen.

Die Entwicklung einer umfassenden Friedensbewegung, die mit machtvollen Aktionen die herrschenden politischen Strukturen infrage stellt, ist keine leichte Aufgabe. Das erfordert Solidarität, Einigkeit und Engagement in einem

Publiziert auf Free21 am 03.06.2018, 12:34 Uhr, von Michel Chossudovsky auf www.nrhz.de, Lizenz: Michel Chossudovsky.

Ausmaß, das es in der bisherigen Weltgeschichte noch nicht gegeben hat. Um gemeinsam handeln zu können, müssen wir in der Weltgesellschaft bestehende politische und ideologische Barrieren niederreißen. Dann wird es uns auch gelingen, die Kriegstreiber und Kriegsverbrecher zu entmachten und sie vor ein Kriegsverbrechertribunal zu bringen.

Quellen:

Erstveröffentlichung der deutschen Übersetzung am 31.01.2018 bei LUFTPOST – Friedenspolitische Mitteilungen aus der US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein (dort mit zusätzlichen Hinweisen): *<http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP01418_310118.pdf>*

Englischsprachiger Originalartikel:

Michel Chossudovsky: „The Empire's "Lefty Intellectuals" Call for Regime Change. The Role of ‚Progressives' and the Antiwar Movement", Global Research, 09.01.2018, *<https://www.globalresearch.ca/the-empires-lefty-intellectuals-call-for-regime-change-therole-of-progressives-and-the-antiwar-movement/5625333>*

[1] DEMOCRACY NOW, The Assad Regime is a Moral Disgrace: Noam Chomsky on Ongoing Syrian War, *<https://www.democracynow.org/2017/4/5/the_assad_regime_is_a_moral>*

[2] YouTube, „The Assad Regime is a Moral Disgrace": Noam Chomsky on Ongoing Syrian War, *<https://www.youtube.com/watch?time_continue=48&v=fu_5nzvPWao>*

[3] DEMOCRACY NOW, Noam Chomsky in Conversation with Amy Goodman on Trump, Nukes, North Korea, Climate Change & Syria, *<https://www.democracynow.org/2017/12/25/noam_chomsky_in_conversation_with_amy>*

[4] Tariq Ali, *<https://de.wikipedia.org/wiki/Tariq_Ali>*

[5] RT, World News: Assad must go to save Syria from intervention, *<https://www.rt.com/news/syria-assad-ali-resign-361/>*

Erstveröffentlichung der deutschen Übersetzung am 31.01.2018 bei LUFTPOST – Friedenspolitische Mitteilungen aus der US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein (dort mit zusätzlichen Hinweisen) <http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP01418_310118.pdf>

Dieser Text wurde zuerst am 14.02.2018 auf www.nrhz.de unter der URL ‹http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=24597› veröffentlicht. (Lizenz: Neue Rheinische Zeitung)

‹http://www.free21.org/?p=29112›

Autor:

Michel Chossudovsky

ist ein preisgekrönter Autor, Professor für Wirtschaftswissenschaften (emeritiert) an der Universität Ottawa, Gründer und Direktor des Centre for Research on Globalization (CRG), Montreal, Herausgeber von Global Research. Er lehrte als Gastprofessor in Westeuropa, Südostasien, dem Pazifik und Lateinamerika. Er war als Wirtschaftsberater für Regierungen von Entwicklungsländern und als Berater für verschiedene internationale Organisationen tätig. Er ist Autor von elf Büchern. Seine Schriften wurden in mehr als zwanzig Sprachen veröffentlicht.

Karrikatur von Bashar al-Assad (DonkeyHotey, flickr.com, CC BY 2.0)

Assad, der Dieb

Die Atlantik-Brücke warnt: Den syrischen Flüchtlingen soll ihr Hab und Gut geraubt werden.

von Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam

Jetzt halt mal die Luft an, Nachbar: Per Dekret wolle der syrische „Machthaber" vor dem Wiederaufbau alle Grundstücksbesitzer zwingen, binnen 30 Tagen Eigentumsnachweise persönlich bei den Behörden vorzulegen, behauptet ARD-aktuell. Hunderttausenden Flüchtlingen drohe die Enteignung. Das geht einem deutschen Häuslebesitzer unters Hemd, ne?

Allerdings: An der Nachricht stimmt so gut wie nichts. Nur das Motiv ist klar: die Westliche Wertegemeinschaft WWG will ihre Niederlage im Krieg gegen Syrien, Russland und Iran nicht hinnehmen und begleitet mit dieser Hetze den Versuch, das Blatt doch noch einmal zu wenden. Die westliche Koalition bombt jetzt auch Stellungen der syrischen Armee. Und die Israelis bomben mit. Frankreich will schon mal mehr als 1000 Soldaten in Syrien stationieren. Einfach so. Zumeist Fremdenlegionäre, das passt ja dort. Scheiß aufs Völkerrecht, ne? [1]

Das glaubst du alles nicht? Typischer Sozn, glaubst erst mal deinen eigenen Leuten. Komm rein, nimm vor der Wunderlampe Platz – und erst mal zur Kenntnis, was passiert, wenn Sozn-Großmaul-Außenpolitik und Hamburger Qualitätsjournalismus miteinander kopulieren. Dann wird dabei Tagesschau-Dreck wie dieser hier gezeugt:

Zitat: „Die Bundesregierung hat ihren Widerstand gegen Wiederaufbaupläne von Syriens Machthaber Assad angekündigt, die zur Enteignung syrischer Flüchtlinge führen könnten. Man werde das Vorhaben nicht dulden und die Vereinten Nationen einschalten, kündigte die Bundesregierung an. Assad hatte ein Dekret unterzeichnet, das bei der Ausweisung von Neubaugebieten vorschreibt, dass sich frühere Eigentümer binnen 30 Tagen vor Ort melden müssen. Das dürfte den meisten Flüchtlingen aber nicht möglich sein." [1]

Kennst du den Unterschied zwischen einem Maikäfer und dem Außenminister? Nee? Alsdann: Der Maikäfer pumpt mehrmals ordentlich vorm Abflug. Außenminister Maas schafft es jederzeit aus dem Stand, vollkommen abzuheben. Der arrogante kleine Gernegroß und seine Behörde erachten es, so scheint es, ebenso wenig für erforderlich, sich über das „Dekret" erst einmal zu informieren, wie die Tagesschau-Redaktion saubere Recherche und Nachprüfung für nötig hält, ehe sie solchen bösartigen Propagandamüll verbreitet:

Zitat: „Dem Gesetz zufolge werden in jedem Bezirk Ämter für den Wiederaufbau geschaffen. Nachdem dann ein Bebauungsplan erlassen wurde, müssen die Besitzer von Land, Häusern und Wohnungen ihre Eigentumsrechte bei dem Amt nachweisen. Das müssen sie innerhalb von 30 Tagen machen. Doch dazu dürften Hunderttausende Syrer nicht in der Lage sein." [2]

Bösartige Fälschung. Richtig ist hingegen: Die neu geschaffenen Wiederaufbau-Behörden bekommen die Eigentumsnachweise von den Grundbuchämtern automatisch, „von Amts wegen" zugeleitet. Nur dort, wo die Besitz-

verhältnisse unklar sind, werden Eigentumsnachweise verlangt. Sie können vom Besitzer selbst, von einem Bevollmächtigten, Verwandten oder von beauftragten Agenturen erbracht werden.

Merkst du was? Es handelt sich um ein rechtlich einwandfreies Verfahren wie es auch in Deutschland üblich ist. Die kurze Frist von 30 Tagen mag stutzig machen. Sie setzt allerdings nicht sofort ein, sondern wird projektbezogen aufgerufen. Die jeweiligen Wiederaufbauprojekte haben selbstverständlich einen längeren Vorlauf und entsprechende Ankündigungszeiten. In der Ära von Internet und Smartphone sollte die kurze Folgefrist daher kein Problem sein.

Zitat: „Ein zentrales Missverständnis des neuen Stadterneuerungsgesetzes 10/2018 in Syrien ist, dass niemand sein Eigentum nachweisen muss, ehe eine neue Zonenentwicklung per Dekret eingeführt wird. Und diese Anforderung gilt nur für Personen, deren Eigentum nicht im Grundbuch eingetragen ist.“ [3]

Ach so? Das klingt schon ganz anders, was?

Das neue Gesetz 10/2018 in Syrien erlaubt auch keine vollständige entschädigungslose Enteignung von Privateigentum; Behauptungen dieser Art sind nur Spekulation mit agitatorischer Absicht. Vielmehr wandelt das Gesetz den separaten Grundbesitz in Eigentums-Anteile an den Neubauprojekten um. Die Form des Eigentums wird verändert, das Eigentumsrecht wird nicht aufgehoben.

Schon nach den ersten propagandistischen Gerüchten über das angebliche „Dekret“ zur „Enteignung hunderttausender Flüchtlinge“ (Tagesschau) stellte der syrische Parlamentspräsident Khaled Abboud klar:

Zitat: „Es gibt dieses Dekret nicht. Eine solche Anordnung würde die syrische Verfassung verletzen. Viele syrische Bürger wurden in den Jahren des Bürgerkriegs von Terroristen gezwungen, ihren Besitz zu verlassen und zu fliehen. Viele Gegenden wurden komplett zerstört. Noch hat die syrische Armee die Befreiung Syriens nicht beendet. Wenn es soweit ist, übergeben selbstverständlich die syrischen Behörden jedem syrischen Bürger seinen Besitz.“ [4]

Für unsere Könner im Auswärtigen Amt und in der ARD-aktuell-Zentralredaktion wäre es ein Leichtes gewesen, sich über den Sachverhalt an der Quelle zu informieren. Wenn nicht bei den Behörden in Damaskus selbst, dann auf deren Internet-Seiten und über diplomatische Vertretungen außerhalb Syriens sowie bei den UN. Als kompetente Auskunftstelle über den Sachverhalt wären auch die Arabistik-Institute deutscher Universitäten infrage gekommen, sie sind zumeist sehr aktuell informiert.

Aber Sachkenntnis stört nur. Lieber informiert sich ein Qualitätsjournalist der ARD bei einer NATO- und US-affinen niederländischen „Denkfabrik“ und zitiert vorgebliche „Experten“ – diesmal „Senior Fellow“ Erwin van Veen. Der macht sich schon seit geraumer Zeit umfassend und aus streng transatlantischer Sicht trübe Gedanken über den „Wiederaufbau Syriens“. Er sieht offensichtlich die Felle westlicher Investoren davonschwimmen. [5]

Nach Schätzungen der Weltbank werden 200 Milliarden US-Dollar für den Wiederaufbau Syriens erforderlich sein. Selbstverständlich möchte die Westliche Werte Gemeinschaft das größte Stück von diesem Kuchen. Präsident Assad will jedoch am Wiederaufbau nur befreundete oder unbelastete Länder beteiligen und nicht diejenigen, die für die Zerstörung seines Landes verantwortlich sind. [6]

Die Bundesrepublik gehört dazu. Tornados der Bundesluftwaffe sind führend bei der Luftaufklärung und Zieldatenerfassung für die Bombenangriffe der westlichen Koalition in Syrien. Deutschland ist politischer Feind Syriens und auch hauptverantwortlich für das mörderische Finanz-, Handels- und Wirtschafts-Embargo der Europäischen Union über Damaskus.

Der Volljurist und Abheber im Auswärtigen Amt Berlin will, folgt man der Tagesschau, das syrische Durchführungsgesetz für den Wiederaufbau „nicht dulden“ und „die Vereinten Nationen einschalten“. Davon wird bald kaum mehr die Rede sein. Weißt du, was ein beamteter Jurist als Allererstes tut, wenn ihm ein neuer Vorgang auf den Tisch gelegt wird? Na? Richtig: Er prüft, wer dafür eigentlich zuständig ist. Dass das syrische Gesetz einem Berliner Genehmigungsverfahren unterfällt, ist in der Tat eine sensationelle Nachricht, gelle?

Vor seiner Maulaufreißerei wäre unserem Großsprecher wohl anzuraten gewesen, die Rechtsgrundlage zu betrachten, auf die er sich mit seinem Vorhaben begibt. Artikel 17 der Menschenrechtserklärung garantiert zwar das Eigentum und schützt es vor „willkürlicher“ Enteignung. Von Willkür kann in diesem Fall aber keine Rede sein, weil hauptsächlich Eigentumsumwandlungen beabsichtigt sind. Soweit aufgrund des Gesetzes unter definierten Bedingungen tatsächlich Enteignungen möglich werden, sind sie das Gegenteil von „willkürlich“: Gesetzlich geregelt. Es sind keinerlei Anhaltspunkte ersichtlich, die auf ein Abweichen von internationalen Standards schließen lassen. [7]

Jeder, der sich zwei Minuten Zeit nimmt für einen Blick auf die deutsche „Treuhand“-Geschichte, weiß das. Unser Volljurist und Verfechter größenwahnsinniger Einmischungspolitik in die Angelegenheiten anderer Länder weiß es anscheinend aber nicht. Oder es ist ihm gleichgültig, weil es ihm von vornherein nur darauf ankam, eine dummdreiste Journaille für seine Propagandazwecke zu missbrauchen. Zu „vergewohltätigen“, sollte man vielleicht formulieren.

Hast du es auch bemerkt, dass die Qualitätsjournalisten der ARD-aktuell beim Formulieren ihrer AgitProp sauwohl gefühlt haben müssen? Der Kühntopp in Kairo hat sogar richtig geschäumt vor Wonne.

Quellen:

[1] <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2018/05/02/frankreich-stationiert-ueber-tausend-soldaten-syrien/>

[2] „Syrisches Dekret als Enteignung kritisiert“, Tagesthemen, 27.04.18, Sendeminute 17’40” und inhaltsgleiche Folgeberichte der ARD-aktuell am 28., 29. und 30. April 18: <https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/tt-5963.html>, <https://www.tagesschau.de/ausland/syrien-enteignungen-101.html>, <https://www.tagesschau.de/ausland/syrien-1255.html>, <https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/tt-5957.html>

[3] Syrian Law Journal (Übers. d.Verf.)

[4] <https://sputniknews.com/middleeast/201804281063989077-syria-parliament-assad-deny-property-confiscation/>

[5] <https://www.joshualandis.com/blog/creating-a-new-syria-property-dispossession-and-regime-survival-by-erwin-van-veen/>

[6] <https://de.sputniknews.com/politik/20180213319522182-syrien-wiederaufbau/>

[7] <https://www.menschenrechtserklaerung.de/eigentum-3639/>

Autoren:

Friedhelm Klinkhammer, *Jahrgang 1944, ist Jurist. Von 1975 bis 2008 war er fest angestellt beim NDR. Er war Gesamtpersonalrats- und verdi-Vorsitzender sowie zeitweise Arbeitnehmer-Vertreter im NDR-Rundfunk- und -Verwaltungsrat.* ***Volker Bräutigam,*** *Jahrgang 1941, ist Journalist. Er startete bei Tageszeitungen in Süddeutschland und landete 1975 für zehn Jahre in der Tagesschau-Redaktion in Hamburg. Dann folgten elf weitere Jahre als Personalrat und Kulturredakteur im NDR. 1996 einen Lehrauftrag an der Fu Jen Catholic University in Taipeh und danach einen Forschungsauftrag des Wissenschaftsrates der Regierung von Taiwan.*

Dieser Text wurde zuerst am 05.05.2018 auf www.rubikon.news/ unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/assad-der-dieb› veröffentlicht.

Lizenz: Creative Commons-Lizenz, Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung GmbH, CC BY-NC-ND 4.0

‹http://www.free21.org/?p=29117›

Zur Kündigung des iranischen Atomabkommens

„Je mehr Du im Frieden schwitzt, desto weniger Blut verlierst Du im Krieg." Ein guter Rat – von einem, der es wissen muss. Er stammt von General H. Norman Schwartzkopf junior, einst Oberbefehlshaber des amerikanischen Central Command (CENTCOM), im Irakkrieg vom Januar und Februar 1991 Oberbefehlshaber jener Truppen, welche die Armee von Saddam Hussein aus Kuwait vertrieben haben.

von Heiko Flottau

Möglicherweise hat Präsident Donald Trump fast drei Jahrzehnte später von dem Ratschlag seines Landsmannes Schwartzkopf nichts gewusst – und hätte er davon Kenntnis gehabt, so hat er ihn nicht beherzigt, als er jetzt das Atomabkommen mit dem Iran kündigte und so eine große Kriegsgefahr heraufbeschwor.

Eher hielt sich Trump – sofern ihm die Geschichte des Iran überhaupt bekannt ist – an H. Norman Schwartzkopf senior. Vater Schwartzkopf war von den USA in den Iran geschickt worden, wo er zunächst die Polizeikräfte des Schahs ausbildete, dann aber, zusammen mit dem CIA-Agenten Kermit Roosevelt, im Jahre 1953 den Ministerpräsidenten Mohammed Mossadegh stürzte und den Schah wieder ins Amt setzte. Mossadegh hatte es gewagt, die vornehmlich im britischen Besitz befindliche Erdölindustrie des Landes zu verstaatlichen und Schah Reza Pahlavi vom Thron zu vertreiben. Als Kommunist wurde Mossadegh von den USA und Großbritannien beschimpft – obwohl er lediglich die nationalen und wirtschaftlichen Interessen seines Landes vertreten hatte.

Heute regieren nicht mutmaßliche Kommunisten das Land, sondern schlimme Mullahs – die allerdings auch nichts anderes tun, als die Interessen ihres Landes (und ihres Regimes) zu vertreten. Doch die haben 1979 das Folterregime des Schahs – des Verbündeten der USA – gestürzt und unter Führung von Ayatollah Chomeini eine „Islamische Republik" ausgerufen. Mit dieser Revolution vertrieben sie die USA aus dem Iran – ein politisches Vergehen, das Donald Trump und seine Gefolgsleute bis heute nicht vergeben haben.

Nach dem Putsch von 1953 gegen den iranischen Ministerpräsidenten Mossadegh durch den Schah: Huldigung der Stammesführer an den Schah (Foto: public domain)

Wer den Sturz Mossadeghs im Jahre 1953 und die Machtübernahe Chomeinis im Jahr 1979 näher analysiert, kommt zu der Schlussfolgerung, dass die Revolution Chomeinis eine Folge des CIA-Putsches von 1953 ist. Kein anderer etwa als Nelson Mandela sagte im September 2002 in einem Interview mit Newsweek: „Die Vereinigten Staaten haben ernsthafte Fehler in der Führung ihrer Außenpolitik gemacht … Diese Fehler hatten verhängnisvolle Auswirkungen, lange nachdem diese Entscheidungen getroffen wurden … Denn die unqualifizierte Unterstützung des Schahs des Iran führte direkt zur islamischen Revolution von 1979."

Will man das Verhalten der gegenwärtigen iranischen Machthaber verstehen – nicht entschuldigen – muss man sich ein wenig die Geschichte des Landes zu eigen machen. Es begann im Jahre 1907, als sich Großbritannien und das russische Zarenreich das Land untereinander aufteilten. Russland sollte im Norden, Großbritannien im Süden die Vormachtstellung bekommen, dazwischen wurde eine sogenannte neutrale Zone mit Teheran als Hauptstadt etabliert. Im britischen Unterhaus wetterte ein Abgeordneter: „Diese kleine Nation … liegt zwischen Leben und Tod, wird geteilt, fast auseinandergenommen, hilflos und ohne Freunde liegt sie zu unseren Füßen."

Allerdings hatte das Regime unter der Dynastie der Qajaren nicht unerheblichen Anteil an der Politik der beiden Großmächte. Im Jahr 1872 hatte Schah Nassir al-Din die Konzessionen, die Industrie des Landes zu führen, Ackerland zu bearbeiten, Eisenbahnen zu bauen, Bodenschätze auszubeuten, eine Nationalbank zu gründen und Geld zu drucken, an den Briten Baron Julius de Reuter gegeben, um mit den Konzessionsgebühren weiter sein prunkvolles, vom Volke abgehobenes Leben zu führen.

Nachdem 1908 im Iran Öl entdeckt worden war, sicherte sich Großbritannien die Lizenzen in der 1909 gegründeten Anglo Persian Oil Company (1935 Anglo-Iranian Oil Company). Nach dem CIA-Coup gegen Premier Mossadegh wurde die Gesellschaft 1954 in British Petroleum (BP) umbenannt – immerhin ein Name, der die Besitz- und Machtverhältnisse korrekt wiedergibt. Zusammen mit dem in Birma von London kontrollierten Öl ermöglichte das persische Öl der Weltmacht Großbritannien, den Antrieb seiner Kriegsflotte von Kohle auf Öl umzustellen – ein nicht geringer Vorteil im Ersten Weltkrieg. Winston Churchill schwelgte, der iranische Erdölfund sei ein Preis aus „dem Märchenland jenseits unserer kühnsten Träume".

Publiziert auf Free21 am 30.05.2018, 18:56 Uhr, von Heiko Flottau auf nachdenkseiten.de, Lizenz: IQM e.V./Albrecht Müller

Im Jahr 1919 zwangen die Briten dem Schah einen Vertrag auf, der ihnen die Kontrolle über die Armee des Iran, das Banken- und Transportsystem übereignete und zur Sicherung dieser Besatzung das Kriegsrecht einsetzte. Der britische Lord Curzon bezeichnete diesen Ausverkauf als die „umfassendste und außerordentlichste Unterwerfung der gesamten industriellen Ressourcen eines Königreiches in ausländische Hände … in der Geschichte".

Sechs Jahrzehnte später. Nach dem CIA-Coup gegen Premier Mossadegh markiert das Jahr 1979 eine politische und militärische Wasserscheide am Golf, die die Ereignisse von 1953 umkehren sollte. Im Iran kam Ayatollah Chomeini an die Macht. Chomeini trieb die im Iran mit dem Schah zusammen herrschenden USA aus dem Land. Ebenfalls im Jahr 1979 wurde im Irak Saddam Hussein Präsident. Die USA sahen im neuen Mann in Bagdad sofort jenes Werkzeug, mit dem man die feindlich gesinnten Herren im Iran aushebeln könnte – um dort die alte Vormachtstellung der USA wiederherzustellen. Unter stiller Duldung der USA ließ Saddam Hussein am 20. September 1980 seine Truppen in die auch von Arabern bewohnte iranische Provinz Khusistan einmarschieren – in der, wie sich herausstellte, fehlgeleiteten Hoffnung, die dort wohnenden arabischen Bevölkerungsteile würden die Iraker als Befreier begrüßen und dazu beitragen, Chomeini zu stürzen.

Nichts dergleichen geschah. Es folgte ein Krieg von acht Jahren – insgesamt starben eine Million Menschen. Als das irakische Abenteuer für Bagdad sogar mit einer Niederlage zu enden drohte, sprangen die USA auf der Seite Saddam Husseins ein. Im Jahr 1988 gaben die USA dem irakischen Diktator jene militärischen Ratschläge, mit denen der Irak die vom Iran besetzte irakische Halbinsel Fao am Eingang des Schatt el-Arab (dem Zusammenfluss von Euphrat und Tigris) zurückerobern konnte. Nach UN-Ermittlungen soll der Irak bei den Kämpfen um Fao chemische Kampfstoffe eingesetzt haben. 170 000 Soldaten fielen allein im Kampf um Fao.

Die Anglo-Persian Oil Company (APOC) war ein britisches Unternehmen, das 1908 nach der Entdeckung eines großen Ölfeldes in Masjed Soleiman in Iran gegründet wurde. Es war das erste Unternehmen, das Erdöl aus dem Iran förderte. Foto aus einem Familienalbum auf https://en.wikipedia.org, Titel: People of Iran, gemeinfrei

Übrigens: Nachdem der Irak dann im Jahr 1990 Kuwait überfallen hatte und 1991 von einer Koalition unter Führung der USA wieder vertrieben worden war, wurde er zu hohen Reparationszahlungen an Kuwait verurteilt, deren letzte Rate vor kurzem überwiesen wurde. Dem Iran indessen wurden für die Folgen der irakischen Invasion von 1980 niemals finanzielle Kompensationen zugesprochen.

Für den Iran war die von den USA zumindest stillschweigend geduldete, wenn nicht auch geförderte irakische Invasion ein ebenso großer politischer Schock wie der Sturz ihres Premierministers Mossadegh im Jahre 1953. Bis dahin hatte der Iran exakt 234 Jahre lang kein Nachbarland mehr angegriffen, vielmehr war er erneut Opfer einer ausländischen Aggression geworden.

Es lag auf der Hand, dass der Iran eines Tages versuchen würde, eine Art Sicherungszaun um sich zu errichten. Er sah diese Sicherung in der Entwicklung einer Atombombe, diese sollte neue Überfälle des Irak oder auch Angriffe wie jene der USA auf das Nachbarland Irak verhindern. Umso höher war das Einlenken des Iran zu bewerten, als das Land im Jahr 2015 mit den USA, Russland, China, Deutschland, Frankreich und Großbritannien das (nun von Trump gekündigte) Atomabkommen schloss. Das Interesse der iranischen Vertragspartner aus West und Ost an dem Abkommen war schon deshalb so groß, weil sie verhindern wollten, dass in einem Land wie dem Iran, das an sieben Länder grenzt (Irak, Türkei, Aserbaidschan, Armenien, Turkmenistan, Afghanistan und Pakistan) eine Atommacht entstünde.

Nun besteht die Gefahr, dass der Iran erneut versuchen wird, nach Atomwaffen zu greifen – wobei aber festzustellen ist, dass der Iran bisher niemals über eine Anreicherung von Uran auf etwa zwanzig Prozent hinausgekommen ist. Für den Bau einer Atombombe benötigt man aber eine Anreicherung von über achtzig Prozent.

War das iranische Regime im Umgang mit den USA stets so kompromisslos, wie es im Westen dargestellt wird? Bernd Erbel, von 2004 bis 2006 deutscher Botschafter in Bagdad und von 2009 bis 2013 Botschafter in Teheran, schreibt: „Im Mai 2003 gingen die USA in ihrem Gefühl falschen Triumphes nach der Besetzung des Irak nicht auf ein umfangreiches, von der Schweiz vermitteltes iranisches Angebot ein, über eine Beilegung aller außenpolitischen Differenzen – von Palästina bis zum Nuklearkonflikt – zu verhandeln."

Denn Washington verfolgte unter George W. Bush eine andere Agenda, eine Agenda, an welche Donald Trump, Sicherheitsberater John Bolton und Außenminister Mike Pompeo jetzt anknüpfen. Sie wollen zurück zur Zeit der Schah-Dynastie, sie wollen den Iran erneut zum Militärstützpunkt der USA an der Südflanke der ehemaligen Sowjetunion, der heutigen Russischen Föderation machen. John Bolton sagte im Jahre 2017: "Ich habe seit mehr als zehn Jahren gesagt, dass es das erklärte Ziel der USA sein sollte, das Mullah-Regime in Iran zu stürzen. Das Verhalten des Regimes wird sich nicht ändern – also müssen wir das Regime ändern. Und deshalb, noch vor 2019, werden wir in Teheran feiern."

Freilich: Wie fast immer in der amerikanischen Nahostpolitik fehlt der politische Weitblick. Bereits im Jahr 2009 sagte der pensionierte US-General Anthony Zinny: „Nachdem ihr also Bomben auf deren Bunkeranlagen abgeworfen habt, wie geht es dann weiter? Was, wenn sie beschließen, von ihren Bunkeranlagen aus ihre mobilen Raketen in Richtung der US-Militärbasen auf der anderen Seite des Persischen Golfs zu lenken? Oder Israel anzugreifen oder sonst wen?"

Immer wieder wird dem Iran vom Westen, besonders von Israel, vorgeworfen, er betreibe – etwa in Syrien – eine aggressive Politik. Niemand aber erwähnt in diesem Zusammenhang, wie sehr Saudi-Arabien, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate Dschihadisten aller Art in Syrien unterstützen – Dschihadisten, die keineswegs Assad deshalb stürzen wollen, um eine Demokratie einzuführen. Kronzeuge für diese meist unterdrückte Tatsache ist kein anderer als der damalige US-Vizepräsident Joe Biden. Im Oktober 2014 sagte er in einer Rede vor Zuhörern der Harvard-Universität:

„Unser größtes Problem sind unsere Alliierten, die in einem Sunni-Shia-Stellvertreterkrieg gegen den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad engagiert sind.

Publiziert auf Free21 am 30.05.2018, 18:56 Uhr, von Heiko Flottau auf nachdenkseiten.de, Lizenz: IQM e.V./Albrecht Müller

… Was taten sie? Sie schütteten Hunderte Millionen von Dollar und Tausende Tonnen Waffen in jeden, der bereit war, gegen Assad zu kämpfen.“ Die Empfänger dieser Unterstützung seien, sagte Biden weiter, „Jabbat al-Nusra, al-Qaida und Extremisten, die aus anderen Teilen der Welt gekommen seien“.

Seit dem Sturz des Schahs und der Gründung der Islamischen Republik im Jahr 1979 sind Syrien und der Iran sozusagen natürliche politische Verbündete. Die Anwesenheit iranischer Kämpfer und von Kämpfern der Hisbollah in Syrien, sagen Experten, sei völkerrechtlich nicht zu beanstanden, weil diese Kämpfer, zumindest formal, von Syrien um Hilfe gebeten worden seien. Ohne dieses iranische Eingreifen wäre es, so lautet diese Argumentation weiter, kaum möglich gewesen, den IS (zusammen mit den Kurden und mit Russland) zu besiegen. Auch die Behauptung der USA, der Iran sei der weltweit größte Unterstützer terroristischer Gruppen, trifft nicht zu. Dieses Prädikat gebührt allein dem US-Verbündeten Saudi-Arabien, der seit Jahrzehnten Terrorgruppen finanziert und zudem seinen konservativen Islam, den Wahhabismus, weltweit fördert – ohne diese Ideologie wären etwa die afghanischen Taliban und auch der IS nicht denkbar.

Von der Aufteilung des Iran zwischen Russland und Großbritannien über die Konfiskation seines Erdöls im Jahre 1908 bis zur Entsendung von Vater Norman H. Schwartzkopf in den Iran und dessen Beteiligung am Sturz von Premier Mossadegh im Jahre 1953 über die stille Duldung der irakischen Invasion des Iran von 1980 bis zur Aufkündigung des Atomabkommens durch Donald Trump und der Ankündigung von US-Siegesfeiern in Teheran durch John Bolton zieht sich eine rote Linie westlicher Interventionen im Iran.

Ist der Iran ein Schurkenstaat, wie Präsident George W. Bush im Jahre 2002 behauptete? Donald Trump, John Bolton und Mike Pompeo treten durch ihr Handeln in die Fußstapfen von Bush junior. Nelson Mandela jedoch würde heute wiederum von „ernsthaften Fehlern“ in der amerikanischen Außenpolitik sprechen, die „verhängnisvolle Auswirkungen“ haben werden, „lange, nachdem diese Entscheidungen getroffen wurden“.

Quellen:

Stephen Kinzer: All the Shah's Men. An American Coup and the Roots of Middle East Terror, Hoboken New Jersey 2003, S. 39

Kinzer, ebenda, S.39

Kinzer, ebenda S.39

Bernd Erbel: Iran zwischen falscher Wahrnehmung Sanktion und erhoffter Entspannung. In: Klaus Gallas (Hrsg.) Orient im Umbruch. Der Arabische Frühling und seine Folgen. Mitteldeutscher Verlag Halle 2014, S. 49

Bento – Hier verkündet Trumps Berater seinen wahren Plan für Iran: < *www.bento.de/politik/iran-atom-deal-was-donald-trumps-berater-john-bolton-mit-dem-teheran-regime-plant-2365357/*>

Michael Lüders: Iran – der falsche Krieg. Wie der Westen seine Zukunft verspielt. München 2012, S. 32

The Telegraph – Joe Biden forced to apologise to UAE and Turkey over Syria remarks: < *https://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/middleeast/unitedarabemirates/11142683/Joe-Biden-forced-to-apologise-to-UAE-and-Turkey-over-Syria-remarks.html*>

Autor:

Heiko Flottau

war Auslandskorrespondent der Süddeutschen Zeitung für Südosteuropa mit Sitz in Belgrad, für Osteuropa mit Sitz in Warschau. Fünfzehn Jahre berichtete er aus Kairo über die nahöstlichen Krisengebiete. Heute lebt er in Berlin. Buchveröffentlichungen: „Vom Nil bis an den Hindukusch – Der Nahe Osten und die neue Weltordnung“ (2004, arabische Ausgabe 2006); „Die Eiserne Mauer – Palästinenser und Israelis in einem zerrissenen Land“ (2009, arabische Ausgabe 2011)

Dieser Text wurde zuerst am 15.5.2018 auf den Nachdenkseiten unter der URL ‹https://www.nachdenkseiten.de/?p=43956› veröffentlicht. (Lizenz: IQM e.V./Albrecht Müller)

‹http://www.free21.org/?p=29121›

Fördermitglied für Free21 werden:

Mit einer Fördermitgliedschaft ermöglichen Sie Free21 eine regelmäßige, sichere finanzielle Grundausstattung. Der Fördermitgliedsbeitrag beträgt 5,– Euro pro Monat. Eine jährliche Spendenbescheinigung gibt es selbstverständlich auch.

Ja, ich möchte jetzt Fördermitglied werden!

Bitte tragen Sie hier Ihre persönlichen Daten ein und schicken das Formular per Briefpost an:

Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., c/o Marika Matthaei, Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin
Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B. St.Nr. 27/680/76987

Kontoinhaber
Vorname, Name:

Str., Nr.:

PLZ, Ort, Land:

E-Mail-Adresse:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

IBAN:

BIC:

Gläubiger-Identifikations-Nr.:
DE84ZZZ00001969982
Mandatsreferenz-Nr.

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige den VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. (Gläubiger-ID: DE84ZZZ00001969982) Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften **in Höhe von monatlich 5,– Euro** einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

*Eine Fördermitgliedschaft können Sie auch unter **www.free21.org/verein** abschließen.*

Karrikatur von Mark Zuckerberg (DonkeyHotey, flickr.com, CC BY 2.0)

Facebook wird zum Nato-Organ

Der Druck auf Zuckerberg hat gefruchtet. Das Digital Forensic Research Lab des Atlantic Council wird künftig dank einer gerade vereinbarten Kooperation mit Facebook darauf achten, dass keine russischen Quellen über das soziale Netzwerk westliche Öffentlichkeiten mit Falschinformationen und Propaganda politisch beeinflussen können.

von Norbert Häring

Nur noch neutrale Informationen über die segensreichen Wirkungen der weltweiten Friedenseinsätze der Natotruppen und über die Gräueltaten der Regime, die aus humanitären Gründen beseitigt werden müssen, sollen uns erreichen.

Katie Harbath, Direktorin für Globale Politik und Regierungen von Facebook, sagte dazu laut einer Pressemitteilung des Atlantic Council: "Diese Partnerschaft wird sicherstellen, dass Facebook eine positive Rolle bei allen Wahlen rund um die Welt spielt."

Damit hat der Atlantic Council in der Tat große Erfahrung. Er ist eine eng mit der Nato assoziierte, sehr einflussreiche Orgnaisation. Als zu entscheiden war, wer Spitzenkandidat der SPD für den Bundestagswahlkampf werden sollte, Sigmar Gabriel, der Befürworter der Russland-Pipeline Nordstream 2 und eines Abbaus der Sanktionen gegen Russland, oder Martin Schulz, die treue Seele, publizierte der Atlantic Council eine Broschüre, in der Gabriel zusammen mit Alexander Gauland von der AfD als nützlicher Idiot, trojanisches Pferd und Einflussagent Russlands tituliert wurde. Die deutschen Wähler kamen nicht in Gefahr, ihr Kreuz für einen russischen Einflussagenten zu machen. Schulz bekam den Vortritt. Der Atlantic Council empfahl in der Broschüre der EU und den Regierungen „zivilgesellschaftliche" Gruppen zu finanzieren, die die Öffentlichkeit über Putins dunkles Netzwerk solcher Einflussagenten informieren.

Nachdem Schulz durch Intrigenspiel Gabriel auch noch aus dem Amt des Außenministers gekegelt hatte, veröffentlichte der Atlantic Council im Februar 2018 eine von der Nato finanzierte Broschüre mit dem Titel Democratic Defense Against Disinformation. Darin machte er auf gar nicht subtile Weise deutlich, welcher deutsche Politiker das Vertrauen der „transatlantischen Gemeinschaft" genießt und damit als Außenminister geeignet wäre. Dieser Politiker bekam als einziger ein Portraitfoto und sein NetzDG eine lobende Erwähnung als vorbildhafte Maßnahme im Kommunikationskampf gegen Russland. Im März wurde Heiko Maas Außenminister und wendete prompt sich und seine Partei von Russland und Nordstream 2 ab.

In der Broschüre warnte der Atlantic Council, dass Europa vor der gleichen Herausforderung stehe wie die USA, nämlich auf Desinformationskampagnen die gegen sie gerichtet sind, zu reagieren. Vor der russischen Einmischung in die europäischen Wahlen hatten der Atlantic Council und andere so wortreich und alarmistisch gewarnt, dass sogar mit East StratCom (Strategische Kommunikation Ost) eine EU-Truppe zur Propagandaabwehr eingerichtet wurde. Man erfährt, dass der Atlantic Council zur Verbreiterung des Kampfes gegen russsische Propaganda in Washington ein von der Nato gesponsertes „transatlantisches Forum" namens StratCom DC abgehalten hat, zu dem mehr als 100 europäische Journalisten, Aktivisten und Regierungsvertreter aus fast jedem europäischen Land gepilgert seien. Wer diese vorbildhaften Menschen waren, erfährt man leider auch auf der Website von StratCom DC nicht. Man kann es bei den Journalisten wohl nur an betont objektiver Berichterstattung ohne putinfreundlichen Einschlag erahnen.

Bellingcat-Expertise für Facebook

Ein Mitarbeiter des Digital Forensic Research Lab ist der Chef und Gründer des Blogs Bellingcat, Eliot Higgins. Über Bellingcat deckt Higgins mit einem forensisch-technischen Sachverstand und einer Informationsfülle, wie sie nur ein abgebrochener Medizinstudent und Finanzsachbearbeiter eines Textilherstellers und eines Flüchtlingsheims aufbieten kann, Greueltaten von Russen und Syrern noch vor allen offiziellen Stellen auf, etwa den Einsatz von Streu- und Fassbomben und von Giftgas, sowie den Abschuss von Passagierflugzeugen. Medien wie Spiegel Online haben den Wert solcher Quellen schon länger erkannt und berichten regelmäßig und prominent über die in Broschüren des Atlantic Council enthaltenen objektiven Informationen aus dem Feindesland. Jetzt also offiziell auch Facebook. Endlich werden wir auch in den sozialen Medien wirksam geschützt vor den falschen Fake News und feindlicher Propaganda.

Autor:

Norbert Häring

ist Wirtschaftsjournalist und Autor populärer Wirtschaftsbücher. Er schreibt für Deutschlands führende Wirtschaftstageszeitung Handelsblatt. Er ist Mitgründer und Ko-Direktor der World Economics Association.

www.norberthaering.de

Dieser Text wurde zuerst am 18.5.2018 auf norberthaering.de unter der URL ‹http://norberthaering.de/de/27-german/news/979-facebook-atlantic-council› veröffentlicht. (Lizenz: Norbert Häring)

‹http://www.free21.org/?p=29119›

Publiziert auf Free21 am 30.05.2018, 14:12 Uhr, von Norbert Haering auf norberthaering.de, Lizenz: Norbert Haering

Das Free21-Aktiv-Abo

Die Idee: Jeder Druck-Abonnent erhält je Magazin-Ausgabe 10 gedruckte Exemplare.

Die zusätzlichen Exemplare können/sollten ;-) dann an andere Menschen, wie Freunde, Nachbarn, Interessierte weiter gegeben werden, um die Reichweite der kritischen Texte zu erhöhen.

Abonnement-Bestellschein

Bitte liefern Sie mir das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Druck-Abonnement. Die Bezugsgebühren in der BRD (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen **pro Ausgabe 10 EUR,** (15 EUR/Ausgabe in EU-Länder). Ich erhalte dafür 10 Exemplare. Ich bin damit einverstanden, dass die Druck-Abo-Gebühren von meinem Konto je Ausgabe im Voraus abgebucht werden.

Erteilung einer Einzugsermächtigung und eines SEPA-Lastschriftmandats:

Hiermit ermächtige ich Sie, bis auf Widerruf, die Print-Abonnementgebühren von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen.

Kontoinhaber Name, Vorname:

Abweichende Lieferanschrift:

Str., Nr.:

Name

PLZ, Ort:

Str., Nr.:

E-Mail:

PLZ, Ort:

Kontoführendes Institut:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

IBAN:

BIC:

Gläubiger-Identifikations-Nr.:
DE39 ZZZ 000 015 390 45
Mandatsreferenz-Nr.

Abschicken an: GlobalFairHandeln, Lukas Puchalski, Am Entenpfuhl 4, 50170 Kerpen

Erscheinungstermine in 2018: 20.2.18/20.4.18/20.6.18/20.8.18/20.10.18/20.12.18

Zum Abo: Insgesamt werden 6 Ausgaben in 2018 gedruckt. Die Druck- und Versandkosten für je 10 Exemplare werden ca. 20 Tage vor dem Erscheinen per Lastschrift eingezogen. Das Druck-Abo gilt bis auf Widerruf und beginnt mit der ausgewählten Ausgabe, sobald der Bestellschein bei uns eingegangen ist. **Kündigung:** Das Druck-Abo ist jederzeit zum Monatsende mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten kündbar. Die Kündigung muss bitte schriftlich auf dem Postweg erfolgen.

Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, widerrufen und die Erstattung des belasteten Betrages verlangen kann. Es gelten dabei die bei meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Mandatsreferenznummer wird von GlobalFairHandeln/Lukas Puchalski vergeben.

Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop www.free21abo.de bestellen.

Das Free21-Prinzip:

Die Geschenkidee: Ein **Free21**-Abo

Abo Free21

www.Free21Abo.de

Free21

Wir suchen noch ehrenamtliche

Verstärkung für das Free21-Team:

Du bist kritisch, skeptisch, sattelfest in Rechtschreibung und dazu noch misstrauisch? Dann bist Du für uns der/die geborene

Researcher/in

Bevor wir Artikel layouten und veröffentlichen, prüfen und korrigieren unsere Researcher die Texte unserer Autoren sowie die Links und Quellen auf Verfügbarkeit und sachliche Richtigkeit.

Wenn Ihr uns ehrenamtlich unterstützen könnt, schreibt bitte an: research@free21.org

Wir wollen auch nicht deutschsprachige Menschen bei ihrer Meinungsbildung unterstützen und einen Teil unserer Artikel in anderen Sprachen publizieren. Um das zu schaffen, benötigen wir Eure Unterstützung.

Dafür suchen wir ehrenamtliche

Übersetzer/innen

sprachlich versiert sowie mit guten stilistischen und orthografischen Fähigkeiten.

Wenn Ihr uns ehrenamtlich unterstützen könnt, schreibt bitte an: translate@free21.org